



4. Dortmunder Agenda-Kongress „Zivilgesellschaft – Zukunft des bürgerlichen Engagements“ am 23. September 2006 im Dortmunder Rathaus

Inhalt

Grußwort Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer	5
Begrüßung Stadtdirektor Ullrich Sierau	6
Redebeiträge	
Auf dem Weg in die zukunftsfähige Bürgergesellschaft – Bausteine der Engagementförderung des Landes	
Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und	
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen	8
Plenumsdiskussion mit dem Publikum	13
Neue Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft – Auf dem Weg zur Bürgerkommune	
Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg	18
Plenumsdiskussion mit Frau Weber	28
Engagement fördern, aber wie? – Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement	
Dr. Adrian Reinert, Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagentur e.V.– BAGFA ...	36
Themenforen	
Forum 1: Weltweite Lebensbedingungen und Millenniumsentwicklungsziele	
Michael Gräf – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	40
Sarah Wells – International Relations, Fairtrade City Leeds	44
Günter Glöckner-Rohm – Gesamtschule Scharnhorst	46
Arbeitsergebnisse	47
Forum 2: Weniger Staat + mehr Verantwortung = Bürgergesellschaft?	
Dr. Ansgar Klein – Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	48
Andreas Roters – Städte-Netzwerk NRW	50
Andrea Bausmann – Agentur für Bürgerengagement	52
Arbeitsergebnisse	53
Forum 3: Die Chancen des Alter(n)s – das freiwillige Engagement und der demografische Wandel	
Jutta Stratmann - Projektmanagement Seniorenpolitik NRW	54
Wolfgang Nötzold – Zwischen Arbeit und Ruhestand, ZWAR Dortmund	56
Jörg Musiolik – Amt für Statistik und Wahlen Dortmund	58
Arbeitsergebnisse	59
Forum 4: Bürgergesellschaft lernen – Engagementförderung für Kinder und Jugendliche	
Erich Sass – Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund	60
Anne Lehmeier – Freudenberg Stiftung Weinheim	62
Brigitte Bömer – Agenda 21-Netzwerk	63
Arbeitsergebnisse	63
Teilnehmer am Infomarkt	
AGARD	64
Dortmunder Agenda-Verein e.V.	65
Freiwilligen Agentur	66
IZ3W	67
LAG 21	68
Schlaganfall Selbsthilfegruppe	69
Seniorenbeirat	70
Solarplus	71
Sportjugend	72
Terre des hommes	73
Unicef	74
Verein für internationale Freundschaften	75
Weltladen Aplerbeck	76
Service	
Teilnehmer/innen-Liste	77
Presse Echo	80

Dr. Gerhard Langemeyer

Grußwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Grundsätze der Lokalen Agenda 21 und das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sind Bestandteil der gegenwärtigen und zukünftigen Planung in unserer Stadt. Mit diesem Konzept verbindet sich die Forderung und das Bestreben, das gesellschaftliche Zusammenleben so auszurichten, dass die natürlichen Existenzgrundlagen dauerhaft für die nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Die Basis für dieses Leitbild ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der eine bürgerschaftliche Beteiligung am politischen Kommunikations- und Willensbildungsprozess sicher stellt.

In den bisherigen Agenda-Kongressen wurden daher Themen von aktuellem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt behandelt wie z. B. „Erneuerbare Energien“ oder „Fairer Handel / Eine Welt“.

Die Wichtigkeit des Ehrenamts und seine sich wandelnde Bedeutung in unserer Gesellschaft haben wir zum Anlass genommen, den 4. Dortmunder Agenda-Kongress unter das Thema „Zivilgesellschaft – Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ zu stellen. Er fand am 23. September 2006 im Dortmunder Rathaus statt und näherte sich dem Thema aus verschiedenen Blickwinkeln.

Das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Verbänden, Vereinen und Initiativen war und bleibt ein wesentliches Merkmal einer demokratisch verfassten Gesellschaft und einer lebendigen urbanen Kultur. Auf dieser Grundlage wird das bürgerschaftliche Engagement der Zukunft mit mehr Eigenverantwortung und neuen Gestaltungsspielräumen der Bürgerinnen und Bürger stattfinden.

In einer zunehmend globalisierten und komplexen Welt ist es von großer Bedeutung, den Menschen Bindung zu geben und Perspektiven aufzuzeigen. Die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist mir wichtig – dies wird nicht zuletzt durch den jährlich ausgeschrieben Wettbewerb zum Agenda-Siegel deutlich.

In der vorliegenden Dokumentation finden Sie alle Informationen zum Kongress. Ich wünsche Ihnen viel Gewinn bei der Lektüre und es würde mich freuen, wenn auch Sie sich zu bürgerschaftlichem Engagement in unserer Stadt entschließen könnten.

Dr. Gerhard Langemeyer
Oberbürgermeister

Ullrich Sierau

Begrüßung



Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Weber, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste,

ich freue mich sehr, dass Sie alle heute Morgen hierher gekommen sind. Wir haben über 120 Anmeldungen zum 4. Dortmunder Agenda Kongress bekommen. In der Vergangenheit hat es schon drei Agenda Kongresse gegeben: Der erste fand im April 2001 statt. Damals ging es um die Frage, was eigentlich Lokale Agenda ist, was man tun kann, wie man sich engagieren und bürgerschaftlich einbringen, zivilgesellschaftlich auch institutionalisieren kann. Im Jahr 2003 fand der zweite Dortmunder Agenda Kongress statt. Hier ging es um neue Energien, also die Frage, wie wir die Energieversorgung so ausrichten, dass wir einerseits versorgungssicher, andererseits aber auch möglichst umweltfreundlich und entsorgungssicher sind. Einige werden sich noch daran erinnern, dass Dr. Hermann Scheer, der Präsident von Eurosolar, hier aus dem Stand 40 Minuten zu der Frage referiert hat, wie man mit Sonnenenergie versuchen sollte, das Thema zu bewältigen.

Im September 2004 haben wir den dritten Dortmunder Agenda Kongress veranstaltet. Thema diesmal war der Faire Handel. Das war vor dem Hintergrund zu sehen, dass Dortmund, genauer gesagt die vielen, vielen Ehrenamtlichen, die vielen Initiativen, die sich seit Jahrzehnten für den Fairen Handel hier in der Stadt, aber auch in der Welt engagiert hatten, zur „Hauptstadt des Fairen Handels“ geworden sind. Die zuständige Bundesministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul war da, und das hat vielleicht auch mit dazu beigetragen, dass wir bei der Gelegenheit diskutieren konnten, wie wir unser strategisches Engagement insgesamt ausweiten sollten. Dortmund hat dann bei der zweiten Vergabe des Titels „Hauptstadt Fairer Handel“ 2005 wiederum gewonnen. Aus diesem Anlass haben wir diskutiert, was bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliches Engagement eigentlich alles bewegen kann? In dem Fall hat es beispielsweise bewegt, dass Dortmund „Hauptstadt des Fairen Handels“ geworden ist.

Der Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“ hat unglaublich Vieles in Bewegung gebracht: er hat dazu beigetragen, dass beispielsweise Schüler des Goethe-Gymnasiums mit dem Hauptgeschäftsführer von

Karstadt hier am Ort Kontakt aufgenommen haben. Weil an diesem Gymnasium nämlich fair gehandelter Kaffee vertrieben wird und aufgrund des „Hauptstadt-Engagements“ ist es dazu gekommen, dass für die Schülerinnen und Schüler einer der Hauptvertriebswege auf einmal Karstadt geworden ist. Und die haben nicht schlecht gestaunt, denn als sie Karstadt auf der Verteilerliste hatten, mussten sie unheimlich viel nachordern, weil der Umsatz bei Karstadt rapide angestiegen ist. Wir haben im Signallduna-Park viele Heimspiele des BVB dazu genutzt, auch Produkte des Fairen Handels abzusetzen. Wir haben weitere Aktivitäten durchgeführt, Torwandschießen usw., um auf diese Art und Weise eine breite Zahl von Menschen mit dem Thema des Fairen Handels vertraut zu machen. Und alleine das, was sich da an sehr unterschiedlichem Engagement immer wieder ergeben hat, ist aus unserer Sicht Ermutigung gewesen, das Thema genereller zu diskutieren: was kann in einer Stadt eigentlich durch Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht werden?

Genau diese Frage ist Anfang der 80er Jahre auf die bundesweite Agenda in Berlin gekommen, was den kommunalen Gestaltungszusammenhang angeht. Der damalige Weizsäcker-Senat hat es angestoßen in einer Zeit, in der das Thema „knappe Kassen“ so ganz allmählich auch das weitere öffentliche Bewusstsein erreicht hat, und er hat das u. a. unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass man Bürgerengagement auch als Substitut benutzen kann für das, was staatliches Handeln sonst normalerweise leisten soll. Das ist natürlich ein sehr spezifischer Blickwinkel. Es gibt den anderen Entwurf, dass man vom aktivierenden Gesamtstaat spricht, also eher davon ausgeht, dass man bürgerschaftliches Engagement geradezu einfordert und es auch von den Menschen in einer Stadt oder in einer Region in einem bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhang abverlangt wird. Das ist natürlich schwierig, wenn man sich als öffentliche Seite hinstellt und der privaten Seite sagt, was sie machen muss. Aber wir haben doch eine ganze Reihe durchaus gelungener Beispiele dafür, wie man öffentlich und privat zusammen arbeiten kann.

Es freut mich sehr, dass wir vor diesem Hintergrund jetzt in unserem 4. Dortmunder Agenda-Kongress das Thema Zivilgesellschaft gewählt haben, um über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements zu

sprechen. Wir wissen, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen einen Rückzug aus dem bürgergesellschaftlichen Engagement gibt. Die Debatte ist allgegenwärtig, dass sich in den Parteien, in den Verbänden, bei den Kirchen Menschen aus dem institutionalisierten Engagement zurückziehen, auch aus dem, was einem sehr viel abverlangt über Tage, Wochen, Monate, Jahre, wo man sozusagen immer wieder in der Pflicht ist. Das ist für viele Menschen so nicht mehr vorstellbar. Das hat mit beruflichen Verpflichtungen zu tun, auch mit anderen Lebensentwürfen; aber auch damit, dass viele diese Art und Weise des Engagements über solch einen Zeitraum einfach nicht mehr für vertretbar halten. Stattdessen gibt es – das nehmen wir jedenfalls wahr, wenn es um einzelne Fragestellungen geht – eine wachsende Bereitschaft, sich punktuell, projektbezogen, temporär für bestimmte Sachen zu engagieren.

Ich habe beispielsweise vergangenen Donnerstag Gelegenheit gehabt, eine der jüngsten Bürgerinitiativen in der Stadt kennen zu lernen: das waren Neunjährige aus einer Schule, die im Augenblick dafür kämpfen, dass ihr Sportplatz nicht von einem Lebensmittelmarkt überbaut wird. Wir haben versucht, das ausdiskutieren; die waren ganz schön hartnäckig, dazu habe ich ihnen erst mal gratuliert. Sie waren nicht so ganz damit einverstanden, dass der Sportplatz kleiner wird, haben aber akzeptiert, dass es einen neuen geben wird. Aber so ganz waren sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Ich finde es gut, dass das früh anfängt. Ich selber habe früher auch sehr viel Bürgerinitiativenarbeit gemacht und erinnere mich sehr gerne daran, was es im Einzelnen gebracht hat. Insofern bin ich froh darüber, dass es in der Stadt ein breites bürgerschaftliches, zivilgesellschaftliches Engagement gibt.

Wir fördern das Thema auch von Seiten der Stadt in unterschiedlicher Weise. Wir haben beispielsweise eine Freiwilligen-Agentur und eine Agentur für Bürgerengagement. Wir haben in unterschiedlichen Zusammenhängen den Flächennutzungsplanprozess gehabt, der darauf setzt, dass bürgerschaftliche Partizipation groß geschrieben wird. Und auch sonst, wenn es Themen gibt, die sicherlich kontrovers zu diskutieren sind, bemühen wir uns, möglichst breit die Menschen in der Stadt an dieser Diskussion zu beteiligen. Wir müssen uns darum kümmern, wie das zukünftig ausgestaltet werden soll. Und von daher erhoffe ich mir vom heutigen Tag viele Hinweise

dazu und eine Veranstaltung, die dann nicht unter dem Motto „gut dass wir mal darüber gesprochen haben“ läuft, sondern die im Ergebnis eine langfristige Wirkung erzielt und Einfluss auf das hat, was wir in dieser Stadt in dieser Frage für die nächste Zeit anstellen, organisieren und dann versuchen, gemeinsam in Bewegung zu bringen.

Auf dem Weg in die zukunftsfähige Bürgergesellschaft – Bausteine der Engagementförderung des Landes

Frau Dr. Marion Gierden-Jülich
Staatssekretärin



Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

ich bin gerne heute nach Dortmund gekommen zu dieser Agenda-Veranstaltung anlässlich der Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Lassen Sie mich Ihnen zu Beginn vielleicht zwei Ereignisse wieder ins Gedächtnis rufen, die vordergründig nicht unbedingt etwas mit der Woche des bürgerschaftlichen Engagements zu tun haben, die aber doch belegen, was bürgerschaftliches Engagement so alles auf die Beine stellen kann. Eins ist die Fußball-WM, die Deutschlands Ruf in der Welt in einem sehr glanzvollen und sehr positiven Licht hat erscheinen lassen. Warum das so war, das hat im Wesentlichen auch damit zu tun gehabt, dass die Organisation getragen und mitgetragen wurde von den Menschen in unserem Land. Und das war auch hier in Dortmund so. Die Menschen haben dieses Ereignis angenommen. Sie haben geholfen, sie sind eingestiegen, sie haben in den Stadien mitgemacht. Ich kann mich noch an die Bilder dieser Jungen erinnern, die von den Spielen nichts mitbekamen, aber ständig in die Zuschauerblöcke guckten, um Sicherheit zu gewährleisten. All das ist meist ehrenamtlich passiert und hat dieses runde und schöne Bild hervorgebracht. Das zweite Ereignis: Wir feiern in diesen Tagen 60 Jahre des Bestehens unseres Landes; und wenn Sie sich die Mühe machen, mal ein bisschen die geschichtliche Entwicklung von Nordrhein-Westfalen von seinen Anfängen bis heute zurückzuverfolgen, dann sehen Sie wieder, dass es die Menschen sind, die dieses Land prägen, die dieses Land ausmachen und die letztlich dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen ein so weltoffenes, freundliches und der Zukunft zugewandtes Land ist. All das geht nicht über staatliche Instanzen, all das geht nicht nur über Wirtschaftskraft, all das geht nur, wenn Menschen sich auch mit ihrer Heimat, mit ihrer Region, mit ihrer Stadt identifizieren.

Die diesjährigen Aktionswochen zum bürgerschaftlichen Engagement wollen ja eins, sie wollen diese zahlreichen Facetten ehrenamtlicher, zivilgesellschaftlicher oder, wie Sie auch immer es nennen wollen, Arbeit öffentlich machen, wollen ihr ein öffentliches Gesicht geben. Leider sind es ja in der Regel die großen Katastrophen, die die Medien auf freiwilliges Engagement stoßen lassen. Ich denke an das Hochwasser an der Elbe oder auch an die Tsunamikatastrophe. In der Regel spielt sich freiwilliges Engagement ansonsten unbeachtet von der Öffent-

lichkeit ab, aber auch hinter diesen, wenn Sie wollen, nicht öffentlichen Kulissen tut sich eine ganze Menge. Im Frühjahr gab es einen Bericht, der sich den Stiftungsgründungen im vergangenen Jahr in unserem Land widmete. Und der kam zu dem Ergebnis, dass es noch nie mehr Stiftungsgründungen gab, als im vergangenen Jahr. Und vor allem Bürgerstiftungen haben sich auf den Weg gemacht. Es waren über 900 Neugründungen in einem einzigen Jahr. Und Nordrhein-Westfalen lag mit 182 Stiftungsgründungen an der Spitze. Wenn man sich anschaut, wer heute stiften geht, dann sind das nicht mehr nur wohlhabende oder ältere Menschen, die sagen, ich stehe am Ende eines erfüllten Lebens, ich habe viel erreicht und möchte ein bisschen davon zurückgeben, sondern es sind zunehmend auch Menschen mit durchschnittlichen Einkommen, jüngere Menschen, die sich an diesen Stiftungen beteiligen und mit kleinen Beträgen ein Steinchen zu einem Mosaik beitragen, damit gemeinnützige Projekte angestoßen werden können. Häufig beteiligen sich auch Unternehmen an solchen Stiftungen oder gründen eigene. Dieser Stiftungsboom ist, denke ich, eine gute Nachricht. Es zeigt uns einmal, dass die Menschen etwas tun wollen, dass sie sich engagieren wollen, dass sie Verantwortung übernehmen wollen. Und es ist eine neuartige Form des bürgerschaftlichen Engagements, zumindest für Deutschland. Es zeigt vielleicht auch eine veränderte Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement. Menschen wollen nicht mehr nur für wohltätige Zwecke spenden, sondern sie wollen mit ihrem Geld konkrete von Ihnen selbst ausgewählte Projekte in ihrer Stadt voranbringen. Bürgerschaftliches Engagement findet vor Ort statt, ist geprägt vom Lebensumfeld, in dem Menschen leben. Es kann vor allem nicht verordnet werden, sondern es ist und bleibt ein freiwilliger Beitrag des oder der Einzelnen zur Gemeinschaft.

Wir haben den zweiten Freiwilligensurvey des Bundes für Nordrhein-Westfalen auswerten lassen und haben erfreut feststellen können, dass wir uns auch in unserem Land darauf verlassen können, dass Menschen sich für ihre eigenen Belange, aber auch für die ihrer Mitmenschen einsetzen. Jeder Dritte bzw. jede Dritte in Nordrhein-Westfalen engagiert sich ehrenamtlich, hat freiwillige Aufgaben übernommen, arbeitet in einem Verein, Verband, Kirche oder in einer anderen Organisation. Insgesamt sind das 35 % der über 14-jährigen. Ein weiteres Drittel

ist beteiligt, ohne eine feste Zuordnung zu einem Verbund oder einer Organisation. Es ist immerhin ein Plus von 4 % in den letzten fünf Jahren. Und auch bei den Nicht-Engagierten gibt es von der grundsätzlichen Bereitschaft etwas zu tun ein Plus von 5 %. Weniger angesprochen, aber sehr bereit sind die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, da sollten wir vielleicht mal in Zukunft auch in den Kommunen unseren Blick ein bisschen schärfen. Es gibt es eine große Bereitschaft, die sich offensichtlich zunächst nur in die eigene Community hinein bewegt, bei der es sich aber lohnen würde, diese vielleicht aufzugreifen. Die jüngste Shellstudie belegt das große und wachsende Engagement junger Menschen. All das müssen wir versuchen aufzunehmen und wir müssen es auch abrufen.

Aber, und das hat sich verändert denke ich gegenüber früheren Zeiten, ehrenamtliches Engagement ist auch mit Erwartungen verbunden. Die, die sich engagieren wollen, erwarten vom Staat und von der Öffentlichkeit zunächst einmal Informationen, wo sie etwas tun können. Sie erwarten Aufklärung, sie erwarten Beratung und sie erwarten vor allem Anerkennung. Anerkennung nicht unbedingt in Geld, aber Anerkennung in den Medien, Anerkennung durch Auszeichnung und durch Ehrung. Und sie erwarten Zeitfenster und Angebote, die sich mit ihrem Lebensalltag in Einklang bringen lassen. Sie erwarten Einsatzgebiete, die ihren persönlichen Interessen entsprechen, sie sehen sich als Partner der professionellen Dienste und nicht als deren Erfüllungsgehilfen. An dieser Stelle hat sich, denke ich, am deutlichsten die Landschaft des Engagements in den letzten 20 Jahren verändert. Vielleicht hat der Rückzug aus Parteien auch damit zu tun, dass diejenigen, die politisch interessiert sind, die Abläufe in den großen Parteien nicht als wahre Partizipationsmodelle empfinden, dass sie die Delegiertensysteme nicht so empfinden, dass sie mit ihren individuellen Meinungen noch wahrgenommen würden. Ich sehe immer wieder, wenn ich mit den Jugendparlamenten in Kontakt bin, dieses hohe Engagement junger Menschen, die bereit sind, sich in ihrer Stadt wirklich einzusetzen, die mitgehen wollen, und es gibt Städte, die nehmen diese Jugendparlamente sehr ernst, beteiligen sie. Es gibt einen guten Austausch zwischen Jugendparlamenten und Stadträten und da funktioniert das wunderbar. Aber es gibt auch Städte, die nutzen diese Potenziale eben überhaupt nicht. Und in diesem Lebensalter ist es einfach wich-

tig, diese Bereitschaft tatsächlich gezielt mitzunehmen und diesen jungen Menschen vor allem in ihrem Engagement eine Struktur und einen entsprechenden Rahmen zu geben. Wir müssen versuchen, mit den Jugend-, Seniorenorganisationen, mit den Eine-Welt-Gruppen, mit den Wohlfahrtsverbänden Strukturen zu schaffen und Angebote zu entwickeln, die dieses Engagement fördern und erleichtern. Was können wir tun?

Wir können ermuntern, wir können den rechtlichen Rahmen verbessern, wir können versuchen, Hürden abzubauen, wir können unnötige Bürokratie zurückfahren und wir können Risiken absichern. Wir können und müssen Anerkennung und Wertschätzung vermitteln. Wir müssen öffentlich werben für ein engagement-freundliches Klima, wir brauchen einen Austausch guter Beispiele und wir müssen vor allem durch unsere Maßnahmen alle Bevölkerungsteile in die Lage versetzen, sich dort engagieren zu können, wo sie es möchten.

Was tut nun Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements?

Wir sind bislang einmalig im Bereich der Auszeichnung. Im Jahr 2002 wurde der Landesnachweis, engagiert im sozialen Ehrenamt, eingeführt. Er dient als Anerkennung und Würdigung des sozialen Engagements. Er dient aber gleichzeitig als Nachweis für Qualifikationen, die über dieses Engagement erlangt wurden. Wir versuchen aber durch diesen Nachweis, den Wohlfahrtsverbände, den Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände verleihen, dem ehrenamtlichen Engagement auch einen direkten Nutzen abzuleiten. Indem es diesen Nachweis gibt, denken wir, dass der eine oder andere Arbeitgeber sich ein Bild davon machen kann, dass hier Schlüsselqualifikationen erworben werden, die auch im Arbeitsleben von Interesse sein können. Das gilt für den beruflichen Einstieg, es gilt aber auch für eine berufliche Neuorientierung, es kann auch gelten für eine Berufsrückkehr nach einer Familienphase. Wir denken, und das entspricht auch den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren damit gemacht haben, dass der Nachweis durchaus noch eine zusätzliche Entscheidungshilfe für mögliche Arbeitgeber sein kann neben der formalen fachlichen Qualifikation.

Wir haben einen Unternehmerpreis „Enterprise“ verliehen. Damit haben wir Unternehmen ausgezeichnet, die sich gesellschaftlich engagieren und dieses

Engagement auch als unternehmerisches Ziel verankert haben. Das heißt, es ging uns nicht nur darum, Unternehmen zu finden, die durch eine Charity-Aktion einmal in die Öffentlichkeit getreten sind, sondern die Corporate Responsibility als Unternehmensziel in ihrem Unternehmen verankert haben. Dieser Wettbewerb steht für ein Gesamtpaket, mit dem wir Unternehmen anregen wollen, sich im Sinne des Corporate Citizenship zu engagieren, etwas, was in den USA längst eine Selbstverständlichkeit ist, hier in diesem Land aber noch ein kleines Pflänzchen ist, was aus unserer Sicht einen dringenden Wachstumsbedarf hat.

Seit Ende 2004 gibt es Landesversicherungen, die die Lücken im Versicherungsschutz Ehrenamtlicher im Bereich Unfall- und Haftpflichtversicherung schließen. Damit soll verhindert werden, dass sich die Menschen, die sich engagieren wollen, auch noch zusätzlichen Risiken aussetzen müssen. Diese Risiken sollen abgesichert werden. Schließlich wollen wir unsererseits auf der Landesebene dazu beitragen, damit sich die interessierten Bürgerinnen und Bürger unkompliziert informieren können, was es alles so gibt, wo man sich wie engagieren kann. Zu diesem Zweck gibt es eine Homepage www.engagiertinnrw.de, wo Sie Projekte, Vereine, Verbände, Initiativen finden, die vielleicht für Sie von Interesse sind und die Ihnen den Einstieg in bürgerschaftliches Engagement erleichtern.

Wir haben das gleiche gemacht für Unternehmen, indem wir eine Datenbank eingerichtet haben, die sich vorrangig an Unternehmen richtet, ihnen die Recherche erleichtert und gute Beispiele für unternehmerisches Handeln bietet. Dann wollen wir zur Vernetzung beitragen. Vernetzung ist ja ein hochattraktives Modewort. Wir sehen, dass auf kommunaler Ebene durch die Freiwilligen-Agenturen und Vermittlungsagenturen schon eine gute Infrastruktur vorhanden ist, um Nachfrage und Bedarf zu decken. Wir beteiligen uns im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement als Land. Ein wichtiges Netzwerk und ein interessantes Beispiel für Aktivitäten eines Netzwerkes, ist die Ruhrdax, eine Vermittlungsbörse für ehrenamtliches Engagement, die am 18. September 2006 stattfand. Daran haben sich 100 Unternehmen beteiligt, und das war auch für die Veranstalter eine über alle Erwartung gehende Resonanz. Aber ich denke, wir können und wir müssen auch von der Wirtschaft heute erwarten, dass sie

sich im Sinne der Teilhabe an dieser Gesellschaft auch für diese Gesellschaft engagiert. Sie ist und sie wird hoffentlich neben den Bürger/innen und dem Staat ein ganz wichtiger Akteur in der Zivilgesellschaft.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen durch Globalisierung und demografischen Wandel, kommen wir nicht umhin, zu schauen, wie sich die Rollen, die der Staat in diesem Kontext zu spielen hat, die die Menschen spielen müssen, die aber auch Wirtschaft und Unternehmen zu spielen haben, neu justiert und neu aufgestellt werden können. Wir haben in unserem Haus natürlich durch den breiten Kanon an Themen, den wir abdecken, auch den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Visier, und da sind für uns handlungsleitend die Millennium Entwicklungsziele und die UN-Dekade für Bildung und nachhaltige Entwicklung. Wir wollen einen Beitrag leisten, damit wir dem Ziel der Halbierung von Hunger und Armut auf der Welt bis zum Jahr 2015 zumindest deutlich näher kommen und haben unsere Förderprogramme ein Stück weit auch unter diese Überschrift gestellt. So wollen wir die Arbeit der über 3.000 Eine-Welt-Gruppen unterstützen. Unser Ziel ist es dabei, Handlungskompetenzen zu erhöhen, Mitgestaltung von gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen, aber vor allem auch den globalen Gemeinsinn zu stärken.

Wir denken, dass wir als bedeutendes Industrie- und Handelsland einen großen Profit aus der ökonomischen Globalisierung ziehen, und deshalb haben wir umgekehrt auch eine große Verantwortung in diesem Prozess. Dieser Verantwortung wollen wir auch Rechnung tragen, indem wir unseren Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit leisten. Und das beginnt eben vor Ort. Wir haben eine sehr lebendige Eine-Welt-Arbeit in unserem Land, die wir fördern mit einer sehr breiten Förderpalette. Wir fördern gemeinsam mit der Bundesregierung die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Sie soll die Kommunen unterstützen in der Planung zukunftsfähiger Modelle, die einen Eine-Welt-Bezug haben. Sie soll Informationen, Beratungsleistungen und Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Sie soll helfen bei der Umsetzung von Programmen in Städtepartnerschaften, in Projektkoordination, in Klimabündnissen und durch die Unterstützung fairer Handelsstrukturen. Dann haben wir ein Programm Entwicklungspolitische Informations- und Bildungs-

arbeit, das den Eine-Welt-Gruppen und Initiativen in ihrem freiwilligen Engagement zugute kommen soll. Ziel der Förderung hier sind Maßnahmen und Aktivitäten, die geeignet sind, den einzelnen Menschen zum Mitdenken, zum Handeln und zur Mitarbeit im Interesse der Menschen in den Entwicklungsländern anzuregen. Direkt oder über Multiplikatoren sollen dann die Aktivitäten aufgebaut werden und bisher entwicklungspolitisch nicht aktive Personen angesprochen und nach Möglichkeit natürlich auch gewonnen werden.

Damit dieses Engagement sich auch entfalten kann, braucht es eben auch ein Fundament, und das wollen wir bieten mit dem Koordinatorenprogramm für entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Hier geht es darum, professionelle Unterstützung, fachliche Beratung und Vernetzung des entwicklungspolitischen ehrenamtlichen Engagements zu fördern. Wir wollen das, was gut ist, besser machen, und dort, wo guter Wille da ist, aber das know how noch fehlt, Unterstützung und Begleitung anbieten. Wir haben eine neue Struktur für dieses Koordinatorenprogramm aus regionalen und fachlichen Koordinatoren geschaffen, und wir glauben, dass es seine erste Bewährungsprobe überstanden hat. Dabei haben wir aber zwei Dinge verändert: wir haben einmal die Fachkoordination um einen aus unserer Sicht wichtigen Bereich erweitert. Sie soll die sogenannten Diasporagemeinden in Nordrhein-Westfalen ansprechen. Wir haben mit 22,9 % eine hohe Anzahl von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, und diese Menschen sind Brückenbauer in ihren Heimatländern. Und die Brückenbaufunktion ist etwas, was wir bislang aus unserer Sicht zumindest noch zu wenig beachtet haben. Diese Menschen leisten durch ihre privaten Rücküberweisungen einen ganz erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in ihren Heimatländern. Für viele Länder Afrikas ist das Geld, was sie von ihren ausgewanderten Verwandten bekommen, eine Einnahmequelle, die weit über die staatliche Entwicklungshilfe hinausgeht. Und sie helfen darüber hinaus auch, stabile Beziehungen zwischen unserem Land und ihren Herkunftsländern herzustellen. Sie helfen kulturelle, sprachliche Barrieren abzubauen und so bereiten sie dann schließlich auch den Boden für wirtschaftliche Investitionen und Kooperationen. Von daher ist dieses Potenzial für uns ein ganz wichtiges und dieses wollen wir unterstützen durch eine Fachstelle Migration und Entwicklung, die sich bewusst diesen Ver-

einen und Initiativen zuwenden möchte. Eine zweite neue Fachstelle haben wir für die Kooperation mit der Wirtschaft eingerichtet. Uns geht es darum, im Dialog zwischen entwicklungspolitischen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen Public Private Partnerships in Gang zu setzen und hier ganz gezielt die Wirtschaft mit abzuholen und ihr Engagement auch einzufordern.

Ein besonderes Programm für Deutschland aus der Sicht von Nordrhein-Westfalen ist der konkrete Friedensdienst. Wir haben hier junge Menschen, die sich ehrenamtlich in kurzen Auslandseinsätzen zusammen mit ihren Partnern im Süden engagieren. Und dabei ist nicht nur Maurerkelle und Muskelkraft gefordert, sondern da ist auch Einfühlungsvermögen, sehr viel kulturelles Verständnis und fachliche Vorbildung gefordert. Das Erlernen der Landessprache ist zwar keine Voraussetzung, erleichtert aber dann doch die Arbeit vor Ort. Wir haben inzwischen 4.800 junge Menschen in diesen Einsätzen gehabt, und wir stellen fest, dass wir diese Menschen später immer wiederfinden in Initiativen, in Organisationen, die sich der Entwicklungszusammenarbeit widmen, so dass oft die Eindrücke, die sie in diesen Ländern gehabt haben doch sehr prägend sind, und dass das für das Leben, auch für das spätere Engagement eine große Bedeutung hat.

Schließlich noch ein weiteres Programm. Wir fördern Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen mit Partnerorganisationen in den Ländern des Südens. Hier sollen vor allem die Initiativen und die kirchlichen Gruppen, die in Kooperation mit einheimischen Partnerorganisationen in Entwicklungsländern Projekte durchführen, unterstützt werden. Zurzeit haben wir die bundesweite „Woche des Fairen Handels“ und die steht für engagierte Bewusstseinsbildung durch gute Bildungsarbeit, für Produktvielfalt mit Qualität zu gerechten Preisen. Es gibt kein Land in Deutschland, wo der faire Handel so umsatzstark ist wie in Nordrhein-Westfalen und es gibt nirgendwo so viele Akteure, die sich professionell, aber vor allem auch ehrenamtlich für fair gehandelte Strukturen stark machen. Mehr als ein Drittel der 800 Eine-Welt-Läden in Deutschland sind hier in Nordrhein-Westfalen. Und das hat nicht nur, aber auch ein bisschen damit was zu tun, dass wir ja eine hohe Präsenz kirchlicher Hilfswerke haben. Denn ohne deren langjährige Aufbauarbeit, ohne das große Engagement

der christlichen Jugendverbände gegen ungerechten Handel in der Welt und ohne die vielen Eine-Welt-Arbeitskreise in den Pfarrgemeinden wäre der Faire Handel heute nicht das, was er ist: ein Erfolgsmodell. Er ist ein wichtiger Beitrag zu einem gerechteren Welthandel, der den kleineren Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern eine Zukunftsperspektive gibt.

Das europäische Parlament und die EU-Kommission hat den Fairen Handel als eines der wirksamsten entwicklungspolitischen Instrumente anerkannt und dieser Erfolg ist ein Erfolg des bürgerschaftlichen Engagements, das den Fairen Handel nämlich ans Tageslicht befördert hat. Und in diesem Jahr hat die Faire Woche vor allem auch das Engagement von Jugendlichen stärker in den Mittelpunkt gestellt und deshalb werden wir in den nächsten Tagen verstärkt junge Menschen sehen, die sich hier einsetzen und hier einbringen.

Ich habe meinen Vortrag begonnen mit der abgelaufenen Fußballweltmeisterschaft, ich will ihn auch beenden mit einer Fußballweltmeisterschaft, die auf uns zukommt, nämlich im Jahr 2010 in Südafrika. Wir haben eine Partnerschaft mit der Provinz Mpumalanga. Und die Provinz Mpumalanga hat uns gebeten, sie bei den Vorbereitungen zur Ausrichtung der nächsten Fußballweltmeisterschaft zu unterstützen. Ein Schwerpunkt, den sie bei uns abgefragt hat, ist die Volontärbildung. Das heißt, die Qualifizierung der jungen Menschen in Südafrika für freiwilliges Engagement im Rahmen der nächsten WM. Das wollen wir gerne tun und so exportieren wir das, was wir hier an freiwilligem Engagement haben in den nächsten Jahren auch in einen anderen Kontinent, und damit möchte ich schließen und Ihnen danken, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.

Plenumsdiskussion mit Frau Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich

Ullrich Sierau:

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ganz herzlichen Dank! Das war ein breites Spektrum an Hinweisen und an Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie uns noch mal deutlich gemacht haben, wie vielfältig das ist, dass Sie aber auch darauf hingewiesen haben, dass wir bestimmte Bevölkerungsgruppen auch ganz gezielt ansprechen müssen. Und der Hinweis auf die Menschen mit Migrationshintergrund, die da vielleicht noch mehr Ansprache gut vertragen können, den wollen wir hier gerne konkret aufgreifen. Wir sind im Augenblick dabei, einen Masterplan Integration aufzustellen. Das ist ein erster Schritt in diese Richtung. Aber wir merken auch bei der Arbeit in der Stadt in verschiedenen Zusammenhängen, dass es auf der einen Seite offensichtlich eine wachsende Bereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund gibt, sich zu engagieren. Auf der anderen Seite aber, dass dies noch nicht ausreichend Berücksichtigung findet.

Wir möchten unmittelbar im Anschluss an Ihren Vortrag die Möglichkeit zur Diskussion geben. Insofern würde ich Sie jetzt, meine Damen und Herren, bitten, sich zu beteiligen.

Frau Staatssekretärin, Sie haben ja das Thema der Förderung angesprochen. Hier sind einige aus dem Eine-Welt-Bereich, von denen ich weiß, dass sie sich über die Umstellung der Förderung nicht so richtig gefreut haben. Dann müssen wir das auch mal besprechen.

Roswitha Göbel-Wiemers:

Mein Name ist Roswitha Göbel-Wiemers, ich komme aus der Eine-Welt-Arbeit und möchte genau das aufnehmen, was Sie gerade gesagt haben, Herr Sierau. Wir haben hier in der Stadt Dortmund über Jahrzehnte eine sehr intensive Eine-Welt-Arbeit. Sie wurde und wird Gott sei Dank durch das hiesige Informationszentrum Dritte-Welt begleitet. Dort hatten wir in den letzten Jahren eine hauptamtliche Kraft. Sie haben am Anfang sehr ausführlich dargestellt, wie wichtig es ist, dass ehrenamtliches, sprich bürgerschaftliches Engagement unterstützt wird von Gesellschaft und Staat. Wenn man uns aber plötzlich im Regen stehen lässt, weil die Finanzierung der hauptamtlichen Kraft von heute auf morgen gestrichen wird, dann können wir, die wir diese Arbeit vor Ort mit Herzblut geleistet haben, das eigentlich nur als einen Tritt in die Kniekehle be-

trachten. Ich habe persönlich für mich den Eindruck gewonnen, dass es den politischen Kräften in der Landesregierung irgendwie darum geht, unsere Arbeit radikal in ein anderes Fahrwasser zu bringen. Ich bin gerne bereit, darüber nachzudenken, was in der Eine-Welt-Arbeit weiterentwickelt werden muss, denn mir ist klar, dass der jetzige Stand nicht für alle Ewigkeit so bleiben muss. Aber wenn sich etwas verändern soll, dann sollte man bitte schön, die Leute, die die Arbeit machen, mit ins Boot nehmen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Es ist kein guter Stil sich nur mit irgendwelchen Funktionären oder Vertretern auf oberster Ebene zu beraten. Wir haben hier in Dortmund eine sehr bittere Quittung für diese Umstrukturierung erhalten. Wenn Sie sagen, Sie wollen mit dem neuen Programm die Diaspora bearbeiten, dann bitte schön – jetzt haben wir in Dortmund ein Stück Diaspora, zumindest in Bezug auf die Unterstützung von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen. Denn seit einem Jahr hören und sehen wir von entwicklungspolitischer Begleitung durch Fachstellen oder Moderatoren – außer Papieren – nichts.

Frau Staatssekretärin:

Es ist für uns auch ein sehr schwieriger Prozess gewesen. Sagen wir mal, ich denke nicht, dass es etwas mit politischen Schwerpunktausrichtungen zu tun hat. Sie wissen, der Landeshaushalt muss konsolidiert werden und der Bereich des Promotorenprogramms war ein Bereich, der deutlich umstrukturiert werden musste. Hinzu kam auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, die in Form von globalen Pauschalen in die Kommunen gegangen ist. Wir haben uns dazu entschieden, etwas aus diesem Promotorenprogramm so zu entwickeln, wie ich es Ihnen eben geschildert habe. Das hat sicher für die Gruppen vor Ort den Nachteil, dass nicht mehr auf jede Vor-Ort-Maßnahme eine entsprechende Unterstützungsstruktur kommt. Es hat uns aber die Chance gegeben, das Ganze thematisch besser zu bündeln. Tatsache ist natürlich, dass wir auch hier wie in vielen Bereichen Kürzungen vornehmen mussten. Wir haben auch in anderen Bereichen der freiwilligen Leistungen Einschnitte vornehmen müssen, da will ich auch gar nicht darüber hinweg reden, das ist so, da kann man nicht daran vorbei. Wir hoffen, dass wir jetzt das Niveau so stabilisieren können, wie es jetzt ist. Wir wollen auch verstärkt über die Stiftung Umwelt und Entwicklung bürgerschaftliches Engagement, Projekte stärker fördern, als es in der



Vergangenheit der Fall war. Allerdings wird es vermutlich auch da nicht so sein, dass wir Personalstrukturen von Landesseite fördern können.

Roswitha Göbel-Wiemers:

Aber genau an der Stelle hakt es unheimlich! Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was ehrenamtliches Engagement bedeutet? Meist kommen die Leute, die sich ehrenamtlich engagieren, aus Arbeitsbereichen, in denen sie es auch schon mit sozialen oder gesellschaftlich relevanten Arbeitsfeldern zu tun haben. So kommen z. B. sehr viele aus dem Bereich der Schule. Wer den Schulbereich kennt, weiß, was in den letzten Jahren geschehen ist. Nicht nur weil es Veränderungen im Schulgesetz gab, sondern weil die Erziehungsarbeit heute erheblich schwieriger ist. Das heißt, Menschen, die mit ganz knapper Freizeit arbeiten, sollen sich jetzt auch noch durch irgendwelche Förderstrukturen, auf irgendwelchen Ebenen durcharbeiten. Das kann von uns Ehrenamtlichen kaum einer mehr in dieser Form leisten.

Frau Staatssekretärin:

Aber wir haben ja damit, dass wir eben diese Fachkoordinatoren weiterhin haben und dass wir auch die Regionalkoordinatoren haben, Ansprechpartner. Wir konnten es uns nicht mehr leisten, in jeder Kommune oder in jeder zweiten Kommune eine Fachkraft einzusetzen, aber wir haben ja dafür die Regionalkoordinatoren für diese Aufgaben. Dann ist es eben nicht mehr in Dortmund um die Ecke, sondern dann ist es die Region, die repräsentiert wird, aber auch da sollte das passieren, was Sie eben halt vermissen. Da sollen Sie Unterstützung und Beratung finden, und da sollen Sie auch begleitet werden.

Roswitha Göbel-Wiemers:

Dazu kann ich nur sagen und Ihnen mit auf den Weg geben: Erfolgsbilanzen können Sie auf diese Weise nicht einfahren. Denn wie gesagt, wir bemühen uns hier mit unseren Kräften das Mögliche zu leisten. Dazu haben wir uns in der Weltgruppenkoordination zusammengeschlossen. Auch wenn wir uns eigenständig vernetzen, unter den neu gegebenen Bedingungen wird es verdammt schwierig!

Frau Staatssekretärin:

Wir schauen mal. Ich meine, die haben ja erst jetzt angefangen in der neuen Struktur, und rufen Sie sie mal ab. Dann können wir uns ja vielleicht in einem

Jahr noch mal darüber unterhalten. Vielleicht ist es dann doch nicht so schwierig geworden.

Ullrich Sierau:

Gut, auf das Angebot zur Kooperation und zum Dialog gehen wir gerne ein. Wir haben ja versucht, nachdem das alles umgestellt worden ist, von Seiten der Stadt an das Ministerium heranzutreten, haben sowohl Herrn Boppel, dem Referatsleiter, aber auch dem Minister selbst geschrieben. Die Reaktion, die war so ganz überzeugend nicht. Da wollen wir einfach jetzt sagen, okay, das haben wir jetzt erlebt, das mag auch damit zu tun haben, dass sich Dinge verändert haben und umstellen. Nur inhaltlich, muss ich sagen, können wir mit dem, was sich da entwickelt hat, nicht zufrieden sein. Natürlich ist es nicht so, dass wir meinen, das muss unbedingt in Dortmund sein. Aber wir haben uns schon schwer gewundert, dass in einer Stadt, in der die Zivilgesellschaft so für dieses Engagement steht, die Hauptstadt des Fairen Handels ist, gerade in dieser Stadt die hauptamtliche Promotorin abgeschafft wird. Das konnte man nicht nachvollziehen. Und wir haben die Situation, dass die Mittel, die für die kommunale Zusammenarbeit oder die Aktivierung in der Kommune bis jetzt zur Verfügung gestellt worden sind, deutlich eingedampft wurden. Wenn Sie sagen, es hat nach Ihrem Eindruck nicht immer eine Transparenz über die Mittelvergabe gegeben, kann ich es jetzt nicht beurteilen, wie das anderswo war. Nur für Dortmund kann ich Ihnen versichern, das war absolut transparent und deshalb kann ich das Argument für uns zumindest nicht gelten lassen. Insofern wäre ich sehr dankbar, wenn wir uns bei dem Thema noch mal zusammensetzen könnten, weil das für meine Begriffe auch damit zu tun hat, wie man unter Glaubwürdigkeitsgesichtspunkten das, was zivilgesellschaftlich eingebracht worden ist, honoriert!

Sie haben vorhin gesagt: Da muss auch eine Honorierung kommen, das muss nicht Geld sein, das kann aber eine Ehrung sein. Ich denke, es muss sich auch darin ausdrücken, dass das, was geleistet ist, auch weiter gestützt wird. Ich möchte einfach nur sachlich darauf hinweisen, dass wir darüber noch mal nachdenken. Weil es so, wie es abgelaufen ist, keiner richtig nachvollziehen kann. Wir wissen, dass gespart werden muss. Ich will das Thema heute nicht überstrapazieren, ich möchte aber gerne, dass wir im Gespräch bleiben!

Michael Dietl:

Ich bin Michael Dietl von Attac Dortmund. Ich möchte noch mal auf den Punkt „Es muss gespart werden“ eingehen. Ich finde, dass Sie sich selber auch von Ihrem Ministerium zu sehr von Herrn Rüttgers und Herrn Pinkwart reinreden lassen. Die Haushaltskonsolidierung ist nicht das Wichtigste in der Welt. Man kann nicht bei den Menschen kürzen. Das geht nicht so einfach. Das finde ich erschreckend. Es ist unmöglich, die Haushalte zu konsolidieren. Privat vor Staat hört sich ja ganz gut an. Aber da wird eine Konkurrenz aufgebaut zwischen den einzelnen Einzel-Läden und den Netzen!

Frau Staatssekretärin:

Ich glaube, da werden wir beide uns nicht einig werden. Wir denken, dass eine hohe Staatsverschuldung gegen die Menschen gerichtet ist, weil letztlich irgendwann die soziale Infrastruktur zusammenbricht. Auch ein Staat kann nicht ad infinitum Schulden aufnehmen, weil er das zu Lasten der nächsten Generation macht. Das erleben wir ja auch in bestimmten Staatensystemen, nicht auf diesem Kontinent, sondern auf anderen Kontinenten. Und wir wollen eben nicht, dass das passiert. So ist also der Abbau der hohen Staatsverschuldung schon ein ganz wichtiges politisches Ziel, was wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Da geht es um Prioritätensetzung und da steht diese Priorität an erster Stelle.

Wir versuchen, durch eine gezielte Konsolidierungspolitik zumindest dahin zu kommen, dass wir im Jahr 2010 hier in diesem Land nach Jahren wieder einen verfassungskonformen Haushalt haben und nach Möglichkeit im Jahr 2012 erstmals soweit sind, dass wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen und beginnen können, die vorhandenen abzutragen. Das ist aus meiner Sicht eine ganz unerlässliche Aufgabe, weil wir es eben anders nicht gewuppt bekommen. Und wenn ich jetzt gleichzeitig sage, aber alle anderen Bereiche sind sakrosankt, dann wird mir das nicht gelingen, weil es Ausgabenfelder gibt, da können wir nicht sparen und Ausgabenfelder, da müssen wir es halt tun! Und da gab es keinen Dissens zwischen den regierungsbeteiligten Parteien, wo das denn gemacht werden müsse. Wir versuchen, andere Partner zu aktivieren. Wir versuchen eben auch die Wirtschaft sehr viel stärker für dieses Thema zu aktivieren, um, wenn Sie so wollen auch da neue Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft

und Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Wir versuchen, durch strukturelle Veränderungen das Angebot zu erhalten. Herr Sierau hat es ja eben gesagt, jetzt gibt es eben diese Stelle nicht mehr in Dortmund, jetzt gibt es eine Stelle für mehrere Städte in Herne. Man muss tatsächlich gucken, funktioniert das? Aber es wird an vielen Stellen tatsächlich kein Weg daran vorbeiführen, dass sich auch der Staat aus Handlungsfeldern zurückziehen muss. Da werden wir uns wahrscheinlich heute hier nicht einig werden in dieser Einschätzung, aber ich sehe das nun einmal so.

Günter Schulz:

Günter Schulz, Informationszentrum Dritte Welt in Dortmund, der Ort, an dem bislang eine Promotorin gegessen hat. Ich denke, was wichtig ist für das Auditorium hier ist, dass ein funktionierendes Programm dem Sparzwang geopfert wurde. In ein Programm, in dem klar ist, dass eine Regionalisierung natürlich nicht so intensiv arbeiten kann. Parallel dazu, soweit meine Informationen stimmen, sind die Gelder der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit fürs kommende Haushaltsjahr auf Null gefahren. Das heißt also ein relativ niederschwelliges Angebot für engagierte Gruppen. Aus dem freiwillig ehrenamtlichen entwicklungspolitischen Bereich haben Projekte keine Chance mehr, darüber finanziert zu werden. Bildungsarbeit hier vor Ort kann nicht mehr durchgeführt werden. Es gibt keine Gelder mehr im Haushalt 2007, und Ihr Angebot, doch dann stärker die Stiftung Umwelt und Entwicklung des Landes NRW zu nutzen, ist sicherlich ein spannendes Angebot. Nur die Stiftung hat in diesem Jahr schon kein Geld mehr. Es ist auf der anderen Seite beruhigend, weil die Wetteinnahmen dieses mal nicht so hoch ausgefallen sind, das hat ja auch ganz viel mit Spielsucht von Menschen zu tun. Aber welche Gruppe freiwillig ehrenamtlich Engagierter kann sich auf ein Verfahren einstellen, was sicherlich für solch eine große Stiftung eines Landes dann nötig ist. Das heißt also mit Vorlaufzeiten von drei Monaten und mehr, mit einem Riesenmaß an Papierkrieg im wahrsten Sinne des Wortes und Antragstellung und Mittelnachweis und, und, und ...

Wir haben gerade diese Erfahrung gemacht, weil Dortmund natürlich auch aus dem entwicklungspolitischen Bereich seinen kritischen Piekser bei der Fußballweltmeisterschaft in Form des Café Mundial an der Reinoldikirche gesetzt hat, um darauf hinzu-

weisen, dass eben in diesem Fifa-System auch eine Menge nicht in Ordnung ist. Dieses Projekt ist hochgradig von der Stiftung NRW unterstützt und gefördert worden, aber dieses ist eine völlige Überforderung von freiwillig ehrenamtlich Engagierten. Im Gegensatz dazu waren die Gelder der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eben eine sehr niederschwellige Möglichkeit, gute Arbeit lokal zu fördern und zu unterstützen. Dieses scheint mir eben auch gestrichen zu sein.

Frau Staatssekretärin:

Also ich nehme es jetzt einfach so mit, wie Sie es gesagt haben, weil ich denke, die Argumente haben wir eben ausgetauscht.

Ullrich Sierau:

Ich möchte allerdings an einer Stelle kurz nachfragen: wir haben ja hier in Dortmund einen Antrag gestellt und in diesem Jahr noch Fördermittel bekommen. Dafür auch herzlichen Dank! Gleichwohl waren wir auch schon auf dem Weg, uns medienwirksam zu bedanken, dann kam aber in der Tat der Hinweis, dass das im nächsten Jahr nicht mehr stattfinden soll. Und das haben wir dann nicht mehr ganz verstanden. Ist das so, dass es im nächsten Landeshaushalt keine Mittel mehr geben wird oder ist da vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen noch zu erwarten, dass etwas kommt?

Frau Staatssekretärin:

Also was die Haushaltsberatungen im Landtag angeht, kann ich Ihnen natürlich im Moment noch nichts sagen, Sie sind jetzt im Landtag. Es obliegt nun den Fraktionen, darüber zu befinden, ob sie den Vorschlag der Landesregierung akzeptieren oder verändern. Es ist tatsächlich so, es war noch ein Restbetrag von 300.000,-- EUR für die gesamte kommunale Entwicklungszusammenarbeit da und den haben wir aufgegeben zu Gunsten der Schwerpunkte, die wir im Bereich der regionalen Promotoren gesetzt haben.

Ullrich Sierau:

Okay, das heißt also, wenn man was machen will, muss man sich im Prinzip auf diese neue Struktur einstellen, das heißt, das, was es bisher gegeben hat als Struktur, das ist aller Voraussicht nach nicht mehr anwendbar oder nutzbar.

Jutta Neumann:

Jutta Neuman, Sportjugend Dortmund. Ich wollte noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben es mehr mit dem Landesjugendplan zu tun in unserem Bereich. Es ist ganz wichtig, dass Ehrenamt hauptamtliche Unterstützung hat. Alleine funktioniert das nicht, z.B. hat das mit den Volunteers bei der Fußball-WM auch nur funktioniert mit einem hauptamtlichen Background. Das heißt, auf eine gewisse Menge an Ehrenamtlichen brauche ich auch eine gewisse Menge an Hauptamtlichen, sonst funktioniert das nicht. Und menschliche Kontakte sind, glaube ich, ein ganz wesentlicher Fakt im Bereich ehrenamtlichen Engagements, und da brauche ich diese Menschen auch vor Ort und möglichst nah, weil ich da nicht immer hinterher rennen kann. Ich brauche wirklich den Menschen, der mir mal auf die Schulter tippt und sagt, Du, da wäre noch ein Projekt, da könnt ihr noch was machen. Der mir einfach auch ein Feedback gibt, mich unterstützt. Also von daher ist es ganz wichtig, die Anerkennung zu sagen, ihr macht das toll und wir brauchen noch mehr bürgerschaftliches Engagement. Auch eine Urkunde in der Hand ist sicherlich nett und wichtig, aber es nützt uns nichts, wenn uns dabei die hauptamtlichen Strukturen auf der anderen Seite weg brechen.

Frau Staatssekretärin:

Für die Jugendverbandsarbeit haben wir ja nun einen Weg gefunden indem wir durch Umschichtungen innerhalb des Kinder- und Jugendförderplanes die Mittel für die Verbände haben deutlich anheben können gegenüber den letzten Jahren. Und das Land hat ja zusätzlich eine Fördergarantie über diese Summen bis zum Jahr 2010 gegeben. Und von daher denke ich, dass die neuen Förder Richtlinien, die wir für den Kinder- und Jugendförderplan erarbeiten, wo wir auch ein Stück weit entbürokratisieren wollen, sehr viel stärker die Einzelprojekte in den Blick nehmen. Wir wollen auch Zielvereinbarungen und den Wirksamkeitsdialog intensivieren, um auch mal zu schauen, was in den einzelnen Verbänden dann tatsächlich passiert. Die Sportjugend kenne ich nun gut, und da weiß ich auch, dass sehr viel Gutes passiert, aber es gibt eine ganze Menge in der Förderpalette des Landesjugendplanes, wo man auch durchaus die Frage nach einer Evaluierung der Projekte stellen muss. Der erste Schritt war, dass wir Jugendverbandsarbeit und offene Türen für Jugendliche finanziell besser ausgestattet haben, als in der Vergangenheit, indem wir

die kurzfristigen Projekte des Landes zurückgefahren haben von bislang 40 % auf 20 %. Und daraus haben sich dann de facto Mittelserhöhungen für diese beiden Bereiche ergeben, und das war uns auch wichtig. Das Geld sollte aus unserer Sicht da ankommen, wo die Jugendlichen sind und nicht in Strukturen versickern.

Jutta Neuman:

Es war die Zusage erfolgt, bevor die jetzige Landesregierung ins Amt kam, dass man diesen Topf, den Landesjugendplan deutlich erhöhen müsste. Das ist immer einfacher, wenn man in der Opposition ist, als wenn man dann an der Macht ist, das weiß ich sehr wohl. Also von daher, wir haben die Jahre vorher sicherlich deutlich sparen müssen. Man hat uns gesagt, haltet das durch, es wird wieder besser. Die Zusage gab es, und die Zusage ist nicht eingehalten worden.

Frau Staatssekretärin:

Bezogen auf die 96 Millionen insgesamt haben Sie allerdings im Jahr 2006 und folgende deutlich mehr Mittel zur Verfügung, als sie unterm Strich in den vergangenen Jahren zur Verfügung hatten. Und das muss man einfach mit Blick auf die von mir schon geschilderte Haushaltskonsolidierungsnotwendigkeit sehen. Wir haben andere Bereiche deutlich stärker zurückfahren müssen. In der Jugendpolitik haben wir zwar die Zusage von 96 Millionen von allen Parteien nicht umsetzen können, weil das eben einfach finanzpolitisch nicht möglich war. Wir haben aber die 75 Millionen jetzt garantiert bis zum Jahr 2010, auch garantiert, dass sie tatsächlich zur Verfügung stehen und nicht durch haushaltswirksame Maßnahmen, dann im laufenden Haushaltsjahr gekürzt werden. Das ist eine sehr weit reichende finanzpolitische Zusage. Wir haben in den letzten Wochen die Erfahrung gemacht im Dialog mit den Verbänden, dass sie zumindest über diesen Aspekt der Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre durchaus beruhigt waren, und wir müssen jetzt einfach mal schauen, wie diese internen Umschichtungen, die ja nun zugunsten gerade der Jugendverbände und der offenen Türen vorgenommen wurden, wirken.

Frau Göbel-Wiemers:

Also ganz kurz. Es geht nicht ums Geld, sondern ich möchte eine Idee weitergeben. So schön Südafrika sein mag, dass wir Beratung machen für die Fußballweltmeisterschaft. Ich bin der Meinung Fußballwelt-

meisterschaft ist nicht alles. Wir sollten uns auch vielleicht auf andere Dinge konzentrieren, aber eine Chance sehe ich ganz groß, und die könnte vielleicht viel mehr aktiviert werden. Wenn ich in den Süden schaue, in die Länder des Südens, dann sehe ich ein bürgerschaftliches Engagement, da kann ich nur staunen und bin nur fasziniert. Und da uns Deutschen sehr häufig Visionen und noch mal so viel Phantasie fehlt, wie können wir wirklich mehr über das Anpacken lernen, fände ich es jetzt äußerst spannend ein Austauschprogramm mit solchen Initiativen im Süden zu haben, um zu lernen vom Süden, damit Entwicklungshilfe nicht immer diese Einbahnschiene ist. Ich glaube wir können von dort viel, viel lernen.

Frau Staatssekretärin:

Ich schau mal, vielleicht können wir so was ja organisieren. Vielen Dank.

Ullrich Sierau:

Wir bedanken uns bei Ihnen ganz herzlich, dass Sie hier waren und dass Sie sich der Diskussion gestellt haben. Die ist angesichts der Situation nicht ganz leicht. Aber ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, dass wir im Gespräch bleiben können und sage mal, wir werden uns von unserer Seite aus auf jeden Fall auf diese veränderten Rahmenbedingungen und Strukturen einzustellen, damit wir dann in der Lage sind, die Arbeit, die hier vor Ort ehrenamtlich und hauptamtlich, in Kombination von beidem, geleistet wird, auch tatsächlich noch ansatzweise weiter zu führen.

Was das andere angeht, Frau Göbel-Wiemers, wir haben ja vor kurzem Besuch aus der Bondo-Region in Kenia gehabt. Da konnten wir lernen, was das heißt, wenn man ehrenamtliches Engagement hat. Die vier Menschen, die da waren, haben bei mir jedenfalls einen sehr nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Ich hoffe auch, dass es da zu einer weiteren Zusammenarbeit kommen wird, weil da Hilfe dringend erforderlich ist.

Neue Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft – Auf dem Weg zur Bürgerkommune

Beate Weber

Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg,

Vorstandsmitglied ICLEI

(The International Council for Local Environmental Initiatives Toronto)



Ullrich Sierau:

Liebe Frau Oberbürgermeisterin Weber, Sie sind aus Heidelberg zu uns gekommen. Wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind! Ich habe in Ihren Lebenslauf geschaut und festgestellt, Sie sind ja gar nicht das erste Mal in Dortmund. Sie sind hier zur Schule gegangen, was ich gut finde. Wir sind natürlich nicht nur gespannt, was Sie uns erzählen aus der, aus hiesiger Sicht immer wieder bemerkens- und bewundernswerten Arbeit der Stadt Heidelberg, auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch, wie Sie die Stadt heute finden, das wäre für uns ganz schön. Beate Weber herzlich willkommen!

Beate Weber:

Ja, ich grüße Sie herzlichst, vielen Dank. Ich bin jetzt seit fast 16 Jahren Oberbürgermeisterin. Wir haben in Baden-Württemberg acht Jahre Amtszeit und wir hatten schon 1990 die Verfassung, die Sie heute haben: die Kommunalverfassung, dass OB's gleichzeitig politische und Verwaltungs-Chefs sind. Insofern habe ich 16 Jahre wirklich alles, alles zusammen arbeiten können, was eine unglaubliche Machtfülle ist! Als mein Vorgänger die hatte – und da war ich noch Stadträtin – habe ich das immer sehr kritisiert, aber wenn man es selber hat, ist es toll. Ich habe das deswegen gesagt, weil man in dieser Doppelfunktion, das, was man sich politisch vorstellt, auch tatsächlich umsetzen kann, weil man die Verwaltung hat, die man dazu bringen kann, sich mit Bürgerbeteiligung zu befassen. Man kann das ja auch sinnvoll nutzen. Also gut. Über die Sinnhaftigkeit gibt es natürlich unterschiedliche Auffassungen. Aber ich finde es sehr sinnvoll, was wir gemacht haben.

Warum ich aber immer auch an der Bürgerbeteiligung gegangen habe, lässt sich aus meiner vorherigen Tätigkeit als Europaabgeordnete, wo ich Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz war, erklären. Da habe ich ein paar Erfahrungen gemacht in Europa und in den USA, die einfach phantastisch waren. Ein Beispiel, an dem einem drastisch klar wird, dass Bürgerbeteiligung auch Kosten einsparen kann und nicht immer nur Kosten verursacht. Es gab mal ein ganz großes Vorhaben an der amerikanischen Ostküste, wo eine große Firma ein großes Unternehmen bauen wollte: Wasser entnehmen vom Meer und nach dem Arbeitsablauf wieder ins Meer gereinigt zurückgeben

wollte. Und das haben sie dann der Öffentlichkeit vorgestellt, weil die damals schon so was wie eine öffentliche Beteiligung in ihrem Recht hatten, als es das bei uns noch gar nicht gab. Die haben das vorgestellt, da waren auch Fischer dabei. Die Fischer haben sich diese Vorträge alle angehört, haben vor sich hin gegrinst, bis den Bossen auf einmal klar wurde, da tut sich was bei den Fischern, das ist witzig. Da muss irgendwas ganz komisch sein, und daraufhin fragten sie, was ist. Sie hatten eine ganz seriöse Planung vorgestellt. Da sagten die Fischer: „Sie haben wirklich vor, das Wasser hier herauszuholen und dort einzuleiten?“ Haben die gesagt, ja. „Wissen Sie, wie da die Meeresströmungen sind?“ - „Also das Wasser geht in die Richtung, das heißt, wir entnehmen hier und geben unterhalb das Wasser wieder zurück.“ Da haben die Fischer gesagt: „Ja und in welcher Höhe entnehmen Sie das unterhalb des Meeresspiegels?“ - „Ja“, sagten die, „so fünf, sechs Meter.“ Daraufhin haben die Fischer gesagt: „Ja wir lachen deswegen, weil Sie offenkundig nicht wissen, dass genau da das obere Wasser anders herum verläuft, als das untere Wasser. Das heißt, wenn Sie das in der Höhe machen, dann haben Sie den Dreck, den Sie einleiten, hinterher in Ihrer Fabrik, und das könnten Sie ja wohl nicht ernst meinen.“ Also, das Ding wäre total in den Sand gesetzt worden, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung mit Bürgerbeteiligung, die damals schon verpflichtend war, nicht gegriffen hätte.

Das zweite, was ich erlebt habe, waren Firmen, die verstanden haben, dass Nachhaltigkeit heißt, nicht nur Ökologie, Ökonomie, Soziales zusammen zu bringen, sondern die Mitwirkung, die Beteiligung, nicht nur in den staatlichen Organisationen, sondern auch in Betrieben zu suchen. Ohne Mitbestimmung funktioniert Nachhaltigkeit in Betrieben nicht. Alle Betriebe, die das gemacht haben, haben auf einmal gemerkt, dass sie mit ihrer Mitwirkung und diesem Engagement, das sie von ihren Beschäftigten eingefordert haben, sich unglaublich schnell und sehr, sehr gut verbessert haben, weil auch die Beschäftigten sehr viel genauer darauf geachtet haben, ob die Verfahren, die Produkte, aber vor allen Dingen auch die Produktionsverfahren eigentlich in Ordnung sind, weil ihre Kenntnisse aus den Abläufen abgefragt wurden. Und auf einmal waren sie interessiert, auf einmal haben sie mitgemacht, auf einmal haben sie gemerkt, dass ihre Kenntnisse und ihre Fähigkeiten wirklich gewünscht waren. Dass heißt, die haben

unendliche Mengen an Kosten eingespart, weil sie vernünftiger und sinnvoller produziert haben und die Arbeitsabläufe besser strukturiert haben.

Und diese beiden Beispiele, habe ich gedacht, die müssen sich ja auch auf diese anderen Themen übertragen lassen und deswegen habe ich dann von Anfang an auf die Bürgerbeteiligung und die Mitwirkung gesetzt. Das ist ja kein neuer Gedanke. Auch Aristoteles hat sich mit der Zivilgesellschaft schon befasst und dann Troquille im 19. Jahrhundert. Heute wird das unter Kommunitarismus, wenn es wissenschaftlich diskutiert wird, diskutiert, das heißt, es ist keine neue Geschichte. Als ich als Oberbürgermeisterin begonnen habe, haben wir ein Verkehrsforum eingeleitet, da waren über hundert Organisationen beteiligt, die sich mit großer Begeisterung miteinander gefetzt haben. In der Verkehrspolitik ist es ja immer sehr schwierig, die Interessen zusammen zu bringen. Wir haben Zukunftswerkstätten speziell für Frauen gehabt, für Stadtteilrahmenpläne, weil klar ist, das Frauen sich in ihrem Stadtteil naturgemäß besser auskennen müssen, weil sie sich länger dort aufhalten. Sie leben dort, während die meisten Männer aus und eingleiten, jeweils entsprechend ihrer Arbeitszeit, also viel zu wenig über Infrastrukturveränderungen wissen können aus ihren täglichen Abläufen. Und wir haben „Runde Tische“ gemacht, ob das Straßenbahnerschließung oder Energiesparen oder Klimaschutz oder sonst was ist.

Das Witzige ist, dass viele am Anfang gemeint haben, dass Bürgerbeteiligung einfach der bequeme Weg ist. Dabei ist es das absolute Gegenteil. Bürgerbeteiligung erfordert ein unglaubliches Maß an Stärke und Sicherheit. Es ist viel einfacher, selber zu entscheiden. Ich kann mich hinsetzen und sofort entscheiden. Bürger zu befragen erfordert Mitdenken, Bereitschaft zum Zuhören, Bereitschaft zu überlegen, ob man tatsächlich so gut war, wie man es gehofft hat, wenn man eine Vorlage macht. Und das erfordert auf beiden Seiten einen unglaublichen Lernprozess. Eine Verwaltung dazu zu bringen, dass sie ernst nimmt, was ihr von den Bürgern gesagt wird, ist ein harter und mühsamer Prozess, von dem ich meine, dass ich das so im Großen und Ganzen geschafft habe. Das heißt, das ist ein schwieriger und mühsamer Prozess, der Kraft erfordert, und der auch den Willen wirklich einfordert, das ernsthaft zu betreiben. Wenn man das nur pro forma macht, dann

schläft das sofort ein, weil das die Menschen merken. Dann fühlen sie sich missbraucht, sie fühlen sich ausgenutzt. Wir haben hier die Bürger beteiligt, aber ernsthaft haben sie keine Mitwirkungsmöglichkeit. Es ist eine gefährliche Geschichte. Und der zweite kritische Punkt bei uns war immer wieder– und es gibt auch heute noch im Gemeinderat strickte Gegner dieser Verfahren, die auch schon bis zum Regierungspräsidium Dienstaufsichtsbeschwerden eingeleitet haben– wie weit lässt das die repräsentative Demokratie zu? Das heißt, wie kriegt man diese Balance hin, dieses Spannungsbild zwischen dem, was die Bürger vorbereitet und mitbestimmt haben, und die Aufgabe der Gewählten, zu entscheiden?

Ich habe immer wieder versucht, einen Ausgleich herzustellen, weil ich gesagt habe, es kann doch nicht jeder Stadtrat, jede Stadträtin diesen Prozess mit vielen, vielen unterschiedlichen Bürgern und Bürgerinnen aus eben den verschiedenen Themenbereichen einzeln diskutieren, um zu sehen, was könnte man denn da aufnehmen an Lebens- oder Berufserfahrung, deswegen machen wir das für den Gemeinderat. Die können sich natürlich immer beteiligen an diesen Verfahren, die sind immer grundsätzlich eingeladen. Die Entscheidung hinterher hat der Gemeinderat zu treffen. Und das ist nun wieder auch den Bürgern und Bürgerinnen manchmal nicht so einfach zu erklären, dass dann natürlich in so einem Entscheidungsprozeß durchaus auch mal die Interessen der einen Gruppe gegenüber den Interessen der anderen in einer anderen Weise gewichtet werden, als man das selber gerne hätte. Und dann darf man nicht gleich politikverdrossen sein. Das darf nicht passieren. Und aus dem Grund ist es so wichtig, dass man solche Beteiligungsverfahren nicht als Eintagsfliege behandelt und einmal was macht und sagt, jetzt habe ich Bürgerbeteiligung gemacht, jetzt arbeite ich wieder drei Jahre normal ohne diesen ganzen Quatsch, sondern man muss eben ununterbrochen zu den verschiedenen Themen auch unterschiedliche Formen Bürgerbeteiligung anbieten, damit man diese Erfolgs- und Misserfolgserlebnisse auch mal im Durchschnitt erlebt. Bei dem einen hat man es vielleicht geschafft, bei der Eine-Welt-Nord-Süd-Kooperation, im Bereich Verkehr oder Schulpflichtsicherung für Kinder im Stadtteil, bei dem anderen hat es nicht so gut geklappt, weil da ganz offenkundig die Interessen der anderen so gewichtig waren, dass man auch selber zum Kompromiss gezwungen wurde.

Und wir haben immer festgestellt, auch in diesem heißen Thema Verkehr, dass der allergrößte Teil der Themen völlig unstrittig wurde, wenn man mal bereit war, ernsthaft miteinander zu reden. Wenn so die normalen schwarz-weiß, rot-grün, schwarz-grün oder politisch oder unpolitisch Konfrontationen abgebaut waren, weil man sich lange genug und oft genug gesehen hat und dann nämlich die Achtung voreinander bekommen hat, die Achtung vor der Argumentation der anderen, dann merkt man auf einmal, dass so viele Themen gar nicht so unterschiedlich gesehen werden. Selbst in der Verkehrspolitik waren das ungefähr 80%. Bei 80% war es ohne jede Schwierigkeit möglich, eine gemeinsame Meinung zu finden. Dann gab es so ungefähr 15%, bei denen man sich gefetzt hat, aber dann eigentlich gemerkt hat, Mensch, da muss man wirklich zusammen kommen, denn auch die Einzelhändler müssen Verständnis dafür haben, dass die Kinder überleben. Ja, Entschuldigung, es ist in der Regel so, wenn man nicht lange miteinander diskutiert, geht es relativ drastisch gegeneinander. Das heißt, die restlichen, die nächsten 15% kann man ausgleichen, wenn man ernsthaft miteinander verhandelt und die restlichen fünf, sechs, sieben Prozent, da wird halt ja oder nein entschieden. Und das muss man dann auch akzeptieren lernen, das so was geht. Das heißt, eine repräsentative Demokratie muss bereit und in der Lage sein, mit solchen Sachen umzugehen und sich nicht irritiert fühlen davon, sondern bereichert. Dann kommen unendlich viele hervorragende Ideen und viele, viele gute Verbesserungsvorschläge. Man kriegt Verbesserungen der Entscheidungen. Das bedeutet, dass wir in den Rathäusern Abstand nehmen müssen davon, zu sagen, wir sind grundsätzlich schlauer. Am Schluss kommt dann mit Hilfe aller beteiligten Organisationen und Institutionen was wirklich Gutes dabei heraus.

Wichtig ist natürlich auch, dass man sich bei Aufgaben überlegt, wer sie sinnvollerweise erledigt. Es darf nicht das Gefühl entstehen, dass der Staat die Bürger als Lückenbüsser benutzt, um bestimmte Dinge, die er nicht mehr selber finanzieren kann oder will, durchzuführen. Und das ist jetzt natürlich gerade deswegen so schwierig, weil man es in den letzten Jahren, in denen diese bürgerschaftliche Diskussion stattgefunden hat, gleichzeitig mit dem Aufbau Ost, den Veränderungen in der Ökonomie, den vielen Arbeitslosen, der Umstrukturierung hier im Ruhrgebiet, als Versuch wertet, na klar, die wollen Geld

sparen. Meine Erfahrung ist in allen unseren Beteiligungsverfahren, dass wir humaner sind, sehr viel präventiver als früher und Unmengen von Geld einsparen, einfach durch die bessere Arbeit. Das ist aber nicht das, was die Menschen vermuten. Die meisten Menschen vermuten, dass man durch diese Arbeit mehr zahlt. Und deswegen kann ich das Argument eigentlich nicht gut heißen, zu sagen, wir müssen Geld sparen, deswegen können wir das nicht machen, das ist einfach falsch. Ich hoffe, das wird mir verziehen.

Wie weit machen Unternehmen mit? Ich habe ein bisschen Probleme im Augenblick bei manchen Engagements von Unternehmen, die keine Steuern mehr zahlen und dafür sponsern. Wenn sie die Summen mal vergleichen, die sie früher an Steuern zahlen und die sie heute sponsern, gibt es da meistens eine erhebliche Diskrepanz. Aber ein Couple-Citizen-Ship ist natürlich hervorragend, wenn Unternehmen wirklich in diese Verantwortung herein gehen. Das heißt, wichtig ist, dass wir in unserer Gesellschaft, in der Politik darauf achten, dass wir nicht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei agieren. Hier können die Bedürfnisse der Menschen sehr unterschiedlich sein, aber bei Gruppen, Gruppenbereichen, die grundsätzlich von Bedeutung sind, so unterschiedlich können die dann nicht sein. Und es gibt eine ganze Reihe von Themen wie demografischer Wandel, Umweltschutz, Gleichstellung, Migration, die müssen genauso berücksichtigt werden, wie das, was sich im Augenblick sehr stark verändert wie flexibles Zeitmanagement. Wie gehen wir mit veränderten Familienformen um und schaffen wir das auch in unsere bisherigen Vorgehensweisen hinein? Können wir mit veränderten Familienformen eigentlich in der bisherigen Weise fortfahren oder nicht? Wir haben viel Mitgestaltung geschafft. Ich glaube, dass es möglich ist, gerade in der Zeit, wo dieses ehrenamtliche Engagement sich sehr stark verändert, ein Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgerschaft zu stärken und nicht zu schwächen. Und das ist dringend notwendig, denn gerade die Globalisierungsdiskussion entwirrt viele Menschen. Dieses Gefühl, nirgendwo mehr sicher zu sein, an ihrem Arbeitsplatz, in ihren Familienverhältnissen. Die brauchen eine Identität. Deswegen sind so dezentrale Aktivitäten besonders wichtig, deswegen ist so wichtig, nicht alles zu zentralisieren, sondern zu gucken, dass man auch gegensteuert, dass man wieder in der eigenen Umgebung Identitätsbildung ermöglicht.

Deswegen haben wir auch Stadtteilrahmenpläne gemacht und ähnliches. Das heißt, wir müssen dieses Vertrauensverhältnis stärken, denn unsere Demokratie ist ununterbrochen gefährdet.

Wenn Sie sich gerade die neuesten Umfragen ansehen, wie viele Jugendliche im Westen oder im Osten Demokratie für die richtige Staatsform halten: das ist ein erschreckend niedriger Prozentsatz! Und das heißt, dass das jederzeit in Frage gestellt werden kann. Da müssen nur mal die Falschen gewählt worden sein und schon ist sie fort. Und deswegen braucht man so was wie einen Vertrauensaufbau, der ist einfach für unseren Staat wichtig. Das ist nicht nur irgend so ein modernes Getue, dass man da als Bürgerbeteiligung macht, sondern die Bindung an den Staat erfolgt in der Regel auf der Ebene der Kommunen, wo soll sie sonst vernünftigerweise entstehen? Das ist nicht mehr so selbstverständlich, dass man eine Partei, der die Eltern angehört haben oder mit der man als Jugendlicher schon relativ früh in Verbindung kam, dass man die sein Leben lang wählt. Das gibt es alles nicht mehr. Und das heißt, wenn man nicht gelernt hat, für diesen Staat Mitverantwortung zu tragen, dass dieser Staat sich aber auch um die eigenen Interessen kümmert, geht auf kommunaler Ebene am besten. Wenn das nicht gelingt, solange können Sie nicht sicher sein: erstens, dass die Leute zur Wahl gehen und zweitens, dass sie auch auf Dauer sicher demokratisch wählen. Denn man kann auch undemokratisch wählen, da haben wir in Deutschland ja einige furchtbare

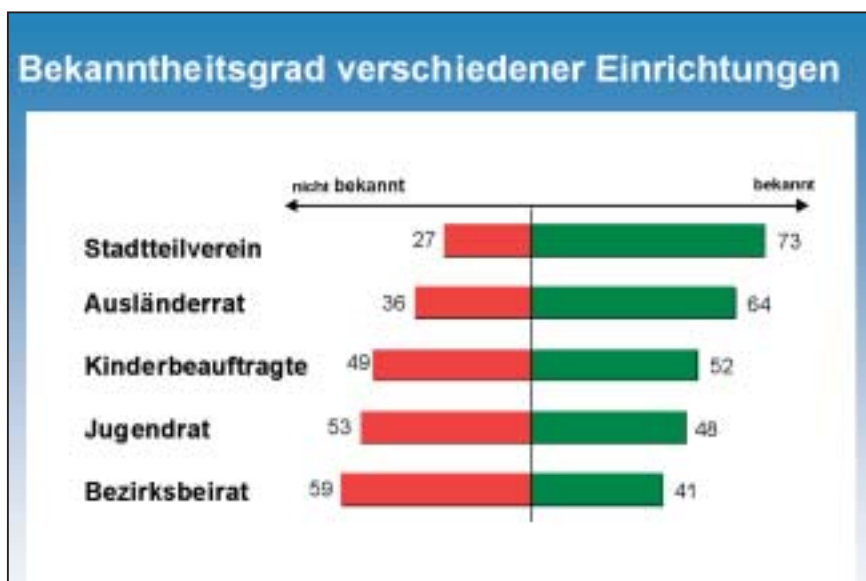
re Erfahrungen gemacht.

Wir haben in Heidelberg anschließend an den Freiwilligen Service des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002 eine Studie gemacht über bürgerschaftliches Engagement mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung. Und das war für uns ganz interessant, unsere Beteiligungsmodelle einmal zu evaluieren und zu überprüfen, ob das eigentlich vernünftig abgelaufen ist und für die Zukunft zu überlegen. Und da haben wir auch mal gesehen, wie bekannt eigentlich manche Einrichtungen sind.

Wir haben dann gesehen, dass die Bezirksbeiräte relativ bekannt waren, immerhin 41 %, ist ja auch nicht ganz wenig, und wir haben ein interessantes Ergebnis beim Jugendrat gehabt. Interessant war dann mal zu sehen, wie verteilen die Engagierten sich auf die verschiedenen Bereiche, auch weil wir vergleichen wollten, ob das ungefähr der Deutschen Verteilung entspricht. Wir haben dann Vereine, bürgerschaftliche Gruppen unterschieden und es ist teilweise sehr vergleichbar.

Es gibt einen interessanten Unterschied zwischen Inhalt und Organisationsform: Sport wird immer noch vor allem im Verein gesehen, Politik ist eher selbst organisiert. Wir nennen uns ja auch als Parteien nicht Vereine. Aber das witzige ist natürlich, wenn Sie mal so 15 Jahre zurückgehen, war bürgerschaftliches Engagement, war Sport, war Soziales, waren die großen Organisationen, wie Caritas, Arbeiterwohlfahrt und die anderen und wenn sich

jemand im Umweltschutz organisierte oder in Frauengruppen, war das schlecht. Das andere war gut. Das heißt, Sie hatten da ganz klar: Vereine waren in Ordnung, weil die das taten, was immer getan worden ist und Umweltschutz und Frauen und andere Sachen, wie Bürgerinitiativen, das war alles irgendwie sehr, sehr dubios. Am Anfang schon... Und das ist auch heute manchmal noch so.

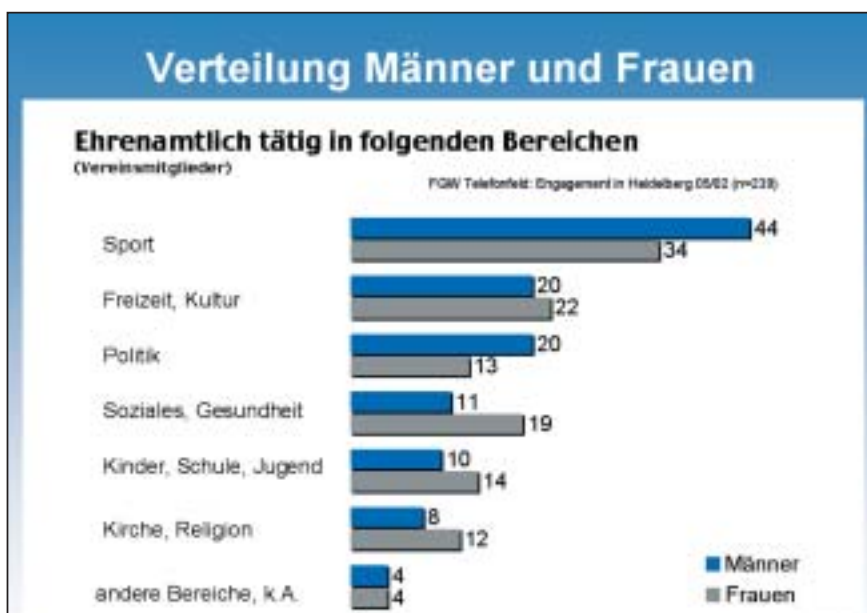
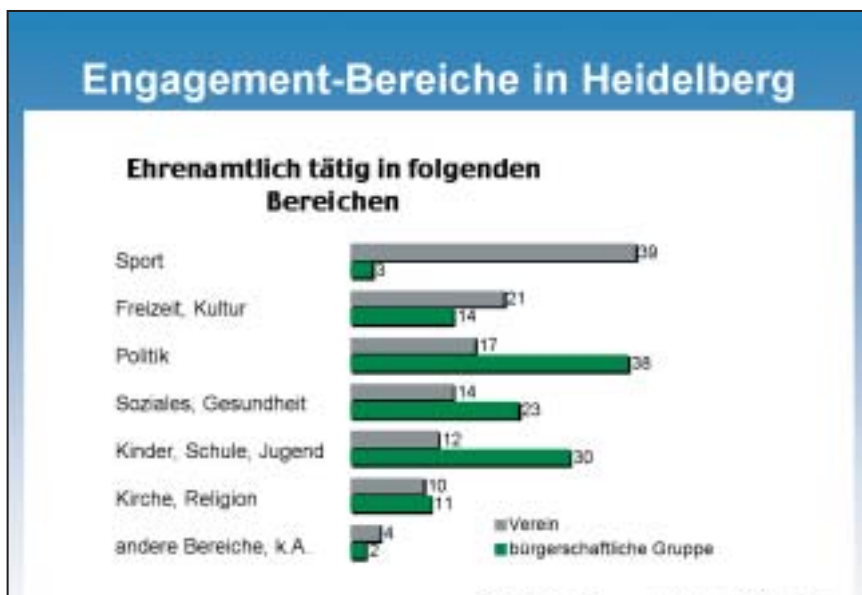


Jetzt sehen Sie, wie unterschiedlich Männer und Frauen sich engagieren.

dafür keine Ehrenamtlichen mehr kriegt. Es ist auch verständlich, weil sich niemand mehr so lange festle-

gen kann. Wer weiß denn noch, wie lange er oder sie mit dem Beruf überhaupt in der Stadt bleibt, mit der Familie in der Stadt bleibt? Wer kann sich denn überhaupt noch auf so lange Zeit festlegen? Diese stabilen Beziehungen, spätestens seit Richard Sennett mit dem flexiblen Mensch weiß man, das haut nicht mehr hin. Diese ständige Verfügbarkeit für Menschen überall hat gravierende Folgen für diese Außenbeziehungen, und das ist ein großes Manko, weil damit natürlich auch Zusammenhänge oder Zusammenleben erschwert wird. Menschen, die nicht mehr sicher sind, dass sie sich fünf oder zehn Jahre in einem Ort aufhalten, haben erhebliche Probleme, sich zu binden.

Und das sehen wir auch jetzt bei der nächsten Studie. Da, wo geschäftiges Engagement existiert, haben die Menschen länger in Heidelberg gelebt, und das wird in allen Städten



Alle traditionellen Vereine haben damit erhebliche Probleme. Statistisch kann man das leicht nachprüfen. Das heißt, man hat in diesem Bereich mit Sicherheit in den nächsten Jahren Schwierigkeiten. Von der Freiwilligen Feuerwehr bis zum Sport, aber auch bis zu den sozialen Einrichtungen, finden Sie überall große, große Sorge, dass man diese Organisationsform überhaupt aufrecht erhalten kann, weil kontinuierliche Arbeit nicht mehr möglich ist, weil man

gleich sein. Das heißt, das Engagement verstärkt sich, je länger man an einer Stelle ist und deswegen ist es klar, dass diese berufliche Unsicherheit, die Unbestimmtheit, die Zeitverträge, die Notwendigkeit, möglicherweise umziehen zu müssen, die wird dieses ganze Problem des freiwilligen Engagements erheblich verschärfen. Dort wo man wirklich darauf angewiesen ist, dass diese Strukturen funktionieren, wird das nicht einfach sein. Deswegen ist es so wich-

tig, möglicherweise auch durch ein bürgerschaftliches Engagement die Bindung an eine Stadt zu verstärken, um sicher zu sein, dass dieses Gemeinwesen überhaupt noch funktioniert. Wenn Sie keine funktionierenden Nachbarschaften mehr haben, wo jemand auch mal drauf aufpasst, was in der Nachbarschaft passiert, werden Sie Unsicherheiten bekommen, die Sicherheit selber lässt nach, aber auch das Gefüge gerät aus dem Lot. Das heißt, Sie haben dann nur noch nebeneinander her lebende Einheiten, die nicht mehr miteinander verbunden sind. Das heißt, das ist eine ganz große Gefahr, diese Instabilität mit dem, was ein eigentliches Wesen einer Stadt ausmacht. Das wird ja nicht durch Gebäude geprägt, sondern durch das, was zwischen den Menschen passiert. Und deswegen darf man diese Entwicklung nicht dem Zufall überlassen, deswegen braucht man eine klare, auch das Engagement fördernde Infrastruktur für eine moderne Kommune und ich habe deswegen vor fünf Jahren bei uns eine Koordinationsstelle Bürgerschaftliches Engagement eingerichtet, um dieses Engagement im In- und Außenverhältnis zu fördern und wir haben eine Freiwilligen-Börse mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, mit dem wir sehr eng ständig zusammen arbeiten.

So haben wir auch Strukturen, die diese Bürgerkommune strategisch und organisatorisch zusammen bringt. Begonnen hat das mit einem Runden Tisch innerhalb der Verwaltung, wo ich mal gesagt habe, lass uns zusammenstellen, in welchen Bereichen es bei uns überall bürgerschaftliches Engagement gibt. Es gab keine wirkliche Unterstützung, weil jedes Amt halt mehr oder weniger viel Zeit hatte, sich um diese Organisationen zu kümmern. Deswegen haben wir das gebündelt, um zu sehen, welche Aufgaben können wir denn an so einer Stelle ansiedeln und dies ist natürlich vernünftigerweise im persönlichen Referat der OB angesiedelt, weil es quer über alle Themen geht. – Ich muss gestehen, dass ich jetzt nicht sehr viel über den Bereich Nachhaltigkeit im Bereich Ökologie und Ökonomie erzähle, weil ich mich wirklich auf diesen reinen Bereich der Bürgerbeteiligung konzentrieren möchte.

Ich möchte jetzt etwas zum Engagementpotenzial, und wie man das wach küss, so wie das die Zeitung gesagt hat, sagen. Das sollen fünf Thesen sein. Erste: Viele Menschen sind engagiert, haben einen Bezug zum Bürgerengagement. Anerkennung ist für viele

die Grundlage der Motivation. Entweder die direkte persönliche Anerkennung, weil es sich gut anfühlt, wenn man was Vernünftiges getan hat oder auch Anerkennung durch die Stadt. Die Wahrnehmung hat sich verändert. Es gibt ein schönes anekdotisches Beispiel aus dem Artikel von Gerhard Schröder zur zivilen Bürgergesellschaft. Da hat ein sozialwissenschaftliches Forschungsteam das bürgerschaftliche Engagement erheben wollen in Deutschland und die überwältigende Mehrheit hat gesagt, nee, Ehrenamt üben wir nicht aus, wollen wir auch nicht. Eine eben so große Mehrheit sagte: „Freiwillige soziale Arbeit machen wir auch nicht, haben auch gar keine Zeit dazu“ und dann haben die selben Interviewer die gleiche Frage noch mal anders formuliert und haben gefragt: „Was macht ihr eigentlich in Eurem Alltag wirklich? Beteiligen Sie sich irgendwie an Nachbarschaftshilfe oder Selbstorganisation oder betreuen Sie jemanden mit, arbeiten Sie irgendwie in kommunalen Initiativen?“ und dann waren 38% der Deutschen im weiteren Sinne ehrenamtlich tätig. Nur halt nicht in dem, was sie meinten, was ein Ehrenamt ist, nämlich einer Organisation, Beisitzer, Schriftführerin oder Vorsitzender zu sein. Das heißt, man hat das Ehrenamt. Der Begriff ist etwas altmodisch und bezieht sich deswegen für die Leute oft auf ein System, mit dem sie sich nicht mehr identifizieren. Das neue System „Bürgerschaftliches Engagement“ ist als Begriff ein bisschen sperrig und deswegen haben sie dann nicht sofort darauf reagiert. Sie haben es tatsächlich gemacht, waren sich aber dessen gar nicht so bewusst.

Mehr als 80% der Menschen wären für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Interessant ist, dass man deswegen dringend auch Öffentlichkeitsarbeit leisten muss, um deutlich zu machen, was für ein unglaubliches Potenzial an interessanten Beschäftigungsmöglichkeiten da ist, denn die Menschen haben immer mehr Freizeit. Viele haben nicht mehr die Familienbindung, die sie vielleicht gerne hätten, aus unterschiedlichen Gründen nicht haben, und hätten eigentlich die Möglichkeit, aber sie wissen nicht, was sie tun sollten. Das heißt, man muss auf eine vernünftige Weise mit Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennung in diese Lücke hineinstoßen. In der Enquetekommission heißt es, Anerkennung ist eine der wichtigsten Formen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Die Enquetekommission zielt auf die Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur, die zu einer nachhaltigen Wert-

schätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements beiträgt. Wir haben deswegen auf meinen Vorschlag hin im internationalen Jahr der Freiwilligen ein neues Anerkennungszeichen für Bürgerengagement eingeführt, nämlich eine Bürgerplakette. Und das war eine fast zehn Jahre dauernde Diskussion – wer hat schon ein Verhältnis zu Orden? Das ist so ähnlich wie Ehrenamt. Die Begriffe Orden und Ehrenamt sind sehr nahe beieinander und damit kann ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nichts anfangen. Ich will keine Orden. Und trotzdem, als wir die Bürgerplakette eingeführt haben, die für ganz normale unendlich wichtige Aktivitäten in der Stadt und in den Stadtteilen vergeben wurde, habe ich ältere Menschen, Frauen und Männer weinen sehen, als sie diese Bürgerplakette gekriegt haben, weil sie so dankbar waren, dass es endlich mal jemand gemerkt hat, was sie tun. Und die waren nicht nur Vereinsvorsitzende, sondern das waren Initiativen, das waren ganz kleine Sachen, teilweise wurden aus den Stadtteilen Volksläden, das ist eine wichtige Form des Zurückgebens, des Dankes. Und da muss man keinen Horror davor haben, das ist kein Orden, sondern im Prinzip ist das der Händedruck, der notwendig ist, damit erkennbar wird, dass das jemand mitgekriegt hat, das sich da was tut!

Es gibt auf Landesebene bei uns eine Kampagne mit Funk und Fernsehen, die Sparkassenverbände haben Bürgerpreise verliehen. Unsere Sparkasse hat sich auch mal an so einer Aktion mit dem Motto „Jung und Alt“ beteiligt. Landesehrennadel, Bundesverdienstkreuz oder Ähnliches, das ist alles außerordentlich wichtig und ich glaube auch notwendig. Jetzt geht es aber auch um Bereiche, in denen man Menschen, die davor Sorge haben, dass sie so ein Thema auffrisst, helfen kann. Kann man die qualifizieren? Kann man mit dazu beitragen, dass sie das relativ locker machen können, ohne große Angst davor zu haben, zu versagen? Inzwischen gibt es ja übrigens auch echte Gefahren: wer in einem großen Sportverein mit 2.000 Mitgliedern die Kasse führt, steht mit einem Fuß im Gefängnis. Das sind so hohe Summen, die teilweise inzwischen in diesen Organisationen bewegt werden, dass Qualifizierung dringend notwendig ist, denn das kriegen Sie auch mit keiner Versicherung wirklich vernünftig abgedeckt. Da haben die Menschen teilweise Verantwortung übernommen, die weit über ihre eigenen Fähigkeiten hinaus geht, und dann muss man aufpassen,

dass man hilft. Inzwischen haben wir in den Volkshochschulen ganz interessante Programme. Freiwilligenagenturen, die Fortbildungsprogramme über Projektbegleitung, Teambildung, Empowerment anbieten, das heißt genau die Menschen, die gerne etwas tun in die Lage versetzen, eine Sitzung zu leiten. Nicht jede und nicht jeder kann das so einfach und hat einfach Angst davor, das zu tun, obwohl man eigentlich was machen möchte, und das ist eine wichtige Geschichte. Wir hatten in Baden-Württemberg eine interessante Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung und der Volkshochschule: chancenpolitisches Ehrenamt, da haben wir Frauen in Kommunalpolitik herangeführt und wir haben inzwischen einige engagierte Frauen auf der kommunalpolitischen Plattform, die wir über diese Angstschwelle oder diese vermeintliche Desinteresse-Schwelle geführt haben. Die haben jetzt keine Sorgen mehr, da mit zu machen.

Zweiter Punkt ist: Transparenz motiviert zum Engagement, das heißt, Unterstützung ist wichtig. Man muss wissen, wo man Zuschüsse bekommt. Wir hatten in Heidelberg mit viel Mühe als Rahmenstadtratprojekt Geld für Projekte mit Frauen oder für Frauen durchgesetzt. Als ich dann später ins Amt kam, habe ich als erstes nachgeprüft, ob das Geld eigentlich abgerufen worden ist. Ich habe festgestellt, dass aus dem kulturellen Bereich 35% abgerufen worden waren und aus dem sozialen 40% und das ist ein Armutszeugnis. Aber m. E. für die Verwaltung, weil die es nicht geschafft hat, denen, die da eigentlich Anspruch gehabt hätten, zu vermitteln dass da was für sie da war. Deswegen ist es so wichtig einen Ansprechpartner zu haben, d.h., wenn man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bekommt, ihnen deutlich zu machen, dass man auf deren Mitwirkung angewiesen ist, die da kommen. Manche dieser Aktivitäten, Selbsthilfegruppen können wir nicht ersetzen. Das kann kein Staat leisten. MS-Gruppen oder andere Dinge gehen schlicht nicht auf staatlicher Ebene, ist auch nicht gut und nicht sinnvoll. Dann müssen die wissen, dass sie eine Ansprechsituation haben, wo sie nicht bitten und betteln müssen. Das heißt, Sie brauchen die Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite als Koproduzenten und Mitgestalter und auf der anderen Seite brauchen Sie eine transparente Verwaltung, die das höchst mögliche an Informationen unkompliziert weiter gibt und die Barrieren abbaut und das gut kommuniziert. Wir haben inzwischen auch Bürgerin-

formationssystem, in denen man alle öffentliche Vorlagen des Gemeinderates einsehen kann. Wichtig war in der Verwaltung, dieses Klima zu ermöglichen, nicht diese Abwehrhaltung, da will schon wieder jemand was von uns. Wir haben das Geld für diese Aktivitäten da und deswegen braucht man nicht abzuwehren. Deswegen kann man mit den Leuten vernünftig umgehen und wir haben neulich auch eine Umfrage gehabt, wie die Bürger und Bürgerinnen die Verwaltung sehen, da haben wir sehr schöne positive Rückmeldungen bekommen. Also Motivation, Anerkennung, Vernetzung, Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit. Von der Ausführungsverwaltung zur Ermöglichungsverwaltung zu kommen, ist ein langer, langer Schritt und langer Weg, hat aber eigentlich ganz gut funktioniert. Und damit schafft man für Menschen, die kein großes Vertrauen zum Staat haben, mit solchen Schritten möglicherweise wieder dieses Vertrauen. Das dauert lange, das ist nicht so einfach. Es gibt natürlich immer noch Leute, auch bei uns in Heidelberg, die meinen, die Verwaltung habe viel zu viel Leute, die alle nichts schaffen. Aber es gibt unendlich viele, die inzwischen wissen, dass so eine Verwaltung Partner ist.

Dritter Punkt ist Vernetzung. Am Anfang habe ich gesagt, wir hatten Ehrenamtliche im Sportamt, im Sozialamt, bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Feuerwehr, im Umweltamt. Überall hatten wir irgendwelche Freiwillige, die waren nicht zusammen. Das heißt, wir wussten nicht, was da für ein unglaubliches Potenzial ist, weil niemand das je erfasst hat, das heißt, die Vernetzung der Akteure ist außerordentlich wichtig, weil man nur so auch tatsächlich eine gemeinsame gesellschaftliche Aufwertung hinkriegt. Ich mache es am Beispiel Frauen, Männer deutlich. Das Ehrenamt von Frauen wird völlig anders eingeschätzt als das Ehrenamt von Männern. Im Augenblick, wo ich das alles zusammen habe, da ist Ehrenamt Ehrenamt. Oder bürgerschaftliches Engagement bürgerschaftliches Engagement und wird nicht mehr so unterschieden zwischen dem Guten, dem Schlechten, dem Frauen-, dem Männerengagement, sondern es ist gleichermaßen unverzichtbar für die Gesellschaft und das entspricht ja auch dem, was die Enquetekommission gesagt hat. Wir haben diese Freiwilligen-Börse vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, wo wir auch eine Koordinationsstelle eingerichtet haben, damit diejenigen, die etwas anbieten wollen und diejenigen die etwas nachfragen, zusammengebündelt werden.

Und das ist eine ganz wichtige Einrichtung, die sich natürlich auch im Laufe der Jahre erst fest etablieren muss. Läuft jetzt seit einigen Jahren prima, aber da könnte schon noch mehr sein. Das muss erst mal bekannt werden. Da muss man erst mal Vertrauen dazu gewinnen. Da kann man sagen, ich habe mittwochs von 14 bis 16 Uhr Zeit und würde gerne mal etwas Vernünftiges tun. Ich muss mich nicht die ganze Woche für 25 Jahre festlegen, sondern ich kann sagen, ich bin alt und möchte gerne mit einem Kind oder einem Jugendlichen zusammenarbeiten oder ich bin jung und möchte gern für ältere Leute etwas tun und man kann dann ganz gezielt auswählen ohne diese Dauerverpflichtung. Wir haben übrigens, und das war interessant in unseren Städtepartnerschaften, dieses Thema Bürgerengagement ganz intensiv diskutiert. Wir hatten mal eine Partnerstadt in Japan, die ganz, ganz intensiv in diesem Themenkomplex nachgefragt hat, wie wir das machen und hat von sich etwas erzählt. Das war eine interessante Debatte.

Wichtig ist der vierte Punkt: neue Akteure zu finden. Wie verstärkt man die Bürgerkommune durch neue Akteure. Wie schafft man es, jemand an jemand heranzuführen, welche Rolle spielen die Bürger selber im Augenblick, die Gewerkschaften, die Stiftungen, die Wohlfahrtsverbände, die Vereine, die Initiativen, die Unternehmen, die Kirchen, schöpfen die eigentlich ihr Potenzial aus, gibt es noch zusätzliche Menschen, die man eigentlich bekommen könnte, wenn man Interesse hat? Und eigentlich ist es so, dass sich die Grenzen zwischen diesen Institutionen mehr und mehr aufheben, weil es nicht mehr die ganz, ganz feste Bindung gibt. Man muss das zusammenführen, und deswegen haben wir, das habe ich aus Frankreich, aus Montpellier mitgebracht, einen Markt der Möglichkeit eingerichtet. Organisationen präsentieren sich, das heißt viele Interessierte, die helfen wollen, merken auf einmal, was es alles für Organisationen gibt, an die sie sich wenden können, aber es gibt natürlich auch viele Interessierte, die gerne Arbeitskraft oder Arbeitswilligkeit anbieten wollen. Das heißt, wenn wir diese Themen miteinander verknüpfen, wird erkennbar, dass die ganze Vielfalt der Stadt bei so einem Markt der Möglichkeiten tatsächlich präsent ist, wird auf einmal klar, dass diese ganzen Themen auch zusammenhängen, dass sie nicht mehr voneinander getrennt sind. Nord-Süd und Umwelt lassen sich nicht mehr trennen. Wenn man über die WTO oder Wirt-

schaftspolitik diskutiert, hat man sofort Nord-Süd wieder mit dabei. Wenn man sich über soziale Fragen unterhält, hat man sofort die wirtschaftlichen Fragen dabei. Wenn man sie ernsthaft macht, das heißt, die Verknüpfung wird augenscheinlich – und damit machen wir eigentlich auch das, was wir seit Rio machen sollen, nämlich uns genau um diese Verknüpfung zu kümmern und zu sichern – dass die Menschen das auch so sehen.

Wir haben uns sehr intensiv mit unseren Unternehmen befasst, auch hier neue Aktive zu gewinnen, eben nicht nur Unternehmen als Spender für irgendwas zu bekommen, sondern Unternehmen als Partner, wo man zum Beispiel junge Leute hinschicken kann. Leute, die aus einem völlig anderen Bereich kommen, einmal in diesen Bereich hineinzuschicken oder Unternehmensleute, junge Azubis in eine soziale Einrichtung, diese Seitenwechselaktivitäten gibt es in vielen Städten. Wir machen das auch als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin, statt soziales Lernen, wofür die jungen Menschen ihre soziale Kompetenz stärken. Die Ausbildungsbetriebe motivieren ihre eigenen Mitarbeiter und die soziale Einrichtung bekommt personelle Unterstützung. Also das ist eine reine Gewinnsituation für alle Beteiligten und wir haben eine eigene Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit und Unternehmensengagement“, die auch von der Freiwilligen-Börse getragen wird.

Neue Zielgruppen gibt es eine Menge. Wir haben Unmengen von Menschen inzwischen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und unglaublich jung sind, weil sie zu den jungen Alten gehören, die heute natürlich einen ganz anderen Status, eine andere gesundheitliche und eine andere Lebenssituation haben, als Menschen früher. Früher in meinem Alter war ich Bock, unendlich alt und heute habe ich das Gefühl, ich könnte eigentlich noch relativ viel machen und werde das natürlich auch nach meinem Beruf tun. Das heißt, man hat eine ganze Menge von neuen Alten, die man eigentlich in diese Aktivität reinbringen könnte. Wir haben Migrantinnen und Migranten, deren Engagement sich im Augenblick noch sehr schwerpunktmäßig auf die eigene ethnische Gruppe bezieht, aber auch hier ist ein riesiges Potenzial vorhanden. Bei Jugendlichen längst nicht ausgeschöpft. Viele Jugendliche engagieren sich unendlich gerne und wenn man sich die demografische Entwicklung anguckt, dann ist es dringend notwendig, sich auch damit zu befassen. Zum Beispiel zum Thema Generationensolidarität, mit

Alt und Jung umzugehen, da gibt es wunderbare Beispiele in anderen Städten. Wir gucken ja auch immer ab. Wenn ich in einer anderen Stadt ein schönes Beispiel sehe, dann übertragen wir das halt auf unsere, es ist immer eine Übersetzung, es ist immer nicht eine eins zu eins Übertragung und deswegen lohnt es sich immer über die eigenen Grenzen zu gucken, was die anderen machen. Jobpatenschaften, intergenerative Pädagogik, Quartiersmanagement und anderes mehr. Wir haben zum demografischen Wandel gerade vor den Sommerferien eine Gemeinderatsentscheidung herbeigeführt. Wir hatten unseren Stadtentwicklungsplan 1997 mit sehr starkem Bürgernengagement verabschiedet und haben jetzt nach einer sehr intensiven Vorbereitungsphase, die sich erst mal innerhalb der Verwaltungen in allen Ämtern abgespielt hat, und dann in der Öffentlichkeit, unseren Stadtentwicklungsplan ergänzt. Wenn Sie daran Interesse haben, schauen Sie ins Internet. Der größte Teil ist schon drin, ganz gedruckt haben wir das Ding noch nicht, weil es noch ganz junge Geschichte ist.

Fünfter Punkt, andere Formen der Beteiligung und des Engagements erschließen neue Potenziale, d. h. gerade für junge Menschen ist es schwierig sich in diesen traditionellen Formen zu engagieren. Nicht nur, weil sie ihre Lebensplanung nicht so fest gestalten können wie das früher war, sondern auch möglicherweise, weil sie die Art des Engagements ihrer Eltern nicht für so toll halten, das ist ja durchaus auch denkbar. Deswegen gibt es immer wieder mal interessante Dinge. Wir haben in Baden-Württemberg von der Landestiftung einen Titel, eine Aktivität, „JES – Jugend engagiert sich“, kurzfristig an den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtete Aktionen zu fördern. Wir haben einen Sportspielplatz gestaltet mit Jugendlichen und das pädagogisch betreut. Aber es gibt natürlich auch Engagementformen, die eher in die traditionelle Aktivität hineingehen, trotzdem unendlich wichtig sind, wie ein Ausländer- und Migrationsrat.

Wir haben eine Modellphase gehabt, Jugendliche einzubinden: das war der Jugendrat, der vorhin bei den Institutionen auftauchte. Das war so ein indirekt gewähltes Jugendparlament, weil wir erst mal so was wie eine Vorbereitungsstufe haben wollten und nicht gleich scheitern, was ja bei vielen Jugendgemeinderäten passiert ist. Und wir haben auf Wunsch der Jugendlichen mit ihrer eigenen Initiative, mit einer Satzung, die sie selber mit Beratung entworfen haben, einen Jugendgemeinderat eingerichtet, der inzwischen

seit einem dreiviertel Jahr tagt, hinreißend ist, richtig toll, erfolgreich, unglaublich gut! Wir haben in den Schulen wählen lassen. Wir haben eine richtig ordentliche Wahl durchgeführt in den Schulen mit richtigen Plakaten. Die Wahlbeteiligung war außerhalb der beruflichen Schulen, bei denen war es ein bisschen anders, weil da ja viele auch aus der Region dabei waren, die nicht wählen durften. Da haben wir eine Wahlbeteiligung von 70% gehabt bei den Jugendlichen. Das ist unglaublich und deswegen war es eine so hohe Motivation auch für unseren Gemeinderat, dass die ersten drei ganz großen Vorhaben, die der Jugendgemeinderat durchsetzen wollte, mit riesigen Mehrheiten durch den Gemeinderat gestützt wurde, obwohl mit Sicherheit die Hälfte nicht davon überzeugt war, dass das was Tolles ist. Aber einfach die Jugendlichen waren so toll. Der eine hatte eine Jungferrede gehalten, die habe ich selten von einem Gemeinderat gehört. Wirklich unglaublich, richtig toll, engagiert, mit phantastischen Ideen und gleichzeitig unglaublich konstruktiv. Da hatten wir so das Gefühl, dies ist jetzt genau das richtige Angebot gewesen, um die Jugendlichen zur richtigen Zeit auf so einen Weg zu bringen, der sie für ihr ganzes Leben verändern wird. Wir haben auch ein paar, die so in der Vorphase in dem anderen Gremium drin waren, die sich inzwischen ganz großartig entwickelt haben.

Wir haben aber auch kleinere Arrangementgeschichten. Wir sind immer noch die einzige Stadt in Deutschland, die einen Ombudsmann hat, also einen Mittler zwischen Verwaltung und Bürgern, um rechtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Denn rechtliche Auseinandersetzungen sind mühsam, kostspielig und unerfreulich, und schon in den ersten zwei Jahren haben wir eine Verringerung um 40 % glaube ich gehabt. Und wir haben jetzt inzwischen den vierten, am Anfang eine Frau und danach drei Männer. Der hat zwar ein Sekretariat, aber ist ehrenamtlich tätig, auch das ist eine wunderbare Geschichte.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass trotz dieser Situation, Geld sparen zu müssen, bürgerschaftliches Engagement nie in diesen Ruf kommen darf, zum Geld sparen da zu sein. Es ist aber so, Sie können sich ganz sicher sein, dass, wenn Sie wirklich ernsthaft dieses Bürgerengagement in die Alltagsarbeit einfließen lassen, dann werden Sie kostengünstiger sein, weil es effizienter ist, weil Sie Fehler vermeiden. Ich habe vorhin das Beispiel aus den USA gesagt, das hätte Millionen gekostet, wenn die Bürger sich nicht engagiert

hätten und das als ihre Aufgabe betrachtet hätten, hier mitzuhelfen und wir merken das. Wir haben eine sehr ausgeprägte präventive Jugendarbeit, die inzwischen uns die Kosten in der Pflichtjugendarbeit, also nach dem Jugendhilferecht erheblich verringert. Wir sparen im Jahre 1,5 Millionen Euro ein und sind humaner. Wir sind dezentralisiert. Wir sind human und wir schaffen es damit, wieder Geld frei zu kriegen, locker zu machen für weitere präventive Jugendarbeit, das heißt, ich habe einen Vertrag mit dem städtischen Kinder- und Jugendamt, das 80% dieser Einsparungen in die weitere, in die neue präventive Jugendarbeit geht. Also ein positiver Kreislauf, nicht der übliche negative. Also so etwas kann eine Chance sein, wenn man merkt, es wird zuviel Geld ausgegeben, und dann mit den Partnern gemeinsam überlegt, wie man eigentlich die Ursachen dieser Geldausgabe verhindern oder verändern kann, dann kann man tatsächlich auch in so einem kritischen Bereich – in dem auch in Heidelberg die Kosten von drei auf sieben Millionen Euro hochgeschnellt sind innerhalb weniger Jahre – Kosten verringern. Das ist nicht Gott gegeben, dass es so ist.

Resümee: es ist etwas zu tun! Die Zivilgesellschaft bietet solche Möglichkeiten, sie müssen organisiert sein. Man muss sicher sein, dass man gewollt ist, dass man anerkannt ist, weil das genau dieser Verunsicherung durch Globalisierung entgegenwirkt. Ich glaube, dass wir da gerade bei den Jugendlichen, die sich so nicht aufgehoben fühlen in der Demokratie, viel tun könnten, wenn wir sie denn ran holten. Dieses Gefühl, zu Hause zu sein, ist was ganz Wesentliches. Das heißt Staat, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft wieder richtig zusammen zu führen und in so eine gemeinsame Verantwortung hinein zu bekommen, denn mit dieser vielen Freizeit vernünftig umzugehen, ist ja auch nicht so ganz einfach und die kann man ordentlich gestalten. Wir haben beide zu lernen: der Staat muss lernen, und der Staat sind auch die Kommunen und die Verwaltungen natürlich, richtig mit dem Engagement und der Kreativität der Bürger umzugehen, und die Bürgerschaft muss lernen, dass sie nicht gleich frustriert ist, wenn nicht alles aufgegriffen wird und ihr Thema möglicherweise zu Gunsten eines anderen mal zurückstehen muss. Das ist ein mühsamer, aber ganz großartiger und sehr lohnender Lernprozess, den ich allen nur empfehlen kann.

Vielen Dank!

Plenumsdiskussion mit Frau Weber

Ullrich Sierau:

Ja, liebe Frau Oberbürgermeisterin, der Beifall zeigt, dass man sein Herz an Heidelberg verlieren kann, wenn man das alles hört. Ich habe aus dem, was Sie beispielsweise 1997 mit dem Vorbereitungsprozess für Ihr Stadtentwicklungsprogramm gemacht haben, auch einiges für Dortmund versucht. Insofern kann man von Heidelberg ganz Vieles lernen, und ich denke, das, was Sie uns jetzt dargestellt haben, ist eine breite Palette. Ich bin sicher, es gibt eine ganze Reihe von Fragen.

Regina Hunschock:

Mein Name ist Regina Hunschock von der Agentur INUITgroup, Büro für Fundraising und ich mache ab zu mal Werbung für Sie in meinen Seminaren und preise immer die Stadt Heidelberg mit den Runden Tischen zum Thema „Corporate Citizen Ship“. Aber meine eigentliche Frage ist, weil Sie ja jetzt nach 16 Jahren ausscheiden, welche neuen Strukturen wir etablieren, es ist immer eine Frage des Bewusstseins. Und Sie machen ja deutlich, dass Sie als Person auf einer Bewusstseinsebene bestimmte Strukturen etabliert haben in Ihrer Kommune, die ja jetzt auch zukunftsweisend sind und wenn Sie ausscheiden, was hinterlassen Sie dann, also wie wird Ihr Erbe sein? Werden diese Strukturen dann wegbrechen oder wie kann man diese dialogischen Prozesse, die ja für die Zukunftsgestaltung sehr wichtig sind, wie kann man das erhalten, wenn Sie nicht da sind? Oder was würden Sie für Empfehlungen aussprechen, auch an junge Menschen, dieses Feld der dialogischen Prozesse auch wirklich zu erobern, weil die unheimlich wichtig sind, weil mit diesen Dialogprozessen ja auch die Gelder sozusagen nicht verschwendet werden dann am Ende?

Beate Weber:

Spannende Frage, wie weit man über seine Amtszeit hinaus wirkt. Weiß ich nicht genau, kann man nicht sichern. Also wenn tatsächlich jemand gewählt würde, der an diesen Themen überhaupt kein Interesse hat, gibt es Schwierigkeiten. Trotzdem denke ich ganz grundsätzlich, dass kein Mensch unverzichtbar ist, insofern wird auch eine Nachfolge, ob Mann oder Frau, mit dieser engagierten Bürgerschaft nicht so leicht fertig werden, das alles wieder zurückzudrängen. Ich glaube nicht, dass sie sich das gefallen lassen würde, dazu vertraue ich den Menschen zu sehr, die da in der Stadt bisher mitgemacht haben. Das werden die einfordern, da bin ich ganz sicher.

Ich bin aber im Augenblick tatsächlich dabei, die Grundstruktur, die sich bei mir im persönlichen Referat abgespielt hat noch ein wenig zu festigen. Damit zumindest klar wird, dass das eine lohnenswerte Einheit ist, die man nicht einfach verändern sollte, ohne personelle Vorentscheidungen für meine Nachfolge zu treffen. Das darf man nicht und sollte es nicht machen. Ich glaube, das Bewusstsein wird bleiben. Die Verwaltung ist so kreativ inzwischen. Wir haben ja die ganze Verwaltungsreform bei uns ohne Beratung von außen, also ohne Consultants gemacht, d. h. die Kreativität aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war gefordert und deswegen sitzt das, ist in den Köpfen drin und in den Seelen, das lässt sich nicht einfach abstellen. Da bin ich sehr zuversichtlich, zumindest für die nächsten Jahre.

Michael Dietl:

Ja, noch mal Michael Dietl von Attack Dortmund. Ich bin Heidelberg auch sehr dankbar, weil meine Eltern sich da kennen gelernt haben und ich da groß geworden bin. Ich wollte mal hinterfragen, wie die Rolle der Bertelsmann-Stiftung ist, weil oft ja nicht nach dem Vorbild des Weltsozialfonds Porto Alegre gehandelt wird, sondern „Ihr Bürger dürft jetzt entscheiden, ob Ihr den Kindergarten oder den Spielplatz haben wollt und wenn Ihr das eine wählt, dann schließt das andere aus“. Also auch eine Frage an Herrn Sierau, wieso das nicht vorangetrieben wird, dass man sich hier wirklich im Koalitionsvertrag festlegt, einen partizipativen Haushalt zu machen, vor allem im Bereich Umwelt, wo natürlich dann auch das ehrenamtliche Engagement innerhalb der Verwaltung gefragt ist. Es gab in Dortmund diese Perspektiven-Konferenz, wo sich die Gruppen zusammengefunden haben, also so ein Markt der Möglichkeiten, und da muss sich die Stadt auch mit einbringen, wenn sie will, dass die Leute sich hier wohlfühlen.

Beate Weber:

Die Frage ist nicht so ganz leicht zu beantworten, weil ich gestehe, wir haben auch noch keinen partizipativen Haushalt, weil ich unseren Haushalt insgesamt erst einmal ändern musste. Wir haben – wenn Sie im Internet nachsehen, werden sie das feststellen – einen ganz ungewöhnlichen Haushalt, der absolut transparent ist, und das war mein erstes Ziel. Wir haben in diesem Haushalt Leistungsziele und operationale Ziele und die Zuordnung des Geldes zu den verschiedenen Handlungsbereichen. Das heißt, man

muss einen Haushalt erst mal lesbar machen, bevor man die Menschen daran beteiligt, denn das Schlimmste ist, wenn man jemandem etwas vorsetzt und so tut, als ob er oder sie sich beteiligen könnten, aber eigentlich können sie überhaupt nichts machen, weil die faktische Auswirkung dessen was sie tun, Null ist. Wir haben das gleiche Problem ja auch bei Gemeinderäten. Es ist ja nicht so, dass Gemeinderäte einen Haushalt wirklich ganz massiv ändern könnten, tun sie auch in der Regel nicht. Unseren Haushalt haben wir in langen Jahren erarbeitet, auch mit Unterstützung des Innenministeriums in Baden-Württemberg, was nicht so ganz selbstverständlich ist, weil bei uns das Innenministerium eigentlich ziemlich konservativ ist. Aber wir haben nun einen Produkthaushalt, den man richtig lesen kann. Das heißt, man kann von Amt zu Amt ablesen, wofür ein Amt wirklich verantwortlich ist, welche Aufgaben es hat, welche Produkte erstellt, welche Leistungen erbracht werden und welche Qualitätsstandards wir dort jeweils haben. Dabei merkt man auf einmal, dass Einflussnahme nicht heißen kann, z.B. für den Bereich Hochbau 100.000 Euro weniger auszugeben, sondern z.B. im Jugendbereich zu sagen, dass man entweder die Qualität verändert oder zumindest sagt, wie sie verändert werden soll. Da kann man nicht mehr einfach nur heißen, hier oder dort soll gekürzt oder erweitert werden, sondern da muss deutlich gemacht werden, ob man im Kindergarten größere Gruppen haben will oder höhere Beiträge. In dem Augenblick bekommen Sie auch im Gemeinderat erstmals eine richtig politische Diskussion und nicht eine reine Diskussion über Geld. Eine rein finanzielle Entscheidung ohne inhaltliche Festlegung lässt enormen Gestaltungsspielraum. Früher war das genau so, wenn der Gemeinderat irgendwo Mittel gekürzt hat, habe ich mir, haben sich die Bürgermeister das Geld woanders geholt. Das war überhaupt kein Problem. Aber im Augenblick, wo Sie einen wirklich transparenten Haushalt haben, dann können Sie den auch wirklich beeinflussen. Jetzt sind wir in der Situation, dass wir einen solchen Haushalt haben, über den man politisch diskutieren kann, auch wenn das noch kein so genannter Bürgerhaushalt ist. Selbst wenn die Leute sagten, ich wäre da unglaublich, ich wollte erst einmal sicherstellen, dass wir einen Haushalt haben, der auch wirklich für Bürger beeinflussbar und bewertbar ist. So kommt man auch aus der Situation heraus, dass wenn ein Stadtteil einen Sportplatz bekommt, auch der andere einen möch-

te, und das heißt dann Bürgerbeteiligung. Das ist es nicht. Man muss in die inhaltliche Diskussion gehen und fragen, verbessern wir die Qualität oder schwächen wir die Qualität ab? Dabei merkt man dann leicht, dass diese ganze Diskussion über Haushaltsänderungen, vor allem -kürzungen eine fatale Nichtdebatte war, denn man hat einfach nur auf das Geld geguckt ohne die Folgen zu diskutieren. Es gibt da ein gutes Bild: wenn Sie auf eine Waage steigen und merken, Sie sind erheblich zu schwer, dann gibt es ein paar Möglichkeiten. Entweder stellen Sie sich darauf ein langsam und auf Dauer abzunehmen, dann bleibt das ganze System stabil und Sie wiegen weniger. Sie können sich aber auch ein Bein abhacken, dann haben Sie sofort Idealgewicht. Entschuldigen Sie, das ist furchtbar drastisch. aber genau das ist in vielen Städten passiert, es sind Jugendhäuser, soziale Einrichtungen, Theater, Schwimmbäder geschlossen worden und, und, und. Das war jedes Mal „Bein abhacken“. Da gab es keinen gesunden Körper hinterher. Das heißt, man muss eine ernsthafte Diskussion darüber beginnen, was passiert, wenn man hier oder da Geld einspart. Da geht es eben nicht nur darum niedrigere Zahlen vorweisen zu können, sondern möglicherweise darum, in der Jugendpolitik wesentliche Dinge nicht mehr machen zu können. Dann wird auf einmal deutlich, dass man bestimmte Schritte nicht tun darf, dass man nämlich dabei ist sich ein Bein abzuhacken. Hier fängt die Debatte an, richtig interessant zu werden.

Ullrich Sierau:

So, Sie hatten an mich gerichtet gefragt, wie das mit dem Haushalt ist. Ich leite die Frage weiter an Herrn Paust, der sich gemeldet hat. Er ist der Geschäftsführer der SPD-Fraktion und der würde dann direkt auf Ihre Frage antworten wollen.

Andreas Paust:

Ja, vielen Dank, Andreas Paust, Geschäftsführer der SPD-Fraktion, zum Stichwort Bürgerhaushalt. Sie haben Recht, es steht in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung drin, dass die Fraktionen prüfen wollen, ob und inwiefern das Modell Bürgerhaushalt für Dortmund angewendet werden kann. Wir haben das bisher noch nicht gemacht, aus dem einfachen Grund, weil wir, das wissen Sie ja, gerade den Haushalt umgestellt haben auf das neue kommunale Haushaltsmanagement. Eine ganz andere Art der Haushaltsführung, als man das bisher gewohnt ist. Das ist eine Sache, die eine Landesregierung ja per

Gesetz verordnet hat. An der Transparenz, die Sie gerade einfordern, scheitern ja nicht nur eben die Bürger, sondern auch die Räte und ich selber. Es ist ein ganz anderes Arbeiten jetzt mit dem Haushalt und die Durchsichtigkeit der Haushaltsansätze und dessen, was mit dem Geld passiert, ist in der Tat einigermaßen knifflig geworden. Und wir tun uns da nach wie vor schwer, obwohl es ja jetzt der zweite Haushalt ist, der nächste Woche eingebracht wird, den es zu beraten gilt. Dennoch will ich sagen, wir stehen zu dieser Aussage, dass wir dieses prüfen wollen und werden das auch tun. Ich kann Ihnen ankündigen, wir werden als SPD-Fraktion dazu eine kleine Veranstaltung durchführen, wo wir uns vor allen Dingen mal informieren lassen wollen – und ich lade Sie gerne dazu recht herzlich ein – wie eigentlich Bürgerhaushalt in anderen Städten abgelaufen ist. Es gibt ja dieses Modell der Bertelsmann-Stiftung mit den Modellprojekten in verschiedenen Städten. Wir werden auch von Bertelsmann jemanden kommen lassen, der uns dann Auskunft gibt. Ich werde auch aus den betreffenden Städten welche einladen, weil ich da vor allen Dingen die Frage hören möchte, wie nachhaltig ist eigentlich dieser Bürgerhaushalt? Soviel wie ich weiß, ist das, was da als Bürgerhaushalt gemacht wurde, eine einmalige Aktion gewesen, das ist das, was Sie vorhin auch kritisiert haben, man macht's einmal und dann nie wieder, das kann es nicht sein. Das gleiche ist das, was zum Beispiel in den Städten passiert. Ich nehme da Bonn heraus. Die sagen, sie machen einen Bürgerhaushalt zum wiederholten Male. Oh, habe ich gedacht, endlich mal nachhaltig, habe nachgeguckt, habe mich erkundigt und siehe da, die machen nichts anderes als vier Bürgerversammlungen in vier Stadtbezirken, wo sie die Leute informieren über den Haushalt. Das ist schon mal gut, das ist schon mal ein erster Schritt, aber das ist auch nicht das, was Bürgerhaushalt eigentlich meint. So, und damit kommen wir dann zu der eigentlichen Frage: was ist Bürgerhaushalt? Die Spannweite reicht eben wie gesagt von Bonn, wir machen Veranstaltungen, bis Porto Allegre, wir lassen die Leute wirklich mitentscheiden über das, wohin ihr Geld fließt. Zwischen dieser Bandbreite bewegen wir uns. Und dann haben wir in der Tat natürlich das Haushaltsrecht, das vornehmste Recht eines kommunalen Parlamentes, eben darüber zu entscheiden, und in dieser Spannweite, in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns und darüber werden wir uns unterhalten mit Leuten von der Bertelsmann-Stiftung Und ich weiß,

dass auch in Berlin, im Stadtbezirk Lichtenberg glaube ich, der Bürgerhaushalt funktioniert oder stattfindet. Auch darüber werden wir uns informieren lassen.

Ullrich Sierau:

Also zumindest für Teile der Verwaltung kann ich erklären, wir freuen uns auch darauf, weil wir dann hoffen, den Haushalt besser lesen zu können.

Beate Weber:

Genau, wir sind alle haushaltsgeschädigt.

Ullrich Sierau:

Irgendwie haben wir alle ein gemeinsames Interesse an Transparenz und Lesbarkeit.

Kerstin Hennies:

Mein Name ist Kerstin Hennies, ich arbeite ehrenamtlich für den Dortmunder Agenda-Verein und ich fand Ihre Ausführungen ganz spannend, gerade so diese Fokussierung auf Bürgerbeteiligung. Und Sie haben auch sehr zurecht darauf hingewiesen, dass es gelingen muss, einen kontinuierlichen Beteiligungsprozess hinzubekommen, statt nur punktuell Beteiligung zu ermöglichen. In Dortmund wurde vor einigen Jahren ein Agenda-Prozess ins Leben gerufen. Es wurden Arbeitsgruppen zu vielen Themen gebildet. Meiner Ansicht nach ist es aber leider nicht gelungen. Einige Arbeitsgruppen existieren davon noch, ich glaube zum Thema Energie und Mobilität. Viele Arbeitsgruppen sind im Sande verlaufen, auch der Konsultationskreis, der diesen ganzen Agenda-Prozess im Prinzip supervisieren sollte, ist eingeschlagen. Und ich stehe immer noch vor der Frage: was muss eigentlich passieren, dass man es hin bekommt, diese Beteiligungsgremien an die repräsentative Politik anzuknüpfen? Das ist hier meiner Ansicht nicht gelungen. Und ich würde gerne noch mal nachfragen, inwieweit hat in Heidelberg der Agenda-Prozess eine Rolle gespielt und inwieweit ist es gelungen, dort wirklich diese Institution zusammen zu bekommen?

Beate Weber:

Jetzt habe ich ein kleines Problem, weil ich weiß, dass Herr Adrian Reinert auch noch reden sollte und weil das natürlich ein ganz besonders wichtiges Thema ist, wie der Agenda-Prozess abläuft. Ich komme aus der Umweltpolitik, für mich war es von Beginn an eine wichtige Aufgabe, Rio umzusetzen.

Ende 1990 bin ich ins Amt gekommen, 1991 habe ich den ersten Auftrag gegeben, die Energiesituation der Stadt zu erforschen, schon 1992 hat der Gemeinderat gut vorbereitet das erste Energiekonzept beschlossen. Ich wusste, dass Bürgerbeteiligung wichtig war, deshalb haben wir sie von Anfang an gemacht. Unser erstes großes Bürgerbeteiligungsverfahren war das Verkehrsforum 1992, mit einer Vorbereitung von einem Jahr. Wir haben den so genannten Agenda-Prozess erst viel später so benannt. Begonnen haben wir mit dem Klimaschutz, der gesamten Umweltpolitik, Veränderungen der Wirtschaftspolitik, Bürgerbeteiligung, Radwegen, Verkehrspolitik, Energiepolitik, praktisch haben wir in allen Bereichen parallel begonnen zu verändern. Ich habe am Anfang sogar aktiv verhindert, dass eine Agenda-Gruppe offiziell als solche anerkannt wird, weil ich der Meinung war, dass sich das sehr schnell tot laufen würde. Innerhalb kürzester Zeit würde das Interesse nachlassen, weil die Aufgaben und der zeitliche Ablauf nicht klar definiert waren. Man kann nur mit konkreteren Festlegungen die Menschen wirklich kreativ halten, denn alle haben viel zu tun. Erst nach einigen Jahren haben wir alle städtischen Aktivitäten, die für den Themenkomplex relevant waren daraufhin analysieren lassen, wie weit wir inzwischen gekommen waren. Das Ergebnis war hervorragend, man kann das nur empfehlen. Wenn alle Kommunen das, was hier von Bedeutung ist einmal daraufhin analysieren lassen wie weit sie sind, dann werden sie auch feststellen, dass sie in der Regel viel weiter sind, als sie vermuten. Sie haben ihre Politik womöglich noch nie unter dieser Aufgabenstellung betrachtet. Wir haben allerdings auch gesehen, wo wir noch Lücken hatten. Zum Beispiel im Vergleich zu Bremen oder auch Dortmund waren die Aktivitäten Nord-Süd noch nicht so weit wie die anderen, in anderen Bereichen dagegen hatten wir schon erhebliche Erfolge. Daraufhin haben wir unser Agenda-Büro eingerichtet und geprüft, was wir als Stadt zusätzlich zu den bereits laufenden Dingen noch tun mussten, um wirklich alle Kriterien zu erfüllen.

Wir sind inzwischen zweimal European Sustainable City geworden, 1997 und 2002, was ungewöhnlich ist, dazu Deutsche Umwelthauptstadt. Ich glaube, dass wir auch deswegen so viel erreicht haben, weil wir vermieden haben, in die altbekannte Situation hinein zu geraten, dass es halt die typischen „Verdächtigen“ gibt, die sich mit Nord-Süd-Fragen und der Umweltpolitik in der Stadt beschäftigen

und die ihr Spielfeld haben sollen, worauf sich dann alle anderen heraushalten.

Wir haben einen Energietisch gehabt als Teil dieser Agenda-Aktivitäten, sehr zielgerichtet, wo wir die Architekten, die Grund- und Hausbesitzer, die Mieter, die Handwerker und die Umweltorganisationen dazugeholt haben. Die Aufgabe war: was kann man eigentlich machen, um den Umbau von Gebäuden zu größerer Energieeffizienz zu verbessern? Es ging um bestehende Gebäude, denn davon gibt es ja mehr als neue. Es ist zwar wichtig Gesetze zu machen, die für Neubauten die Energiesituation verbessern, aber wir haben unheimlich viele Häuser rumstehen. D. h. die größere Aufgabe ist eigentlich, die bestehenden umzurüsten.

Am Ende konnten wir diesen Runden Tisch auflösen, denn unsere Klima- und Energieberatungsagentur wurde im Ergebnis gegründet. Die haben wir als kreisfreie, also unabhängige Stadt geschaffen. Die Handwerker fragen uns dann, was sie machen sollten, denn sie arbeiteten nicht nur in Heidelberg sondern auch im Landkreis. Der hat aber nichts mitfinanziert, der hätte den Runden Tisch auch nie gemacht, weil es dort an dem Themen kein großes Interesse gibt. Dürfen sie dort auch beraten? Daraufhin haben wir überlegt, wie wir damit umgehen sollten, dass wir das alles bisher finanziert hatten. Daraufhin habe ich meine Nachbargemeinde einfach gefragt, ob sie nicht Interesse hätten mitzumachen, denn sie könnten sich eine solche Einrichtung gar nicht selber leisten mit ihrer geringeren Zahl von Beschäftigten, ob sie nicht bei unserem Beratungsbüro teilhaben wollten. Heute zahlen die Gemeinden einen bestimmten Grundbetrag und finanzieren Einzelleistungen. Inzwischen sind es 15 Kommunen bis hin zu großen Kreisstädten, die mitmachen. Das ist das Ergebnis dieser Beteiligung.

Ich rate dringend dazu solche Aktivitäten richtig abzuschließen, denn sie laufen sich sonst tot, wenn man zu lange miteinander berät, was man sonst noch alles tun könnte. Ich habe immer dazu tendiert, das thematisch und zeitlich zu begrenzen, zu prüfen, ob man aus dem Ergebnis ein vernünftiges Instrument entwickeln kann. Dann ist die Aufgabe klarer und nicht so vage. Ich könnte noch unendlich viel darüber erzählen, das schaffe ich jetzt nicht alles. Bitte sehen Sie das im Internet nach.

Demnächst haben wir auch wieder Agenda-Tage, die wir alle zwei Jahre veranstalten, wo hochinteres-

sante Dinge vorgestellt werden. Z. B. gibt es bei uns ein Wohngruppenprojekt von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, OASE, die sich in diesem Prozess gegründet hat, und wo demnächst Baubeginn sein soll. Dann ist auch dieses Projekt abgeschlossen und man kann sich auf das nächste, besonders drängende Thema konzentrieren.

Frage aus dem Publikum (ohne Namensnennung): Zunächst einmal würde ich vorschlagen ob es nicht sinnvoll und möglich wäre – so ähnlich wie das Bürgerbüro ja auch eine tolle Erfindung ist – dass man als Bürger an eine zentrale Stelle kommt und da Hilfe bekommt, wohin und an wen ich mich wenden muss, um ziemlich zentral alles zu haben, so etwas ähnliches wie fürs Ehrenamt. Eine Internetbörse ist ja schön und gut, aber sie bleibt anonym und Sie haben selbst ausgeführt, Beziehungen machen schon eine ganze Portion aus, auch mal wirklich an die Hand genommen zu werden.

Eine zweite Frage: ich habe den Eindruck, dass Bürger hier in Dortmund zum Teil zumindest lernen, dass ihre Bürgerbeteiligung nicht besonders erwünscht ist. Ich mache das an einem ganz konkreten Beispiel deutlich, nämlich wenn es um unseren Flughafen geht, der ja im Augenblick wieder ganz aktuell hoch gepusht ist. Ich sehe dabei ganz deutlich, dass die Menschen, die davon betroffen sind, sich zum Teil deshalb nicht ernst genommen fühlen, weil sie einfach merken, sobald es in Beratungen geht, wissen wir nicht, wo werden welche Fäden gezogen. Die berühmte Salamiaktik. Ich bin an einer Schule, die direkt in der Einflugschneise liegt, wir haben uns damals vor vier Jahren an die Ratsmitglieder der Stadt Dortmund gewandt, die Schüler meiner vierten Klasse, und haben E-Mails verschickt mit ganz viel anderer Post. Die haben keine Reaktion aus Dortmund bekommen. Das war natürlich ein bürgerschaftliches Lernen, was ich versucht hatte in der Schule zu initiieren, was natürlich sehr frustrierend ist. Und ich denke, auch wenn man das jetzt wieder, was im Augenblick hoch kocht mit dem Flughafen, betrachtet, werden viele Bürger hier in Dortmund wieder einmal sagen, tja, was da letztlich hinter den Kulissen läuft, da haben wir keine Chance und das ist eine traurige Botschaft.

Beate Weber:

Also, ich will einfach allgemein darauf antworten. So ein Beispiel ist deswegen so gefährlich, weil natürlich

jemand, der rigider Gegner eines solchen Flughafens ist, ein Problem hat seine Leistung anerkannt zu bekommen, wenn die Befürworter überwiegen. Das ist der typische Fall, wo man dann „politikverdrossen“ ist, weil man mit seiner Vorstellung unterlegen ist. Das ist eine gefährliche Geschichte. Wir haben versucht unseren Ämtern in der Stadtverwaltung deutlich zu machen, dass Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe bzw. Bürgerbeteiligung nicht heißt, dass jeder Recht bekommt und sich mit seiner Meinung durchsetzt! Aber es muss heißen, dass man sich ernst genommen fühlen kann, dass man Antworten bekommt, dass man ordentlich behandelt wird, dass man die Argumentation von Gegner und Befürwortern einbezieht und ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Argumente auszutauschen. So wie ich das vorhin in der Verkehrspolitik erläutert habe. Am Anfang haben sie sich gefetzt, die Industrie- und Handelskammer und die Einzelhändler und die Fahrradinitiative und der ADAC und die Elterninitiativen, was meinen Sie, was da los war! Die reden nur normalerweise nicht miteinander. Und der Effekt bei der Bürgerbeteiligung ist, dass Sie es schaffen die Menschen, die aus guten Gründen dagegen sind, in die Lage zu versetzen, mit denen, die aus deren Meinung aus genauso guten Gründen dafür sind, zusammen ernsthaft zu diskutieren, und zwar nicht nur einmal, weil die sich dann verprügeln oder anbrüllen, so dass sie nie wieder miteinander reden. Sie müssen sie so lange miteinander zusammen setzen, dass sie merken, dass hier ein gegenseitiger Informationsprozess stattfindet, der zwar möglicherweise nicht zu der Entscheidung führt, die ich gerne hätte, aber so, dass man sich ernst genommen fühlt.

Und dafür ist Bürgerbeteiligung ein wichtiges Instrument, denn die Achtung voreinander wächst. Man verliert den Eindruck, dass die anderen nur aus Prinzip ablehnen, oder nur, weil sie ein ganz spezielles Problem haben, sie sehen überhaupt nicht, dass eine andere Lösung auch Vorteile haben könnte. Und die anderen stellen fest, dass die Befürworter auch ein paar ganz gute Argumente haben, nur hören sie die nie. Normalerweise bleiben die Gruppen unter sich, da ist der Bürgerbeteiligungsprozess wichtig, der dann das gesellschaftliche Problem löst, dass sich Gruppen nicht so sehr entzweiten, dass sie nie wieder miteinander reden können. Ich glaube, dass das der wesentliche Bestandteil dieses Prozesses ist, unabhängig davon, ob nun ein Flughafen hinterher gebaut wird oder nicht, das kann ich hier nicht beurteilen. Es gibt

überall ähnliche Diskussionen.

Ullrich Sierau:

Das sieht der, der jetzt gerade spricht, mit Sicherheit auch so. Und es ist immer unterschiedlich, je nachdem, um was für ein Thema es geht und wer es betreut. Wenn wir z.B. über das Thema Verkehr sprechen, haben wir hier im Rahmen unseres Masterplanes Mobilität auch einen Arbeitskreis gehabt, da saßen alle drin, das war am Anfang ungefähr so, wie Sie das gerade geschildert haben, die Stimmung meistens spannend. Im Laufe der Zeit hat sich das alles durch die Zusammenarbeit transparenter gestaltet. Es ist eine Akzeptanz und eine Wertschätzung entstanden zwischen den Beteiligten. Die haben es sogar geschafft, ein einstimmiges Votum abzugeben, was nachher auch dem Rat die Entscheidung erleichtert hat. Das ist dann praktisch eins zu eins in den Masterplan Mobilität übergegangen. Es gibt viele andere Themen, an denen man das belegen kann, dass Partizipation, Beteiligung und Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement, auch eine Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, hier nicht nur eine beschäftigungstherapeutische Spaßveranstaltung ist, sondern dass das hier im Prinzip tagtäglich passiert.

Bei dem Thema Flughafen ist in der Tat vor vier Jahren, aus einem bestimmten Regelungsanlass heraus, auf Beschluss der Bezirksvertretung in Aplerbeck, mindestens eine große Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt worden. Ich kann mich an die noch gut erinnern, weil ich die moderieren durfte, da waren so um die 500, 600 Menschen. Das ist aus meinem Verständnis nicht unbedingt das, was man unter Bürgerbeteiligung versteht, aber zumindest haben wir alle mal Dampf abgelassen. Das war in der Tat eine ziemlich hoch gekochte Situation. Wir haben bei einem anderen Beispiel in Aplerbeck – bei der Forensik – erlebt, dass es auch anders gehen kann. Jetzt in der aktuellen Situation ist ja erst mal eine breite öffentliche Debatte entstanden. Aber dazu gibt es sehr unterschiedliche Positionierungen. Wenn Sie beispielsweise die Positionierung des Oberbürgermeisters nehmen, der sagt: „Für mich gibt es bis 2009, aber auch über 2009 hinaus, überhaupt gar keine Debatte. Ich werde da keine weitere Ausbausituation mitmachen.“ Das ist schon eine Antwort des obersten Verwaltungschefs, der gleichzeitig auch oberster Repräsentant ist, was die politische Seite angeht. Dass es

dann eine andere Diskussion gibt, die da geführt wird zum Teil in den Parteien, das ist aus meiner Sicht erst mal zu Kenntnis zu nehmen. Das haben Sie ja auch mitbekommen, dass es zwischen denen eine unterschiedliche Auffassung gibt. Und dann wird man darüber nachdenken müssen, wann eigentlich ein Zeitpunkt ist, wann überhaupt ein Verfahren sinnvoll ist, an dem man sagt, okay, dafür macht man das. Im Augenblick befinden wir uns in so einer Diskussion, die angestoßen worden ist aus bestimmten Zusammenhängen. Wenn Sie sagen, da zieht einer Fäden – also soweit ich das überblicke, zieht da im Augenblick keiner Fäden – und ich kenne die Kommunikationsstrukturen zu dem Thema glaube ich verhältnismäßig gut. Aber gut, wenn das Ihr Eindruck ist, den Sie im Augenblick haben, dann ist das bedauerlich.

Beate Weber:

Darf ich mal zurückfragen: Würden Sie denn glauben, wenn die Verwaltung jetzt eine Veranstaltung zum Flughafen machen würde, dass sie tatsächlich gar keinen Flughafen haben will? Wenn es die Vermutung gibt, dass die Planung immer noch weiter unter der Hand betrieben wird, und die Verwaltung jetzt eine Veranstaltung anbietet zu diesem Thema, um die Bürgermeinung zu hören und Informationen zu geben, würde dies doch sofort den Verdacht nähren: „na klar, die sind beim Planen.“ Also ich hätte, wenn ich Planungsdezernent wäre, ein Problem, was für eine Art von Veranstaltung ich denn anbieten sollte, wenn im Augenblick tatsächlich keiner an diesem Thema arbeitet.

Ullrich Sierau:

Ich glaube, wir kriegen das jetzt hier nicht ausdiskutiert. Ich sage ja, Ihre Botschaft ist hier angekommen. Wenn Sie sagen, ich würde an Ihnen vorbei diskutieren, ist das auch angekommen. Aber ich glaube, wir tun den anderen hier keinen Gefallen, wenn wir das Thema noch bis 14.00 Uhr besprechen.

Ansgar Klein:

Ja, Ansgar Klein, Bundesverband Bürgerschaftliches Engagement. Frau Weber, Heidelberg ist ja ein „Leuchtturm“ für bürgerkommunale Entwicklung. Eine politische Einschätzungsfrage hätte ich gerne: wie bewerten Sie denn die Bedeutung des Themas im Rahmen der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene?

Beate Weber:

Da müsste ich ja etwas über meine Kollegen sagen. Also, das wird sehr unterschiedlich gesehen. Es gibt sehr, sehr engagierte Bürgermeister und -innen, die das mit großer Begeisterung betreiben. Sie können die Situation ein wenig beurteilen, wenn sie prüfen wer sich z.B. an den Arbeiten bei Bertelsmann beteiligt. Da gibt es eine ganze Reihe von richtig guten Kolleginnen und Kollegen und es gibt eine ganze Reihe von denen, die wirklich absolut kein Interesse daran haben. Ich muss allerdings auch sagen, dass die Art der Bereitschaft sehr unterschiedlich ist, was die Städte und ihre Bürgerschaft angeht. Sie können eine Stadt wie Heidelberg zum Beispiel nicht mit Mannheim vergleichen. Unsere Diskussionsprozesse wären in Mannheim völlig undenkbar. Dann gibt es aber auch kleine Kommunen, die phantastisch sind. Ich habe beispielsweise großartige Klimadiskussionen in ausgesprochenen Kleinstädten erlebt bei uns auf der Alb. Hinreißendes Bürgerengagement, wunderbare Bürgerbeteiligung, die wieder in einer anderen Gemeinde überhaupt nicht vorstellbar wäre, weil da viel zu viele Zugezogene wohnen, die wegen ihrer zu kurzen Wohndauer gar keine Bereitschaft haben, sich in irgendeiner Weise zu engagieren. D. h. Sie müssen sehr genau Themen und Diskussionskultur ihrer Bürger und Bürgerinnen bewerten, bevor Sie in solche Prozesse reingehen, damit sie nicht gleich zu Beginn etwas in den Sand setzen. Für gefährlich halte ich Prozesse, die am Anfang den Eindruck erwecken, dass man etwas tun kann, und danach klappt nichts, oder die Menschen gewinnen den Eindruck, dass das gar nicht ernst gemeint war. D. h. man muss, wie gesagt, Thema und Art der Bürgerbeteiligung sehr unterschiedlich gestalten. Wir haben das, was wir mit unseren Handwerkern und den kleinen Betrieben veranstalten, völlig anders ausgestaltet, als das bei der Verkehrspolitik der Fall war. Was wir in den Stadtteilen zur Stadtteilrahmenplanung gemacht haben, war wieder völlig anders, als die Aktivitäten zur Gleichstellungspolitik. Man muss immer genau darauf achten, welche Bevölkerungsschichten man ansprechen will. Da muss jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin mit ihrem Gemeinderat prüfen, was in der Stadt erfolgversprechend durchgeführt werden kann, ohne die Latte gleich zu hoch zu hängen, und wovon man die Finger lassen sollte. Es lohnt sich die Vergleichsringe anzusehen, die bei Bertelsmann zusammenlaufen, aber auch die Stiftung Mitarbeit bei der Herr Reinert früher war, hat hochinteressante Projekte in vielen

Städten. Es lohnt immer sich das genauer anzusehen. Vielleicht gibt es ja Projekte, die von Seiten der Bürger angestoßen werden und Bürgermeister, die vernünftiger Weise darauf reagieren. Die Bereitschaft ist sicher im Prinzip da.

Jörg Musiolik:

Ich heiße Jörg Musiolik, meine Erfahrung hat gezeigt, dass die, die sich engagieren, eigentlich durchweg meistens dieselben Personen waren. Leute die motiviert waren, die erfolgreich waren, die positive Grundeinstellung hatten, sage ich mal. Meine Frage ist: wie aktiviert man die Verlierer der Gesellschaft, die Arbeitslosen, die Hartz IV Empfänger?

Beate Weber:

Also Hartz IV Empfänger hatte ich auch noch nicht in der intensiven Bürgerbeteiligung, muss ich ehrlich sagen, aber Frauen schon. Wenn Sie eine Veranstaltung in einem Stadtteil machen über die bisherige Entwicklung des Stadtteils und die mögliche zukünftige. Dann haben Sie sicher einen vollen Saal – wenn das vernünftig vorbereitet ist durch gute Öffentlichkeitsarbeit – mit vielleicht 400 Leuten. Sie können ganz sicher sein, dass die 20, die sich melden, gesunde Männer mit ganz bestimmten Interessen sind. Das heißt, Sie werden diejenigen, die sich nicht gut behandelt fühlen, mit Sicherheit in dieser Runde wiederfinden, die sich lautstark äußern, aber Sie werden mit Sicherheit nicht in die Tiefe der Probleme eines Stadtteils hineingeraten, außer für ganz bestimmte Themen. Und deswegen haben wir zum Beispiel diese Zukunftswerkstätten für Frauen eingerichtet, weil ich ganz gezielt diejenigen hören wollte, die sich in dem Stadtteil wirklich auskennen, und da sind wir zuerst auf die Frauen gekommen.

Wir versuchen bei allen Themen, also wenn es um Altenpolitik geht oder Jugendpolitik, um Ausländer oder Migranten, immer zu prüfen, mit welchen Mitteln, mit welcher Art von Veranstaltung kriege ich die Meinung derer, an deren Meinung mir was liegt, von denen ich wissen will, wie sie dazu stehen. Und da ist es manchmal vernünftig, nicht einfach eine öffentliche Veranstaltung zu machen, wo alle eingeladen werden, sondern ganz gezielt Repräsentanten von Institutionen zu holen, weil man dann weiß, dass man genau die notwendige Mischung aller Beteiligten bekommt. Wie schafft man es zum Beispiel, dass in einen Jugendgemeinderat nicht nur Gymnasiasten gewählt werden? Da haben wir es nicht für sinnvoll

gehalten, einfach eine allgemeine offene Wahl durchzuführen, sondern das musste gesteuert werden. Wir mussten sicherstellen, dass jeder Schultyp vertreten ist, weil nur dann die Breite der Gesellschaft im Jugendgemeinderat vertreten sein konnte. Man muss genau prüfen, an welchen Zielgruppen einem etwas liegt und wie kann man sicherstellen, dass die in so ein Verfahren einbezogen werden. Beim Jugendgemeinderat war es deshalb wichtig, dass wir für jeden Schultyp ein Quorum durch Beschluss des Gemeinderates festgelegt haben um sicher zu stellen, dass wir tatsächlich Hauptschüler, Förderschüler, Realschüler und Gymnasiasten haben. Auch in der zweiten Stufe muss man darauf achten, dass nicht die Gymnasiasten bei allen großen Themen alleine die Wortführer sind, sondern dass man durch Fördermaßnahmen die anderen schrittweise in die gleiche Situation schickt, weil ich ja auch gern möchte, dass sich Hauptschüler genauso für die Politik interessieren, wie das manche der Gymnasiasten tun.

Also, das ist ein ganz gezielter Prozess, an den man ein paar Gedanken verschwenden muss. Aber „Hartz IV“-Empfänger haben sich bei uns auch noch nicht wirklich aktiv beteiligt, das muss ich zugeben.

Hardi Kamisle:

Ich bin von dem „Verein für internationale Freundschaften“, mein Name ist Hardi Kamisle. Es geht um die Migrantenpolitik. Die Migranten sind auch Bürger, werden aber so oft vergessen. Die Migranten dürften zwischen 10 und 13% je nach Staat ausmachen, haben aber keine Meinung und keine Vertreter. Es gibt Vertreter wie z.B. den Migrantenbeirat. In Dortmund gibt es auch einen Ausländerbeirat, aber nur in beratender Funktion. Und wenn die Migranten nicht als Wähler oder nicht direkt gewählt werden, dann werden sie vergessen und deswegen hätte ich gerne, dass die Migranten – wenigstens auf Gemeindeebene – wahlberechtigt sind. Und meine Frage lautet daher: ob das überhaupt geht? Weil wir in Deutschland zur Zeit Integrationsprobleme haben, das haben wir alle gemerkt.

Beate Weber:

Also, erst mal bin ich für das Kommunalwahlrecht für Ausländer, wenn sie eine bestimmte Zeit hier gelebt haben. Das habe ich schon immer auch in meiner Partei vertreten, denn ich halte es für dringend notwendig, weil man nur so auch Engagement bekommt. Wer keine Rechte hat, übernimmt auch

nicht gerne Pflichten, davon bin ich überzeugt. Wir haben einen sehr aktiven Ausländer- und Migrationsrat. Es ist nur nicht ganz einfach, die Interessen der unterschiedlichen Nationalitäten ausreichend berücksichtigt zu haben. Die Gruppen sind sehr unterschiedlich stark, das merken wir immer wieder. Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die der Ausländer- und Migrationsrat selber entscheiden kann. In gemeinderätlichen Angelegenheiten hat er, wie überall, nur ein Mitspracherecht, weil das bei uns in den Gemeindeordnungen festgelegt ist. Das können wir als Städte gar nicht selbst entscheiden. Wir haben besondere Projekte, zum Beispiel „Wohnen für Migranten“, „Alt werden in der Fremde“, die werden von Stadt und Ausländerrat gemeinsam veranstaltet, damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, weil die Menschen auf einmal merken, dass sie das immer mehr betrifft. Man muss bestimmte Projekte vorstellen, an denen man ein Thema aufhängt, dann wird es leichter, dann bekommt man auch das Engagement. Gerade vor kurzem haben wir Ausländertage und Veranstaltungsreihen durchgeführt, die ein sehr hohes Engagement deutlich gemacht haben, aber wir müssen immer auch darum bitten. Der Prozess braucht noch eine Weile, dass sich die Migranten nicht nur in ihrer eigenen Nationalität engagieren, sondern auch mit den anderen Dinge zusammen machen. Das ist ein wichtiger, sehr interessanter Prozess, der sich in den nächsten Jahren noch sehr verstärken wird. Vielen Dank.

Hardi Kamisle:

Also ich meine, die Integration der Migranten und Migrantinnen ist sehr, sehr wichtig für alle Seiten. Für die Migranten und auch für die Deutschen. Und aus meiner Sicht ist besonders nach dem neuen Zuwanderungsgesetz von 2005 die Lage für die Integration in Deutschland sehr günstig. Die Sprachkurse-Forderung vom Bundesamt für Migration und Integration. Und auch die meisten deutschen Parteien und die Zivilgesellschaften sind demokratisch und freiheitlich. Also ich meine, es gibt gute Gelegenheiten und Chancen in Deutschland, wenn jemand sich wirklich integrieren will. Aber die Frage ist, wie Sie erklärt haben, einige Migranten und Migrantinnen wollen immer an ihrer eigenen Kultur festhalten. Das gefährdet die Integration, meine ich. Und die Lage hier in Deutschland ist, denke ich, besser als die Lage in einigen Ländern im Nahen Osten für die Ureinwohner.

Engagement fördern, aber wie? – Rahmenbedingungen für bürgerliches Engagement

Dr. Adrian Reinert

Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft
der Freiwilligenagentur e.V. – BAGFA

Beate Weber:

Oje, jetzt müsste ich einen Vortrag über Migranten in Deutschland halten, das schaffe ich nicht mehr. Ich denke, dass man beides machen sollte: Ich halte es für wichtig, dass jeder und jede die jeweils eigene Kultur behalten darf und trotzdem sich integriert in einer anderen. Ich halte nichts davon zu verbieten. Es ist wichtig, dass man seine eigene Identität bewahrt, dass Kinder, die hier aufwachsen, auch wenn sie aus der Türkei oder aus Griechenland, aus Italien oder aus Nordafrika, aus dem Nahen Osten oder sonst woher kommen, ihre Identität auch behalten dürfen. Dass sie zu Hause auch ihre eigene Sprache, ihre eigene Religion lernen, aber dass sie trotzdem lernen, mit dieser anderen Gesellschaft und Kultur umzugehen. Dass sie auch mit den anderen Ausländern kooperieren und sich nicht nur als Griechen oder als Türkin, als Italiener oder Spanierin sehen. Dann gibt es ja noch die Unterschiede zwischen den EU-Bürgerinnen und Bürgern und denen, die von außerhalb kommen. Das heißt, man sollte versuchen, sich auch hier miteinander zu beschäftigen und zu sehen, wo denn die gemeinsamen Interessen liegen. Das heißt nicht, dass man seine Kultur vergessen soll, sondern sie behalten darf und sich trotzdem auch als Deutscher fühlen oder sich zumindest in Deutschland zu Hause fühlen kann. Aber das ist ein sehr weitreichendes Thema, das ich jetzt nicht so gründlich beantworten kann, dass Sie wirklich ganz ernsthaft zufrieden sind.

Ullrich Sierau:

Ja, herzlichen Dank.

Ich möchte jetzt einen Vorschlag machen: Wir machen, das haben wir vorhin gesagt, hier in der Stadt einen Masterplan Integration. Die Auftaktveranstaltung dazu war am 2. Juni. Ich hoffe, Sie konnten da sein. Auf dieser Grundlage wird jetzt weiter gearbeitet. Da gibt es einen breiten Raum, diese Fragen insgesamt zu erörtern. Ich denke, die Position dieser Stadt ist, dass wir nicht erwarten, dass Assimilation passiert, sondern dass jeder seine kulturellen Eigenarten wahren und pflegen kann, diese auch in den stadtgesellschaftlichen Zusammenhang einbringt, so dass wir dann aus den verschiedenen Kulturen, die erfreulicherweise in dieser Stadt sind, auch unterschiedlich schöpfen können. Diese Stadt wäre ohne Zuwanderung gar nicht vorstellbar, wenn man das im Zusammenhang mit der Industrialisierung sieht, wären wir heute noch ein kleines Ackerbauerndorf.

Dr. Adrian Reinert:

Ja, vielen herzlichen Dank, meine Damen und Herren, mein Name ist Adrian Reinert. Ich bin der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen. Das ist der Zusammenschluss der Einrichtungen, die Frau Weber eben für Heidelberg als Freiwilligen-Börse bezeichnet hat. Etwa 200 gibt es davon bundesweit in vielen Städten und Gemeinden, die an bürgerschaftlichem Engagement Interessierte und Organisationen zusammenbringen, vermitteln, helfen, qualifizieren. Sie haben in Dortmund auch eine solche Einrichtung, die auch bundesweit bekannt ist; die brauche ich also sehr wahrscheinlich gar nicht mehr vorzustellen.

Als ich die Einladung zu der Tagung heute bekam, habe ich mich einerseits gefreut, andererseits ist dies nicht die erste Tagung die ich mitmache, und ich da habe ich gedacht, dass kann nicht gut gehen: drei Referentinnen und Referenten bei dem engen Zeitplan und dann auch noch so eine tolle Referentin wie Beate Weber, deren Referat natürlich ganz viele Nachfragen auslösen wird. Das musste war mir eigentlich klar, dass das schief gehen würde.

Und da ich das vorausgesehen habe, habe ich ein Thesenpapier gemacht, dass ich Ihnen jetzt hier einfach zum Verteilen gebe. Es gibt dann hier noch ein zweites erläuterndes Papier, eine Darstellung wie man Freiwillige gewinnen kann, wie man bürgerschaftliches Engagement fördern kann, also das noch dazu.

Wenn ich jetzt richtig lange referiert hätte, hätte ich das etwas humorvoller gemacht. Trotzdem, ich denke, tendenziell wäre es so ein bisschen gewesen, es war schon alles gesagt, aber noch nicht von allen. Es wären also sehr viele Wiederholungen gekommen und deswegen werde ich auf weitere Ausführungen jetzt hier verzichten, Ihnen aber das Angebot machen, wenn Sie Rückfragen haben, wenn Sie mit mir sprechen wollen, können Sie das jederzeit gerne machen.

I. Zur Entwicklung des Engagements

Gesellschaftliche Bedeutung ehrenamtlichen Engagements

Die Demokratie kann nur lebendig werden und Gemeinnutzen nur entstehen, wenn möglichst viele



Bürgerinnen und Bürger bereit sind, in der Gesellschaft aktiv mitzuwirken und Mitverantwortung zu übernehmen. Viele Bereiche sozialer Arbeit könnten ohne dieses freiwillige Engagement nicht geleistet werden. Ähnlich sieht es im Sportwesen, bei den Jugendverbänden und nicht zuletzt auch im Natur- und Umweltschutz aus.

Widersprüchliche Befunde

Bei der Bewertung der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements zeigt sich indes ein widersprüchliches Bild. Es gibt unterschiedliche Alltagseindrücke und auch eine unübersehbare Flut von Einzelbefunden mit zum Teil höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Vermutlich haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen zu tun.

Engagement hat sich spezialisiert und differenziert. So ist bürgerschaftliches Engagement keineswegs generell rückläufig. Das Engagement hat sich vielmehr spezialisiert und differenziert. Ebenso gibt es nach wie vor deutliche regionale (vor allem auch Stadt-Land) und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art des Engagements.

Neue Motivationsmuster

Neben die traditionellen Motive „Pflichterfüllung“ und „Helden“ treten zunehmend die Motive „Gestaltungswille“ und „Selbstverwirklichung“. Gesellschaftliches Engagement wird nicht bloß im Sinne altruistischer Pflichterfüllung verstanden, sondern soll den persönlichen Neigungen und Interessen entsprechen. Persönlicher Bezug und Autonomie im Handlungsfeld sind wichtig. Vieles spricht dafür, dass sich diese Tendenz weiter verstärken wird.

Neue Engagementformen

Neben den klassischen Betätigungsformen in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden sind neue Formen der Selbstorganisation in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Betroffenenorganisationen und selbstorganisierten Projekten sowie anderen Netzwerken Gleichgesinnter getreten. Kennzeichen der neuen Engagementformen. Nicht selten sind persönliche Betroffenheit oder erlebte Mängel und Missstände Auslöser dieses Engagements. Wesentliche Merkmale dieser neuen Engagementformel sind

- a) die thematische Spezialisierung
- b) der temporäre Charakter der Engagement-

- verpflichtung
- c) die überschaubare Gruppengröße.

„Der Trend rennt“

Die traditionellen Engagementformen sind nach wie vor zahlenmäßig dominant. Vieles spricht aber dafür, dass sich das Engagement weiter in die Richtung der neuen Engagementformen entwickeln wird, zumal diese gerade in den jüngeren Jahrgängen und gleichsam nachwachsenden Generationen stark verbreitet sind.

Internationalisierung von Bürgergesellschaft

Zu den besonders bemerkenswerten Entwicklungen der letzten Jahre gehört die Internationalisierung der Bürgergesellschaft. Allein die Zahl der internationalen NGOs wird auf über 60.000 geschätzt. Sie hat sich in den neunziger Jahren mehr als verdoppelt. Die zunehmende Internationalisierung der Bürgergesellschaft kommt aber nicht bloß in solchen Zahlen zum Ausdruck, sondern auch in vielfältigen internationalen Aktionen und bewusstem Solidaritätshandeln im Alltag – etwa im Einsatz für politisch, rassistisch, ethnisch und sexistisch Verfolgte, für globalen Klimaschutz und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, im Verbraucherboykott gegen Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Umweltzerstörung usw. Hier sind Vernetzung und Kommunikation durch das Internet enorm erleichtert worden.

II. Veränderte Rahmenbedingungen des Engagements

Erschwernisse von Engagement

Bürgerschaftliches Engagement ist aber kein Selbstläufer. Bei aller Wertschätzung der neuen Formen des Engagements dürfen bestimmte gesellschaftliche Veränderungen nicht übersehen werden, die dem Engagement eher abträglich sind. Zu nennen sind z. B.:

Erschwerte Solidarität

Die Entwicklung von Solidarität wird durch Individualisierungs- und Differenzierungsprozesse erschwert. An die Stelle dauerhafter lokaler Gemeinschaft sind eine Vielzahl flüchtiger, situativer und weniger intensiver und längerfristiger Kontakte getreten. Der Lebensalltag (Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Familie, Konsum etc.) wird vielfach ortsver-

schieden oder zumindest ortsunabhängig in zwekspezifischen Umgebungen wahrgenommen. Andere Indikatoren sind die Zahl der Umzüge und der Single-Haushalte oder die zunehmende berufliche Mobilität.

Überlokale Orientierung versus Cocooning

Die räumliche Umgebung verliert an sozialer Bedeutung. Die neuen Medien und Informationstechnologien führen einerseits zu einer überlokalen Orientierung. Andererseits erfolgt ein Rückzug in den unmittelbaren Privatbereich (Cocooning).

Ablenkungsgesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement steht in der Ablenkungs- oder Erlebnisgesellschaft in Konkurrenz zu extrem vielen anderen Möglichkeiten, freie Zeit zu verbringen. Kennzeichen für den veränderten Lebensstil vor allem in Teilen der nachwachsenden Generationen ist eine starke Gegenwartsbezogenheit geworden.

Knappheit der „Ressource Zeit“

Anderen Menschen wiederum fehlt für ein dauerhaftes Engagement schlichtweg die Zeit. Zwar hat die tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit während der letzten Jahrzehnte abgenommen, doch dafür sind außerberufliche Verpflichtungen und Beanspruchungen gestiegen.

Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen

Dem vermehrten Partizipationsanspruch in Teilen der Bevölkerung stehen auf der anderen Seite Bevölkerungsgruppen gegenüber, die für sich keine Möglichkeiten sehen, Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu nehmen und sich apathisch verhalten oder sogar destruktiv reagieren.

Risiken für das Sozialkapital

In einer zerklüfteten Gesellschaft droht die Gefahr, dass Sozialkapital verloren geht bzw. nicht neu entwickelt wird. Sozialkapital kann in Anlehnung an den amerikanischen Sozialwissenschaftler Robert D. Putnam definiert werden als die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaftsmitglieder zur Zusammenarbeit. Sozialkapital ist eine Schlüsselressource für die Demokratie und muss kontinuierlich aktualisiert werden.

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für das Sozialkapital

Bürgerschaftliche Vereine, Initiativen und Organisationen tragen ganz wesentlich zur Bildung von Sozialkapital bei und sind wichtige Lernorte. Sie schaffen Gelegenheiten für Begegnung und Kommunikation, ermöglichen soziales Lernen und die Entwicklung persönlicher Kompetenzen, vermitteln soziale Werte, machen den Zusammenhang zwischen eigenem Verhalten und seinen Auswirkungen sichtbar und fördern als situative Gemeinschaften Solidarität und das Bewusstsein, füreinander verantwortlich zu sein.

III. Engagement fördern – aber wie?

Differenzierte Angebotsformen erforderlich

Die in die Gesellschaft vorhandene Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Um sie zu aktivieren, sind vielfältige Angebotsformen notwendig, die den unterschiedlichen Motivationsmustern gerecht werden, wozu gerade auch (zeitlich) abgestufte Mitmachmöglichkeiten gehören.

Persönliche Ansprache

Die Mehrzahl der heute Aktiven ist, wie Untersuchungen und Alltagserfahrungen zeigen, über persönliche Kontakte und persönliche Ansprache zum Engagement gekommen. Persönliche Ansprache bleibt das wichtigste Mittel, um neue Aktive zu gewinnen. Je zielgerichteter die Ansprache erfolgt, desto geringer ist das Risiko beiderseitiger Enttäuschungen.

Aktionen und Projekte

Es ist leichter, Mitstreiter(innen) für und über konkrete Aktionen und Projekte als direkt für ein dauerhaftes Engagement zu gewinnen. Aktionen und Projekte sind zudem wichtige Ziel- und Referenzpunkte für die Arbeit einer Organisation. Gut ist es, nach ihrem Abschluss noch mal zusammenzukommen, um auszuwerten, anzuerkennen und zu feiern.

Bewusster Umgang mit Freiwilligen

Freiwillige sind eine unschätzbar wertvolle Ressource einer Organisation. Sie müssen auch als solche behandelt werden und haben das Recht auf eine sinnvolle Aufgabenstellung, gute Information und klare Absprachen, eine Struktur, die Lernen und Wachsen fördert, Einführung und Training, Anerkennung und Wertschätzung ihrer Leistung auch bei kurzzeitigem

Engagement, Möglichkeiten der Mitsprache und eine angemessene Verabschiedungskultur beim Ausscheiden aus der freiwilligen Tätigkeit. Unkosten und Aufwand müssen im Bedarfsfall unbürokratisch erstattet werden können.

Engagementfördernde Infrastruktur

Bürgerschaftliches Engagement braucht unbürokratische, aber kontinuierliche Unterstützung. Notwendig ist eine bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur des Helfens. Dazu gehören neben Freiwilligenagenturen auch Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros.

Was Freiwilligenagenturen leisten können Freiwilligenagenturen ermutigen zum Engagement, leisten persönliche Beratung, helfen bei der Suche nach geeigneten Einsatz Helfern und vermitteln Kontakte zu den betreffenden Organisationen. Sie tun dies auch aus der Perspektive der/s Freiwilligen und stehen ihnen weiterhin für Beratung und Hilfestellung zur Verfügung. Freiwilligenagenturen unterstützen weiterhin Organisationen bei der Entwicklung eines bewussten Umgangs mit Freiwilligen. Als lokale Entwicklungsagenturen für bürgerschaftliches Engagement fördern sie Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung lokaler Akteure.

Prinzip der Mitverantwortlichkeit

Wer von Bürgerinnen und Bürgern verantwortliches Handeln erwartet, muss ihnen in allen Bereichen auch Verantwortung und Entscheidungskompetenzen übertragen. Mitverantwortlichkeit darf nicht nur normativ vermittelt werden, sondern muss selbstverständlicher Bestandteil des Alltagslebens werden. Entsprechendes learning by doing kann nicht früh genug ansetzen (Fifty-Fifty-Schulen, Kinder- und Jugendbeteiligung)

Aktivierende Einwohner(innen)beteiligung

In den letzten Jahren sind eine Vielzahl neuer Methoden der aktivierenden Einwohner(innen)beteiligung entwickelt worden, denen gemeinsam ist, dass sie Beteiligung als kommunikativen Prozess verstehen und zumeist projektspezifisch ausgerichtet sind (z.B. Zukunftswerkstatt, Open Space, Planning for real, Zielgruppenworkshops, Kinder- und Jugendparlament, Planungszelle/ Bürgergutachten.) Diese gilt es weiter zu entwickeln und anzuwenden. Dabei ist darauf zu achten, dass sie nicht nur die ohnehin schon Aktiven, sondern auch bisher weniger betei-

ligte Gruppen erreichen Erfolgreiche Modelle der Einwohner(innen)beteiligung zeichnen sich durch Ergebnisoffenheit, Aussicht auf Wirkung und klare Zielsetzung aus. Dann sind Bürgerinnen und Bürger auch bereit, sich zu engagieren und klare Aufgaben zu übernehmen.

Gesellschaftliche Zukunftsfrage: Neubewertung von Arbeit

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht der billige Jakob des Wohlfahrtsstaates. Wer es auf Funktion der Entlastung öffentlicher Haushalte reduziert, verkennt seine besondere ideelle, zwischenmenschliche und soziale Qualität. Gerade vor dem Hintergrund anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und der demographischer Entwicklung bleibt die Suche nach neuen Wegen zur Ermöglichung einer besseren Vereinbarkeit von bisher unbezahlter Arbeit und bezahlter Erwerbstätigkeit die zentrale Herausforderung.

Forum 1 – Weltweite Lebensbedingungen und Millennium-Entwicklungsziele



I. Millenniumserklärung und Millennium-entwicklungsziele

Die Regierungen von 189 Staaten haben im Jahr 2000 die Millenniumserklärung auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen verabschiedet. Darin verpflichten sie sich, alles daran zu setzen:

- den Frieden zu wahren und damit die Welt sicherer zu machen,
- das Recht auf Entwicklung zu verwirklichen und die extreme
- Armut zu beseitigen,
- den Umgang mit der Natur nachhaltig zu gestalten,
- die Demokratie zu fördern sowie die Rechtsstaatlichkeit und
- die international anerkannten Menschenrechte zu stärken.

2001 werden aus der Millenniumserklärung für die Handlungsfelder Entwicklung und Umwelt die MDGs abgeleitet. Sie sind fest im Kontext der Millenniumserklärung verankert.

Millennium Development Goals (Bezugsjahr 1990)

1. Halbierung des Bevölkerungsanteils der extrem Armen und Hungernden bis 2015
2. Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung bis 2015**
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in Bildung, Beruf und Politik
4. Senkung der Kindersterblichkeitsrate um zwei Drittel bis 2015**
5. Senkung der Müttersterblichkeitsrate um bis 2015
6. Bekämpfung der Krankheiten HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und Halbierung der Anzahl der Menschen ohne nachhaltigen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Versorgung bis 2015
8. Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft bzw. eines offenen und regelgestützten Welthandels- und -Finanzsystems, Sicherstellung der Mittel zur Entwicklungsfinanzierung und Erreichung einer nachhaltigen Schuldentragfähigkeit in den Entwicklungsländern.

Mit den MDGs gibt es erstmals einen weltweiten Konsens für messbare und termingebundene Entwicklungsziele. Der Kern der MDGs ist das Verspre-

chen, gemeinsam Verantwortung für die Überwindung der Armut weltweit zu übernehmen. Durch neue Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern soll der entscheidende Durchbruch geschafft werden.

MDGs sind ein verbindlicher Bezugsrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit aller Länder und ein Maßstab für den Erfolg menschlicher Entwicklung.

II. Bilanz der MDGs - Herausforderungen und Erfolge

Die MDGs haben der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bereits jetzt eine neue Qualität und Dynamik gegeben. Auf mehreren Ebenen wurden wichtige politische Prozesse angestoßen:

In vielen Entwicklungsländern wurden nationale Reformprozesse in Gang gesetzt, konkrete Strategien zur Bekämpfung der Armut erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet.

Die Industriestaaten haben die Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt und sich verpflichtet, auch die Verfahrensweisen der Entwicklungszusammenarbeit einander anzugleichen (zu harmonisieren), um so die Entwicklungsländer zu entlasten und die Effizienz der Hilfe zu steigern. Wo stehen wir heute, was muss sich ändern? Eine kurze Bilanz. Allerdings sind wir immer noch ein gutes Stück von den Zielen entfernt. Noch immer:

- leben 1,1 Milliarden Menschen in extremer Armut (weniger als ein US Dollar pro Tag)
- leiden 852 Millionen Menschen an Hunger, sterben 24.000 daran täglich.
- besuchen 113 Millionen Kinder keine Schule
- sterben 30.000 Kinder an vermeidbaren Krankheiten – und zwar jeden Tag.
- sind zwei Drittel aller Analphabeten und 70% der extrem Armen Frauen.
- sterben 500.000 Mütter im Jahr wegen Komplikationen bei der Schwangerschaft.
- sterben jährlich über zwei Millionen HIV-Infizierte im Afrika südlich der Sahara, 1,2 Millionen Tuberkulosekranke und eine Million Malariaerkrankte (besonders Kinder und Schwangere).
- leben mehr als 900 Millionen Menschen in Elendsquartieren - ohne sanitäre Einrichtung, Strom, fließend Wasser.
- haben sich in Afrika sub Sahara die Lebensbedingungen durchschnittlich seit 1990 eher verschlechtert.



Die Herausforderungen sind riesig. Aber es gibt auch Erfolgsbeispiele, die zeigen, wie viel in kurzer Zeit erreicht werden kann, wenn interne Reformen und externe Unterstützung zusammentreffen:

- Seit 1990 ging die Zahl der extrem Armen weltweit insgesamt um etwa 130 Millionen zurück.
- In Vietnam verringerte sich der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, von 58% im Jahr 1990 auf 29% im Jahr 2002.
- In Tansania stieg der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser von 38% im Jahr 1990 auf 73% im Jahr 2002.
- Nicht zuletzt aufgrund der Entschuldungsmaßnahmen im Rahmen der HIPC-Initiative ist es in Mosambik zwischen 1999 und 2002 gelungen, die Zahl der eingeschulten Kinder um eine Million zu erhöhen.
- In Nordafrika konnte Kindersterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2002 mehr als halbiert werden. In Lateinamerika und der Karibik sank sie in den 90ern um fast ein Drittel, in Süd asien um ein Viertel.
- Die Kosten für eine Behandlung mit AIDS-Medikamenten wurden innerhalb weniger Jahre um bis zu 90% gesenkt.
- Deutschland hat sich im Rahmen der Europäischen Union verpflichtet, die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von 0,33% des BNP im Jahr 2006 über 0,51% im Jahr 2010 auf 0,7% bis 2015 zu steigern.

Solche Beispiele zeigen: Die Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 sind auf globaler Ebene erreichbar. Das wird aber nur gelingen, wenn die Geber und die Entwicklungsländer jetzt ihre Anstrengungen deutlich verstärken. Für die Geber bedeutet dies insbesondere eine deutliche Steigerung der Höhe und der Qualität der Entwicklungshilfe, für die Partner die Formulierung und Umsetzung nationaler Strategien, in denen sie sich ehrgeizige, aber realistische Zwischenziele setzen und die Zivilgesellschaft und den Privatsektor einbinden.

Good Governance ist gefragt: auf allen Ebenen.

III. Entwicklungszusammenarbeit ist eine internationale und gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe

Für die Erreichung der MDGs müssen nicht nur Regierungen zusammenarbeiten: auch die Privatwirtschaft, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft und die verschiedenen Verwaltungsebenen müssen sich mit den jeweils eigenen Kompetenzen und Ressourcen beteiligen. Globale Probleme verlangen einen integrierten Ansatz, der das Potenzial aller Menschen und Völker für eine gerechtere und friedlichere Welt nutzt. Das schließt auch die Bundesländer, Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger mit ein, denn auch sie sind Akteure der Globalisierung. Ihr Handeln (Konsumverhalten, Ressourcenverbrauch etc.) hat Wirkungen -, und viele ihrer Probleme (prekärer Wohlstand, Migration und Integration etc.) haben Ursachen, die weit über die Grenzen des Nationalstaates hinausreichen.

Es ist daher sehr wichtig, dass das Interesse an Entwicklungspolitik und Möglichkeiten lokalen Handelns zur gerechten Gestaltung der Globalisierung von vielen Menschen geteilt wird.

IV. Möglichkeiten des Engagements für den Einzelnen/die Einzelne und Kommunen

Was kann man ganz konkret als Einzelner oder als Einzelne tun? Was können die Kommunen tun, um die Welt ein Stückchen gerechter zu machen? Es gibt genügend Möglichkeiten:

Fairer Handel:

Fairer Handel ist ein Ansatz, der Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit kombiniert und globales Denken mit lokalem Handeln verknüpft. Der Faire Handel hat bislang eine Million Menschen aus extremer Armut befreit. Er unterstützt gezielt die Waren mit dem „TransFair-Siegel“, bei denen den produzierenden Familien in Afrika, Asien und Lateinamerika ein faires Einkommen gezahlt und eine Entwicklungsperspektive geboten wird. Hierfür sensibilisiert der Faire Handel und ist deshalb für die entwicklungspolitische Bildung in Deutschland sehr wichtig. Er zeigt uns, dass die Waren in unseren Kaufhäusern eine Geschichte haben! Es lohnt sich diesen Geschichten nachzugehen: Wir können nicht nur über weltweite Handelsströme, sondern auch über unser Konsumverhalten viel lernen, insbesondere, was wir verändern müssen. Der Faire Handel gibt uns als Verbraucher am Ende der globalen Handelskette die Möglichkeit, im Alltag etwas Sinnvolles für die welt-

weite Entwicklung zu tun: Denn jeder Kauf eines fair gehandelten Produktes ist ein Stück praktischer Solidarität mit den Armen! Der Faire Handel verzeichnet deutliche Zuwächse. Von 2004 bis 2005 ist der Umsatz weltweit um 37% und in Deutschland um 25% gewachsen. Verbraucherinnen und Verbraucher legen also zunehmend Wert auf einen Konsum, der nachhaltige Entwicklung fördert. Werben Sie in ihrem privaten Umfeld ebenso wie an ihrem Arbeitsplatz für den Kauf fairer Waren. Kommunen können ihr Beschaffungswesen auf fair gehandelte Produkte umstellen.

Ökologische Nachhaltigkeit:

Die umweltzerstörerischen Produktions- und Verbrauchsmuster in den Industrieländern müssen sich grundlegend ändern, wenn wir eine friedliche Zukunft für alle sichern wollen.

Ressourcenverschwendung verursacht ganz wesentlich den Klimawandel, der sich z.B. durch Desertifikation in der Sahelzone, durch Überschwemmungen in Ostasien, durch Wirbelstürme in Amerika, durch das Abschmelzen der Gletscher und Polkappen, durch Konflikt um Öl und Wasser zeigt. Die Folgen dessen spüren immer am stärksten die Armen und Hilflosen.

Es gibt viele Möglichkeiten, Energie und Ressourcen zu sparen. Für jeden Einzelnen wie für die Kommunen. Das geht mit banalen Handlungsweisen los:

- Kauf von Recyclingprodukten, Energiesparlampen und Verzicht auf Wegwerf-Produkte etc.
- verstärkte Nutzung und Förderung erneuerbarer Energien,
- Senkung des Wasserverbrauchs etc.;
- Sparsamer Umgang mit Ressourcen ist nicht nur gut für den Geldbeutel, sondern auch für eine global nachhaltige Entwicklung

Aktives Engagement:

Jeder Einzelne kann durch Spenden, Unterstützung von entwicklungspolitischen Kampagnen („Deine Stimme gegen Armut“ etc.) und aktive Mitgliedschaft in einer entwicklungspolitischen Organisation etwas für die Entwicklungszusammenarbeit tun.

Auch Kommunen können aktiv

Entwicklungszusammenarbeit unterstützen durch:

- Förderung/Unterstützung lokaler Eine Welt-Gruppen und entwicklungspolitischer NROen. Insbesondere Förderung/Unterstützung der lokalen Agenda 21 als Kompass für lokales Handeln

für eine gerechte Globalisierung. Sie weist auf der lokalen Ebene die Richtung zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Heute gibt es bundesweit bereits 2610 Kommunen, die einen Beschluss zur lokalen Agenda 21 gefasst haben.

- Durchführung nachhaltiger Partnerschaftsprojekte mit Kommunen aus Entwicklungs- und Transformationsländern. Fast alle Bereiche kommunaler Verwaltung bieten Anknüpfungspunkte für solche Entwicklungspartnerschaften. Ca. 630 Städtepartnerschaften bzw. kommunale Projektpartnerschaften gibt es in Deutschland bereits (insgesamt 6.500). Die Partnerschaftsinitiative der Bundesregierung hat gemeinsam mit deutschen Kommunen über 300 Projektpartnerschaften mit den vom Tsunami betroffenen Kommunen in Südostasien auf den Weg gebracht (die meisten bewegen sich im Bereich der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe)
- Aktive internationale Vernetzung, z.B. mit dem „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“, den „United Cities and Local Governments“, „ICLEI – Local Governments for Sustainability“ u. a., um die Stimme der Kommunen auf internationaler Ebene und auch speziell im Themenbereich nachhaltiger Entwicklung zu stärken. Z.B. hat der Weltverband der Kommunen am 10. Juni 2005 die „Local Government Millennium Declaration“ verabschiedet, um ihren Beitrag zu den Millennium Development Goals sichtbar zu machen. Kommunen aus 127 UN-Staaten haben unterzeichnet. Auch 21 deutsche Städte sind daran beteiligt. Es würde mich freuen, wenn sich noch mehr Kommunen anschließen würden.
- Unterstützung von Kampagnen, die die entwicklungspolitische Bildung in den Kommunen fördert: Die UN-Sonderbeauftragte für die MDGs, Eveline Herfkens, hat das auf die prägnante Formel gebracht: „Die Millenniumsziele gehören auf die Straße.“ Kommunen können dies in die Tat umsetzen, wenn sie z.B. die sog. Millennium-Tore, eine Wanderausstellung über die MDGs, in ihre Stadt holen. Organisiert und unterstützt wird diese Ausstellung von der UN-Millenniumskampagne und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt GmbH.

V. Die Bedeutung der Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit

Der Beitrag der Kommunen zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ist unverzichtbar. Denn schon heute leben fast die Hälfte aller extrem armen Menschen in Städten. In Entwicklungsländern sind es fast die Hälfte aller Stadtbewohner, die in Slums leben. Zwei von drei Kindern weltweit wachsen in Städten auf. In 2030 wird es zwei Milliarden neue Stadtbewohner geben. Entwicklungsprobleme und Stadtentwicklungsprobleme überschneiden sich also in zunehmendem Maße. Was sind die Vorteile der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit? Kommunen sind ein starker Partner der Entwicklungszusammenarbeit. Sie bestehen allgemein in größerer Bürgernähe und lokaler Problemlösungskompetenz und Lösungsansätze aus Erfahrung. Spezifisch deutsche kommunale Qualitäten bestehen in der Vielfalt der Kompetenzen und Pflichtaufgaben durch die subsidiäre Verwaltungsstruktur sowie die Transformationserfahrungen im Osten. Dieses Know-how ist in Entwicklungsländern allgemein und besonders in denen, die Dezentralisierungsprozesse und Wirtschaftsreformen vorantreiben wollen, von großem Interesse. Was Kommunen, speziell auch deutsche Kommunen, zur Entwicklungszusammenarbeit bereits beitragen und potenziell noch beitragen können, sollte in größerem Maße in die Debatten über Entwicklung einfließen und von den nationalen und internationalen Akteuren ernst genommen und unterstützt werden.

VI. Schlussworte

Lokales Engagement ist wichtig und notwendig. Nur gemeinsam können wir die ehrgeizigen, aber keineswegs utopischen Millenniumsentwicklungsziele erreichen. Der ehemalige Weltbankpräsident James Wolfensohn hat es folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Wir haben die Mittel, um etwas zu bewegen. Wir wissen, wie wir etwas bewegen können. Wir haben den Mut, etwas zu bewegen – Jetzt müssen wir handeln, um etwas zu bewegen.“ In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin viel Erfolg beim Handeln.

Kontakt:

Michael Gräf
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Telefon: 0228 - 44601600
E-Mail: michael.graef@inwent.org
www.service-eine-welt.de

Kontakt:

Renate Wolbring
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Telefon: 0228 – 44601633
E-Mail: renae.wolbring@inwent.org
www.service-eine-welt.de

Leeds als Fairtrade-City

Mein Name ist Sarah Wells, ich bin Projektmitarbeiter im Büro für internationale Beziehungen der Stadt Leeds. Meine Aufgabe ist es Aktivitäten zum Fairen Handel in der Stadt Leeds zu koordinieren. Ich werde Ihnen zu folgenden Punkten etwas erzählen:

1. Was ist Fairer Handel?
2. Über das Fairhandelsprojekt in Leeds
3. Warum ist es wichtig, dass Leeds eine Fairhandelsstadt ist?
4. Wie der Faire Handel die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern verbessert und dazu beisteuert die UN-Millennium Entwicklungsziele zu erreichen.

1. Was ist Fairer Handel?

Fairer Handel garantiert, dass die Erzeuger in den armen Ländern einen fairen Preis für ihre Produkte oder Ernte erhalten. Der Erlös deckt die Kosten der Produktion sowie die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens. Darüber hinaus fließt ein eigener Betrag in kommunale Projekte für Gesundheitsvorsorge, sauberes Wasser und Bildung.

2. Über das Fairhandelsprojekt in Leeds

Die Fairtrade Stiftung in London ist das Äquivalent zur deutschen TransFair GmbH und bewilligt die Fairtrade-Siegel in Großbritannien. Die Fairtrade-Stiftung schärft das Bewusstsein bzgl. der Fairtrade Siegel und entwickelt in enger Zusammenarbeit mit der Fairtrade Labelling Organizations International (FLO) die Kriterien des Fairen Handels.

Die Fairtrade-Stiftung organisiert ebenfalls zwei Kampagnen:

Fairhandelswochen

In Deutschland werden jedes Jahr sogenannte „Faire Wochen“ organisiert, in Großbritannien gibt es die sogenannten „Fairhandelswochen“. Diese bieten den Städten, Gemeinden, Kommunen und Inseln in Großbritannien die Möglichkeit den Fairen Handel und das Fairtrade-Siegel zu bewerben.



Städte des Fairen Handels

Im Mai 2000 erklärte sich eine kleine Stadt namens Garstang in Lancashire selbst zur weltweit ersten Stadt des Fairen Handels. Die Fairtrade-Stiftung beschloss daraufhin für alle Städte, Gemeinden, Kommunen und Inseln eine Kampagne zu entwickeln, um allen die Möglichkeit zu geben den Status „Stadt des Fairen Handels“ zu erwerben. Im März 2005 wurde in Großbritannien die einhunderste Stadt des Fairen Handels gekürt. Leeds wurde im März 2004 durch die Fairtrade-Stiftung mit dem Titel „Stadt des fairen Handels“ ausgezeichnet. Um den Status „Stadt des Fairen Handels“ zu erfüllen, müssen fünf Kriterien erfüllt sein, die da sind:

Fünf Kriterien einer Stadt des Fairen Handels:

1. Der Gemeinderat muss einen Beschluss verabschieden, der den Fairen Handel unterstützt und während seiner Sitzungen und in den Büros fair gehandelten Kaffee und Tee ausschenken.
2. Eine Reihe von fair gehandelten Produkten muss jederzeit in lokalen Geschäften erhältlich sein und in lokalen Cafés und Restaurants serviert werden.
3. Fair gehandelte Produkte müssen in lokalen Arbeitsstätten und kommunalen Einrichtungen verwendet werden.
4. Der Gemeinderat muss Unterstützung für die Kampagne heranziehen.
5. Ein lokaler Lenkungsausschuss für den Fairen Handel muss eingerichtet werden.

Der Lenkungsausschuss der Fairhandelsstadt Leeds trifft sich alle zwei Monate und arbeitet an der Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Events, Benchmarks und Audits für das Projekt.

Einige der Erfolge der Kampagnen von Leeds als Stadt des Fairen Handels sind:

1. Leeds gewann 2005 den „Outstanding Achievement Award“ der Fairtrade-Stiftung für seine Arbeit während der Fairhandelswochen 2005.
2. Im Jahr 2006 gewann Leeds den „Media & Communications Award“ der Fairtrade-Stiftung für seine Arbeit während der Fairhandelswochen 2006.
3. Leeds Schulprojekte des Fairen Handels. Als Halbtagsstelle wurde ein Koordinator der Fairen Handels-Schulen angestellt. Er arbeitet im Kommunalrat von Leeds und hilft Schulen, engagierten Schülern, Eltern, Lehrern und Direktoren mehr über den Fairen Handel zu erfahren und zu unterstützen.

17 Schulen aus Leeds wurden vom Fairtrade-Lenkungsausschuss der Stadt Leeds mit einer Schul-Urkunde für den Fairen Handel ausgezeichnet. Die Auszeichnung belohnt die Werbung für den Fairen Handel und das Fairtrade-Siegel. Jenny Hill, ist als internationale Schul-Koordinatorin im Büro für Internationale Beziehungen im Kommunalrat von Leeds



tätig. In dieser Funktion ist sie Mitglied bei der Schulberatungsgruppe zum Fairen Handel der Fairtrade-Stiftung. Die Gruppe entwirft Kriterien für ein Prämien-System für nationale Schulen des Fairen Handels in Großbritannien.

3. Warum ist es wichtig, dass Leeds Fairhandelsstadt ist?

Es ist wichtig für Leeds die Stadt des Fairen Handels zu sein:

- um das Bewusstsein der Bevölkerung von Leeds über die Prinzipien des Fairen Handels zu steigern sowie das Fairtrade-Siegel und die gesiegelten Produkte zu unterstützen,
- um so viele Menschen und Organisationen wie möglich in Leeds in die Unterstützung des Fairen Handels einzubinden,
- um die Menschen in Leeds zu ermutigen sich als Teil einer globalen Welt zu verstehen, die Verständnis haben für Themen wie Lokale Agenda 21 und die Millennium Entwicklungsziele,
- Fairtrade unterstützt ebenfalls lokale Händler, welche Produkte des Fairen Handels verkaufen. Großbritannien hat den weltgrößten Markt für Produkte des Fairen Handels.

4. Wie der Faire Handel dazu beisteuert, die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern und die Millennium-Entwicklungsziele unterstützt

Fairtrade ist eine Möglichkeit...

- Armut und extremen Hunger auszurotten,
 - über eine Milliarde Menschen leben in Armut,
 - die Hälfte aller Arbeiter auf der Erde verdient weniger als ein Pfund am Tag,
 - Armut tötet jeden Tag 30.000 Kinder durch vermeidbare Krankheiten,
 - Armutsfallen – durch Mangel an Bildung, Training und Lebensunterhalt.

Fairer Handel ist eine Möglichkeit

- um eine globale Partnerschaft für Entwicklung zu gründen
- Fairer Handel ist keine karitative Spende, sondern er versorgt die Produzenten mit einem regulärem Einkommen und einem zukunftsfähigem Lebensunterhalt,
- bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingen für die Arbeiter,
- ökologische Kriterien für eine saubere Umwelt,
- neue Gebäude, Gesundheit und Hygiene, neue Wasseranschlüsse, Gemeinschaftskantinen und gesteigerte Effizienz
- mehr als fünf Mio. Produzenten in 49 Ländern profitieren vom Fairen Handel.

Kontakt:

Sarah Wells
Project Officer
Corporate Procurement Unit
Leeds City Council
4th Floor West
Civic Hall
Leeds LS1 1UR

Tel: (0113) 3951093
E-Mail: sarah.wells@leeds.gov.uk
www.fairtradeleeds.org

Zum Engagement der FUSCHL-Schüler an der Gesamtschule Scharnhorst

Im Fuschl, dem Fairen UmweltSCHULaden, an der Gesamtschule Scharnhorst verkaufen Schülerinnen und Schüler, Waren aus Fairem Handel, umweltfreundliche Schreibwaren und weitere Schulartikel.

Wir wollen damit das Umweltbewusstsein in der Schule stärken und „Fairen Handel“ als Thema in die Schule hineintragen. Dazu haben wir unter anderem bereits ein Quiz zum Fairen Handel mit Fußbällen und ein faires Torwandschießen veranstaltet sowie in Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksmarketing und der Rösterei Schirmer Kaffee den "Scharnhorst-Kaffee", einen fair gehandelten Stadtteilkaffee, herausgebracht. Mit den Erträgen der Schülerfirma unterstützen wir ein Aids-Waisen-Projekt in Choma/ Sambia

Damit unser FUSCHL auch weiterhin funktioniert, verfolgen wir drei Thesen:

1. Das Engagement von Schülern und eine solche Initiative müssen organisch wachsen und sind dennoch nie vor Umbrüchen sicher

Die Umweltarbeit an unserer Schule hat eine jetzt schon sechs Jahre alte Geschichte:
Alles fing an mit einem Energieprojekt (Energiesparen; alternative Energien an die Schule holen). Zusätzlich fingen wir damit an Umweltschutzpapier zu vertreiben und die Mülltrennung einführen. Diese Aktionen führten zur Gründung der Umwelt AG. Weitere Einzelheiten sind zu finden unter www.gesamtschule-scharnhorst.de, dann unter Umweltprojekte und dort „Die Umwelt AG seit 1999“. Als ein Kollege die Schule verließ und ein anderer einstieg kam die Idee des Fairen Umwelt-SchulLadens als Schülerfirma auf. Wir begannen mit der Ausgestaltung des Ladens zu Beginn des vorletzten Schuljahrs und feierten im November 2004 Eröffnung. Nach dem letzten Schuljahr verließen sechs Mitarbeiter die Schule, drei weitere das Team, dafür kamen vier neue hinzu, was dazu führte, dass das, was die Mitarbeiter über Fairen Handel wussten, wir wieder von vorne angefangen sind. Ganz spannend ist daher auch die Frage: Wo stehen wir in einem Jahr? Was haben wir da an neuen Themen bearbeitet? Dabei gibt es klare Zielvorstellungen bei den Lehrern: Fairer Handel, Umweltschutz als Thema in die Schule bringen und die Produktion von Schul-

T-Shirts. Was wir davon umsetzen können, hängt von der Arbeit der Schüler und der Mitarbeit der Kollegen ab.

2. Die Arbeit, die Schüler in einer solchen Initiative leisten, muss praktisch sein

Das Verkaufen von Waren, das Streichen unserer Ladenregale, das Ausliefern von Kaffee an eine befreundete Schule, das Bemalen einer Torwand, die Betreuung eines Verkaufsstands an einer Gelegenheit wie hier auf dem Agenda-Kongress, sind nicht lästige Begleiterscheinungen, sondern ein ganz wichtiger Bestandteil der Arbeit, bei dem sich die Schüler einbringen können.

Verkopftes Lernen haben die Schüler an vielen der 38 Unterrichtsstunden im normalen Unterricht, die Arbeit in einer Schülerfirma muss da eine Abwechslung sein.

Bei unserem Seminar zum Fairen Handel am Beispiel der Schokolade haben wir den Unterschied sehr stark bemerkt: bei einem Rollenspiel mit Kakao-bauern, Zwischenhändlern usw. bis hin zu den Ladenbesitzern haben die Schülerinnen und Schüler viel eher begriffen, wie ungerecht Handelsstrukturen im Weltmarkt sind, als bei einem Vortrag, der das Ganze noch einmal vertiefen sollte.



3. Anerkennung ist wichtig

Der FUSCHL ist da etwas verwöhnt: 2005 gewannen wir den Jugendumweltpreis und erhielten das Agenda-Siegel der Stadt Dortmund. 2006 erreichten wir beim Wettbewerb „Fußball ohne Grenzen“ den 1. Preis – drei Wettbewerbe in nicht ganz zwei Jahren, bei denen wir gut abgeschnitten haben. Zudem haben wir Glück mit der Medienarbeit. Über den FUSCHL erschienen bereits mehrere Presseartikel, zwei Mal erhielten wir schon Besuch vom



Fernsehen: die Arbeit der Schüler wird also ernst genommen. Dazu kommen auch immer wieder „Events“, die die Schüler für ihre Arbeit belohnen. Bisheriges Highlight war für uns der Besuch des Deutschen Bundestags in Berlin auf Einladung der Bundestagsabgeordneten. Drei Tage in Berlin, in denen wir viel gesehen und erlebt haben. Im Oktober fuhren wir zur Aufzeichnung einer Fernsehsendung zum ZDF nach Mainz, wo am 28. Oktober 2006 in der Sendung „Magazin: Menschen“ ein kleiner Beitrag über den FUSCHL gezeigt wurde. Bewerbungen für solche Wettbewerbe und auch eine aktive Medienarbeit machen eine Menge Arbeit, die doch weitgehend an den Lehrern hängen bleibt, aber andererseits macht selbst diese Arbeit – mir zumindest – viel Spaß. Und es kommt ja durchaus etwas für die Schüler dabei heraus.

Als Fazit bleibt bestehen, dass angesichts der Millenniumsziele unser Beitrag mehr als marginal zu nennen ist, aber an dem Ort, an dem wir stehen, versuchen wir, einen kleinen Beitrag zu leisten.

Kontakt:

Günter Glöckner-Rohm
c/o Gesamtschule Scharnhorst
Mackenrothweg 15
44328 Dortmund
Tel.: 0231 - 50 28126
E-Mail: famarohm@aol.com
www.gesamtschule-scharnhorst.de

❖ Ergebnisse des Forums 1 „Weltweite Lebensbedingungen und Millenniumsentwicklungsziele“

- Empfehlung der Ausstellung der acht MDG (Millennium Development Goals). Diese Ausstellung eignet sich dafür, dass Thema „Weltweite Lebensbedingungen und Millenniumsentwicklungsziele“ auf die Straße zu transportieren.
- Kommunen könnten Möglichkeiten schaffen, um Nachwuchsführungskräften aus Entwicklungsländern Praktika in Verwaltung und Wirtschaft zu ermöglichen.
- Das Thema findet in den Printmedien zu wenig Beachtung. Die Stadt Leeds hat es geschafft, eine breite Beteiligung (Politik, Wirtschaft, religiöse Gemeinschaften etc.) im Bereich des Fairtrade zu erzielen und dies hat dazu geführt, dass das Interesse der Printmedien für das Thema gestiegen ist.
- In Großbritannien bedarf es der Erfüllung von fünf Kriterien, um sich Fairtrade City nennen zu dürfen. Eines dieser Kriterien beinhaltet, dass die Fairtrade Produkte im Bereich der Verwaltung und Politik angeboten werden müssen. Dies wäre auch für die Stadt Dortmund eine nachahmenswerte Empfehlung.
- Die Aktivitäten in Leeds und Dortmund sind bezogen auf den Fairtrade sehr erfolgreich und wie sich herausstellte auch sehr unterschiedlich. Als Handlungsempfehlung sollte der Austausch zu diesem Thema intensiviert werden.
- In Leeds gibt es „Ad hoc Läden“ an Schulen. Diese bieten an festgelegten Tagen unterschiedliche Produkte für Schüler an.
- Die Scharnhorster Gesamtschule hat praktikable und erfolgreiche Projekte (Scharnhorst Kaffee und Fairer Handel mit Fußbällen) durchgeführt.

Forum 2

Weniger Staat + mehr Verantwortung = Bürgergesellschaft?



Der aktuelle Freiwilligensurvey belegt erneut, dass ein Drittel aller Bundesbürger über 14 Jahre (36%) sich aktiv in das Gemeinwesen einbringt. Darüber hinaus sind viele Menschen grundsätzlich bereit, sich zukünftig zu engagieren (weitere 32 %). Bürgergesellschaftliches Engagement – Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Selbsthilfe, Engagement in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Verbänden und Parteien, aber auch als "Corporate Citizenship" von Unternehmen – und eine aktive Bürgergesellschaft sind wichtige Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bürgerengagement schafft soziales Kapital und trägt so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Die Bürgergesellschaft erbringt eigenständige Beiträge zur Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme, die weder Markt noch Staat allein leisten können.

Eine aktive Bürgergesellschaft ist geprägt durch ein hohes Maß an aktiver Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Bürgerschaftliches Engagement basiert auf Freiwilligkeit und kann nicht verordnet werden. Wenn es sich weiter entfalten soll, bedarf es der Motivation, Ermutigung und Ermöglichung. Die Bürgergesellschaft gründet sich auf den Gedanken der Partnerschaftlichkeit. Dies gilt sowohl für das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern als auch für die Zusammenarbeit von hauptamtlichen mit freiwilligen Akteuren innerhalb der Organisationen. Es geht um eine Kommunikation auf Augenhöhe, in der nicht über, sondern gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Engagierten beraten und entschieden wird.

Die folgenden zehn Punkte sind aus der Perspektive des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung einer Engagementpolitik auf Bundesebene:

1. Bundespolitische Verantwortlichkeiten und Strukturen erhalten!
2. Engagementförderung braucht spezielle Infrastruktureinrichtungen!
3. Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern!
4. Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und bürgerschaftlichem Engagement herstellen!
5. Öffentliche Anerkennung, Information und Transparenz verbessern!

6. Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsort und Bildungsfaktor ernst nehmen!
7. Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement fördern!
8. Bürgerschaftliche Perspektiven in der Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft stärken!
9. Bürgerschaftliches Engagement als Integrationsfaktor von Migrantinnen und Migranten erkennen und fördern!
10. Jugendfreiwilligendienste ausbauen!



Hintergrundinformation: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurde im Sommer 2002 auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ von den Mitgliedern des Nationalen Beirats für das von der UN ausgerufenen „Internationalen Jahre der Freiwilligen 2001“ gegründet. Es hat mittlerweile 185 Mitgliedsorganisationen aus allen gesellschaftlichen Sektoren. Beteiligt sind alle maßgeblichen Verbände der Wohlfahrtspflege, des Sports, der Kultur und des Natur- und Umweltschutzes sowie die beiden großen Kirchen. Ebenso gehören inzwischen verschiedene große und mittelständische Unternehmen, Stiftungen und Gewerkschaften zum Kreis der Mitglieder. Mit dem BMFSFJ, dem BMI, dem BMG, 14 Bundesländern, dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ist auch der staatliche und kommunale Bereich breit vertreten.

Das BBE zielt auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in allen seinen Formen und allen gesellschaftlichen Bereichen wie Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Hilfs- und Rettungsdienste, Selbsthilfe, gesellschaftspolitische Beteiligung, Stiftungsaktivitäten



und unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement. Dabei orientiert sich das BBE am Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch ein hohes Maß an Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens geprägt ist. Das BBE sieht Engagementförderung als eine gesellschaftspolitische Aufgabe an, die sich nicht auf einzelne Engagementfelder beschränkt, sondern sämtliche Gesellschafts- und Politikbereiche umfasst. Dabei geht es sowohl darum, Eigenverantwortung, Partizipation und Selbstgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken als auch neue Formen und Verfahren für gesellschaftliches Mitentscheiden und Mitgestalten zu entwickeln.

Die Entwicklung und Etablierung einer Engagementpolitik in diesem Sinne lebt von der engen Kopplung der Querschnitts- mit der Bereichsperspektive: Bürgerschaftliches Engagement muss in übergreifender Weise Berücksichtigung finden in sämtlichen Politikbereichen, gleichzeitig braucht Engagementförderung konkrete Strategien in einzelnen Bereichen und Ressorts wie der Familien-, Sozial-, Kultur-, Umwelt-, Gesundheits- oder Bildungs- und Finanzpolitik. Die aktuellen europapolitischen Entwicklungen machen deutlich, dass Europa noch längst nicht ein selbstverständlicher Ort des Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen auf europäischer Ebene über ihre Belange stärker mitentscheiden. Die Demokratisie-

Kontakt

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Dr. Ansgar Klein (Geschäftsführer)
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin
Tel.: 030 - 62 98 01 10
Fax: 030 - 62 98 01 51
E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de
www.b-b-e.de



Städte-Netzwerk NRW

Das Städte-Netzwerk NRW engagiert sich als „Werkstatt für die Zukunft kommunaler Einrichtungen“. Wir wollen, dass in den Städten und Stadtteilen die Bürger auch in Zukunft Kindereinrichtungen, Bibliotheken, Musikschulen, Sporteinrichtungen und andere öffentliche Einrichtungen nutzen können. Die schwierige Finanzsituation der Kommunen stellt das Fortbestehen dieser sog. freiwilligen Leistungen der Kommunen ebenso in Frage wie der demografische Wandel. So stellt sich mit dem Schrumpfen der Städte die Frage, ob wir die vorhandenen Einrichtungen auch in Zukunft noch in dem Umfang benötigen. Welche altengerechte Leistungen müssen die Einrichtungen im Zuge der Alterung der Bevölkerung vorhalten? Können die Einrichtungen dabei auch vermehrt Einnahmen erzielen? Welche Möglichkeiten der Mitgestaltung bieten Schwimmbäder oder Bibliotheken für die zunehmende Zahl „Junger Alter“, die über ebenso viel Power wie Sachverstand verfügen und die einen wertvollen Beitrag zur qualitativen Weiterentwicklung der Einrichtungen einbringen können. Schließlich müssen sich die Einrichtungen ihres sozial integrierenden Potenzials bewusst werden. Nur so wird es ihnen zukünftig gelingen, die Integration von Migranten und anderen von Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Tatsächlich bestehen trotz knapper öffentlicher Kassen weitaus mehr Möglichkeiten der qualitativen Weiterentwicklung, als gemeinhin vermutet wird. Dies zeigen die Erfahrungen der beinahe 10-jährigen Tätigkeit des Städte-Netzwerk NRW.

Wir sehen drei zentrale Ansätze der qualitativen Weiterentwicklung:

- 1) Die glaubwürdige Einbeziehung engagierter Bürger,
- 2) die Bündelung von Einrichtungen und
- 3) die stärkere Berücksichtigung unternehmerischer Instrumente.

Gemeinsam „basteln“ die mittlerweile 120 Kommunen (vorrangig Groß- und Mittelstädte) an einer qualitativen Weiterentwicklung ihrer Einrichtungen. Dies geschieht besonders in den kontinuierlichen landesweiten Werkstätten, die zu den Bereichen „Bürgerbäder“, „Bürgerstiftungen in ihrer Stadt“, „Kultur und Bildung unter einem Dach“, „Schule

plus“, „Interkulturelle Stadt“, und „Generation 50plus“ angeboten werden und von den Kommunen intensiv genutzt werden. Das lohnt sich!

So gibt es zum Beispiel in NRW mittlerweile über 50 sog. Bürgerbäder. Durch das Engagement der (oftmals älteren) Bürger werden die Bäder weitaus attraktiver, das betrifft die Öffnungszeiten ebenso wie den baulichen Zustand oder das Spektrum an Leistungen. Zugleich gelingt die Identifikation der Bürger mit IHREM Bad. Da Engagement „ansteckend“ ist, sind Bürgerbäder oftmals Ankerpunkte für weitere Initiativen im Sportbereich (z.B. Kooperation mit Beachvolleyballverein) oder Gesundheitsbereich (Integration Gesundheitsbereich). Die Kommunen bieten den Betreibern des Bürgerbades einen verlässlichen finanziellen Rahmen, der den kommunalen Haushalt zugleich deutlich entlastet. Alle drei o.g. Entwicklungsstrategien sehen wir in vielen Bürgerbädern verwirklicht.

Ein gutes Beispiel eines Bürgerbades ist das Elsebad in Schwerte-Villigst (Infos unter www.elsebad-schwerte.de). Der Besucher wird schnell entdecken, dass es sich hier nicht um ein „normales“ Freibad handelt. Das sonst übliche pflegeleichte Friedhofsgrün städtischer Bäder ist einer Vielfalt an heimischen Pflanzen gewichen. Was vor sechs Jahren aus Geldmangel organisiert wurde, trägt heute zum Eindruck bei, sich an einem besonderen Ort zu befinden. Begonnen hatte alles mit der Schließung des städtischen Bades. Ein Bürgerbegehren wurde mit Erfolg initiiert. Der Erfolg bestand aber nicht nur darin, dass sich eine deutliche Mehrheit für den Erhalt des Bades aussprach, sondern sich viele Menschen langfristig dafür mobilisieren ließen. Sechs Jahre nach der Wiederaufnahme des Betriebs kann von einer eindrucksvollen Erfolgsstory gesprochen werden. Auch weiterhin werden die meisten Arbeiten im Bad vom





unbezahlten Engagement getragen. Stetig wachsende Besucherzahlen tragen auch zu einem beachtlichen wirtschaftlichen Erfolg bei.

Die Ganztagschulen zeigen exemplarisch die Potenziale einer inhaltlichen, baulichen und rechtlichen Bündelung und Vernetzung öffentlicher Einrichtungen. Kinder aus Migrantenfamilien profitieren z.B. von einer Verknüpfung von Schule und Musikschule, die einen ansonsten wenig wahrscheinlichen Zugang zu Musik ermöglicht. Mehr als sechs Jahrzehnte lang haben die Kommunen seit Kriegsende mit Unterstützung des Landes ein dichtes Netz an öffentlichen Einrichtungen geschaffen. Der sich andeutende Bevölkerungsrückgang geht einher mit einer Komplettierung der öffentlichen Infrastruktur. Zukünftig geht es deshalb vorrangig darum, den vorhandenen Reichtum an Einrichtungen, die zumeist separiert voneinander bestehen, zu sichern. Die Bündelung z.B. von Kultur- und Bildungseinrichtungen liegt auf der Hand. Auch die Verknüpfung von Sport- und Gesundheitsangeboten gewinnt angesichts der Alterung der Gesellschaft an Bedeutung. Die ressortübergreifende Weiterentwicklung verbessert die Chancen, Leistungen an den aktuellen Bedürfnissen der Nutzer auszurichten.

Schließlich ermutigen wir öffentliche Einrichtungen und ihre Träger darin, unternehmerisches Denken aufzugreifen. Das betrifft die Modifizierung der Rechtsform ebenso wie organisatorische Verbesserungen oder die Entwicklung von geldwerten Leistungen. Inspirierende Beispiele wie das Kulturzentrum „Rohrmeisterei“ in Schwerte zeigen, dass es durchaus sinnvoll sein kann, auch die Verknüpfung von öffentlichen und kommerziellen Leistungen zu praktizieren. Das von uns beratene Kulturzentrum Rohrmeisterei ist bundesweit die einzige Einrichtung, die ihre anspruchsvolle Arbeit ohne öffentliche Mittel für den Betrieb leistet.

Das Städte-Netzwerk NRW ist für Bürger und Kommunen kompetenter Ansprechpartner. Es unterstützt den landesweiten interkommunalen Erfahrungsaustausch und berät Bürger und Kommune bei der konzeptionellen, rechtlichen und finanziellen Entwicklung. Bürgerengagement in Bibliotheken, Musikschulen oder Sporteinrichtungen ist für das Städte-Netzwerk NRW dann eine echte Chance, interessierten Menschen geeignete Formen der Mitgestaltung und Beteiligung zu ermöglichen und

zugleich die Zukunft öffentlicher Einrichtungen zu sichern, wenn Bürger glaubwürdig einbezogen werden, sie nicht überfordert werden, die Kooperation von professionellen Mitarbeitern und Ehrenamtlichen erlernt wird und die Kommune einen verlässlichen rechtlichen und finanziellen Rahmen bietet. Wir ermutigen anhand erfolgreicher Beispiele dazu, neue Wege zu erproben und bieten einen verlässlichen Rahmen bei der Realisierung dieser ambitionierten Vorhaben.

Das Städte-Netzwerk NRW befindet sich ideell unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände und ist als gemeinnütziger Verein eigenständig und wirtschaftlich unabhängig. Finanziert wird die Arbeit des Städte-Netzwerk NRW weitgehend durch Erträge aus Dienstleistungen für Kommunen und Landes- und Bundesministerien. Eine vergleichbare Ideen- und Unterstützungswerkstatt besteht bundesweit nicht.



Kontakt

Andreas Roters
Geschäftsführer Städte-Netzwerk NRW e.V.
Nicolaistr. 3
59423 Unna
Telefon: 02303 – 969311
E-Mail: roters@netzwerk.nrw.de
www.netzwerk.nrw.de



Agentur für Bürgerengagement

Die Agentur für Bürgerengagement koordiniert für die Stadt Dortmund die Aktivitäten des StadtbezirksMarketing sowie der FreiwilligenAgentur. Beide Aufgabenfelder fördern freiwilliges bürgerschaftliches Engagement als wesentliches Gestaltungselement moderner gesellschaftlicher Solidarität und partizipativer Demokratie. Damit erhalten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihr Lebensumfeld selbständig (mit) zu gestalten.

Fast jeder dritte erwachsene Bundesbürger ist heute freiwillig ehrenamtlich tätig. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft für freiwilliges Engagement weiter steigt. Ohne dieses Engagement ist eine lebendige und solidarische Gemeinschaft wie wir sie heute kennen nicht vorstellbar. Ehrenamtlich Tätige formen ihr Lebensumfeld aktiv mit und übernehmen Mitverantwortung für unsere Gesellschaft. Die meisten freiwillig Tätigen engagieren sich für ihr direktes Lebensumfeld:

Ein Student trainiert die F-Jugend in seinem Wohnort, eine Hausfrau liest alten Menschen die Zeitung vor, die Nachbarn bringen den Spielplatz gemeinsam wieder auf Vordermann. Allesamt vielleicht eher kleine Dinge – aber mit großer Wirkung.

Bürgerschaftliches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit, es muss gefördert werden:

Anlaufstellen wie etwa Freiwilligenagenturen helfen den Menschen beim Einstieg ins

Ehrenamt. Sie bieten Informationen zum Versicherungsschutz und helfen bei der Suche nach einer Aufgabe.

Das StadtbezirksMarketing unterstützt das Engagement im direkten Lebensumfeld der Bewohner Dortmunds. Gemeinsam realisieren hier unzählige Freiwillige in jedem Jahr über 180 Projekte. Die Ergebnisse sprechen für sich – Engagement zahlt sich aus!

Ausgewählte aktuelle Projekte

Projekt Bildung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft „ISG Rosenviertel“

Das Dortmunder Rosenviertel geht neue Wege in der Standortentwicklung. Händler und Immobilienbesitzer beteiligen sich am Landesprojekt „Bildung

von Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG)“. Hierbei geht es um die Entwicklung und den Aufbau eines langfristigen Standort- und Immobilienmanagements.

Die Strategie geht nur auf, wenn alle gemeinsam aktiv werden: Einzelhändler, Immobilienbesitzer und Bewohner des Quartiers.

Die geschäftsführende Stelle StadtbezirksMarketing leitet verantwortlich im kooperativen Dialog mit allen Beteiligten die Projektumsetzung.

Ladenflächenmanagement

Der Einzelhandel steckt mitten im Strukturwandel. Besonders betroffen sind die zentralen Lagen der Stadtbezirks- und Ortsteilzentren. Geschäfte schließen und finden nicht immer einen Nachmieter.

Ladenflächenmanagement will dieser Entwicklung entgegenwirken. Es zielt nicht nur auf die aktive Beseitigung von bestehenden Leerständen ab, sondern auch auf die Prävention von neuen.

Einzelhändler, Gewerbetreibende, Freiberufler, Immobilienbesitzer, Politik und Verwaltung entwickeln zusammen eine Strategie für ihren Standort.

Ziel ist, die Nebenzentren in ihrer Funktion als Nahversorgungszentren zu erhalten und attraktiver zu gestalten.

Hierbei sind auch Bürger und Kunden gefragt. Die geschäftsführende Stelle des StadtbezirksMarketing vernetzt die Akteure und vermittelt Wissen zum Thema, u. a. mit dem Infobrief

„Ladenflächenmanagement“ und themenspezifischen Veranstaltungen.

— Rita Süßmuth

Infobrief Ladenflächenmanagement

Alle Stadtbezirke sollen teilhaben an den gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit neuen Strategien zur Standortentwicklung. Ein regelmäßiger Informationsbrief Ladenflächenmanagement vernetzt das vorhandene Wissen und macht es allen Akteuren zugänglich. Download unter: www.stadtbezirksmarketing.dortmund.de

Ladenlokal der FreiwilligenAgentur

Im Februar 2004 wurde das Ladenlokal in der Berswordthalle eröffnet. An drei Tagen in der Woche – inklusive Samstag vormittags – werden hier Bürgerinnen und Bürger über alle Fragen rund um das Thema „freiwilliges Engagement“ informiert

und je nach Wunsch in eine freiwillige Tätigkeit vermittelt. Das Besondere: hier verrichten neben dem hauptamtlichen Mitarbeiter der Agentur bis zu zehn Freiwillige „ihren Wunsch-Dienst“.

Internetseite und Datenbank der Freiwilligen-Agentur

Die Seite www.freiwilligenagenturdortmund.de informiert nicht nur über die Arbeit der Agentur, sondern ermöglicht es auch jedem, selbst in der damit verknüpften Datenbank nach offenen Angeboten zu stöbern. Mit diesem eigens für und mit der Dortmunder Agentur entwickelten Instrument können schnell passgenaue Angebote für Interessenten heraus gesucht werden. Durch die unkomplizierte und praxisnahe Ausrichtung hat sie bundesweit Beachtung gefunden und ist inzwischen in mehreren Agenturen im Einsatz.

»Ohne ehrenamtliche Aktivitäten, ohne das freiwillige Engagement vieler Menschen, wäre die hohe Lebensqualität in unserer Stadt nicht möglich.«

Dr. Gerhard Langemeyer

Ausstellung FreiwilligenAgenturDortmund Engagement hat Motive

Mit dem als Wanderausstellung konzipierten Gemeinschaftsprojekt der FreiwilligenAgentur, den vorgestellten Menschen und Institutionen sowie einem Dortmunder Fotodesigner wird das Thema freiwilliges Engagement noch mehr in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Mehr Informationen zu diesem Projekt finden Sie im Bereich „Infomarkt“ dieser Dokumentation.



Ergebnisse des Forums 2

Weniger Staat + mehr Verantwortung = Bürgergesellschaft?

Kommunale Ebene:

- Ehrenamt darf den ersten Arbeitsmarkt nicht gefährden
- Neutrale Anlaufstelle (Organisation + Freiwillige)
- Kompetente Beratung (Freiwillige)
- Vernetzung der Akteure

Städtenetzwerk NRW

- Stärkere unternehmerische Ausrichtung
- Kultur und Bildung bündeln
- Glaubwürdig Einbeziehung der Bürger

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

- Gestaltung und Mitentscheidung gehören zusammen
- „Neuaushandlung“ der Zuständigkeiten Staat – Wirtschaft – Bürgergesellschaft
- Leitbildentwicklung aktivierender / ermöglichender der Staat

1. Migration fordern durch Mitbeteiligung
 2. Keine totale Abgabe der Verantwortung durch den Staat
- Appell: Rahmenbedingungen schaffen zur Einbindung der Migranten auch bei der Gestaltung

1. Zusammenarbeit Hauptamtlicher / Ehrenamtlicher
 2. Anerkennung von Arbeit
 3. Bei Schwierigkeiten darf nicht der Freiwillige der Dumme sein
- Appell: Anerkennungskultur, Dialog

1. Genau hinschauen, wo Staat sich zurückziehen kann – und wie er Bürger/innen gezielt unterstützen muss = Forschung
 2. Gesetzgebung Land und Bund
 3. Leitbilder auf kommunaler Ebene
 4. Beschluss der politischen Gremien
- Appell an die Agenda: Weitermachen!

Kontakt

Stadt Dortmund
Agentur für Bürgerengagement
Andrea Bausmann
Südwall 2-4
44122 Dortmund
Telefon: 049 - 231 50-27982
Fax: 049 - 231 50-27592
E-Mail: abausmann@stadtdo.de
www.freiwilligenagenturdortmund.de

Forum 3 – Die Chancen des Alter(n)s – das freiwillige Engagement für Kinder und Jugendliche

Der Vortrag von Frau Jutta Stratmann hatte den Titel „Die Chance des Alter(n)s – das freiwillige Engagement und der demografische Wandel“. Hier die wichtigsten Folien aus dem Vortrag von Frau Stratmann:

Veränderung des Altersbildes

- Gestaltungswille der Älteren ist vorhanden
- Potenziale des Alters werden mehr wahrgenommen (5. Altenbericht, Bertelsmann)
- Engagementraten der Älteren steigen überproportional
- Interesse an Engagementbereichen und –formen verändert sich

Engagement in verschiedenen Engagementbereichen (1999 / 2004)

Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)

Sehr große Bereiche

- Sport und Bewegung
11% / 11%

Große Bereiche

- Schule/Kindergarten
6% / 7%
- Freizeit und Geselligkeit
5,5% / 5%
- Kirche und Religion
5,5% / 6%
- Kultur und Musik
5% / 5,5%
- Sozialer Bereich
4% / 5,5%

Mittlere Bereiche

- Feuerwehr / Rettungsdienste
2,5% / 3%
- Politik / Interessenvertretung
2,5% / 2,5%
- Umwelt- und Tierschutz
2% / 2,5%
- Berufl. Interessenvertretung
2,5% / 2,5%
- Jugendarbeit / Bildung
1,5% / 2,5%
- Lokales Bürgerengagement
1,5% / 2%

Kleinere Bereiche

- Gesundheitsbereich
1% / 1%
- Justiz / Kriminalitätsprobleme
0,5% / 0,5%

Trends des bürgerschaftlichen Engagements Älterer

- Demografischer Wandel bedeutet mehr Ältere: Herausforderungen und Chancen für Engagement (Unterstützungsbedarfe, soziale Netze, notwendige Arrangements zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen)
- Einflussmöglichkeiten: Gestaltung an partizipativen Prozessen: Stadtentwicklung, Wohnquartiere, neue Wohnformen
- Intergenerative Beziehungen: in Familie Abnahme, neue Begegnungsmöglichkeiten schaffen
- Risiko: Engagement als Herausdrängen aus hauptamtlicher Arbeit, Chance: neuer Mix (Arbeit, Familie/Freizeit, Engagement)

Anforderungen

- Engagement braucht Identifikation
- Veränderte Strukturen in Verbänden, Vereinen, Institutionen, kommunaler Verwaltung
- Ältere müssen ihren Gestaltungswillen praktizieren („Stille Revolution“)
- Infrastrukturen schaffen und sichern
- Qualifizierung und neue Zusammenarbeitsformen
- Angemessene Altersbilder zeigen
- Rahmenbedingungen für das Engagement schaffen



EFI NRW

Nutzung des Erfahrungswissens in vier möglichen „Rollen“:

- Berater/in und Unterstützer/in bestehender Initiativen oder Gruppen
- Initiator/in eines neuen Projektes oder Gruppe
- Wissensvermittler/in, Anreger/in oder Vernetzer/in
- Moderator/in des seniorKompetenzteams

Beteiligte Kommunen in NRW

- Arnsberg, Herford, Minden, Düsseldorf, Köln, Aachen (seit 2001)
- Paderborn, Hilden (seit 2005)
- Schwerte, Mülheim a.d.Ruhr, Düren, Wühl/ Radevormwald, Hagen, Bielefeld (ab 2006)

Engagementfelder im Rahmen von „EFI“



Fazit

- Engagement braucht Anregungen, transparente Politik, flexible Strukturen und wirkliche Einbindung „auf Augenhöhe“
- Hohe Anforderungen an Kommunikationsfähigkeit der Hauptamtlichen, von Verwaltung etc.
- Anerkennungskultur in Form von Einbindung, Qualifizierung, Ressourcen

Kontakt

Jutta Stratmann
Projektmanagement Seniorenpolitik
Kronprinzenstr. 107
44135 Dortmund
Telefon: 0231 – 5897710
E-Mail: info@pro-se.de



ZWAR: Zwischen Arbeit und Ruhestand

Zielgruppen der ZWAR Arbeit sind Frauen und Männer zwischen 50 und 65 Jahren sowie deren LebenspartnerInnen, die in der Gemeinschaft miteinander älter werden wollen:

Menschen im (Vor-) Ruhestandsalter, in der Berufsaustrittsphase, Langzeitarbeitslose ohne die Möglichkeit der Reintegration in den Arbeitsmarkt und Menschen nach der Familienphase.

Zielsetzung sind der Erhalt und die Förderung von Selbsthilfe, Eigeninitiative und Selbstorganisation sowie gesellschaftliche, soziokulturelle und politische Teilhabe in der nachberuflichen Phase und die Vernetzung aller Gruppen.

Förderung von Engagement steht dabei an erster Stelle.

Die unterschiedlichen Engagementformen finden sich zum Beispiel in der Erarbeitung neuer Wohnformen; im Einsatz für den eigenen Ortsteil bzw. die eigene Stadt, politisch in Bürgergemeinschaften und Gremien, sowie sozial in der Unterstützung von Schulen und SchülerInnen, Kindergärten, Seniorenheimen; im Anfertigen einer Blindenzeitung in Form von Kassetten, mit Wohltätigkeitsveranstaltungen; im kulturellen Bereich mit eigenem Theatermachen, Singen und Musizieren und dem Gestalten von Themenausstellungen, Flohmärkten und dem Verwalten eines Museums; Computer- und Internetbereich mit der Durchführung von Internetcafés und Kursen; gemeinsam erlernte und alte Sportarten halten fit und erleichtern den Kontakt zu neuen Interessierten, mit Boule, Nordic Walking, Skateboard, Wandern ...

Kurzum: ZWAR hilft, Rahmenbedingungen zu schaffen für die Förderung von nachberuflichem gemeinschaftlichem Engagement, i.S. einer Realisierung von Interessen, auch weit über die eigenen Gruppeninteressen hinaus.

Das Engagement in den ZWAR Gruppen stellt keine Mitgliedschaft dar und kennt keine Mitgliedsbeiträge.

Für die Gründung einer ZWAR Gruppe werden vor Ort die Anbieter der kommunalen Seniorenarbeit und der Erwachsenenbildung sowie Vereine, Verbände, Betriebe und Organisationen, die mit der Zielgruppe arbeiten, beraten, zu Multiplikatorenkreisen zusammengeführt und bilden in Folge ein i.d.R. die ZWAR Basisgruppen unterstützendes Netz.

Zum ZWAR Gruppennetz in Dortmund

Im Stadtgebiet Dortmund entstanden 1981 die ersten ZWAR Gruppen, „Vorreiter“ für ein NRW-weites ZWAR Gruppennetz. Die ältesten ZWAR Gruppen sind seit nunmehr 25 Jahren aktiv.

Das Dortmunder Gruppennetz ist das älteste und größte kommunale ZWAR Gruppennetz in NRW. Das ZWAR Gruppennetz in Dortmund wird von Ulla Große-Ruyken als hauptamtliche Fachkraft koordiniert.

In Dortmund gibt es 16 klassische Stadtteil- oder Basisgruppen (einige der ganz alten Gruppen sind noch im gewerkschaftlichen Zusammenhang entstanden und nennen sich z.B. „die ZWAR Gruppe HBV“) mit insgesamt ca. 80 Interessengruppen. Besonders erwähnt sei hier die ZWAR Gruppe „Gemeinsames Wohnen verschiedener Generationen“, deren Ziel es ist, ein generationsübergreifendes Wohnprojekt auf Mietbasis zu verwirklichen. Menschen aller Generationen soll hiermit ermöglicht werden, die Gemeinschaft zu leben, die sie sich wünschen: in abgeschlossenen Wohnungen, die unterschiedlich groß sind, wohnen Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Paare und Alleinstehende aller Generationen. Für gemeinsame Aktivitäten soll es einen Gemeinschaftsraum geben. Aktuell ist die Gruppe z.B. gerade dabei, Grundstücke für die Realisierung ihres Projekts zu besichtigen.

Darüber hinaus gibt es in Dortmund so genannte „Netzgruppen“, in denen sich Menschen aus unterschiedlichen ZWAR Basisgruppen zusammengefunden haben:

- die Theatergruppe „Hassenichgesehn“,
- die Segelgruppe mit dem Plattbodenschiff „Vertrauen“,
- die Video-Gruppe,
- die Zeitungsgruppe, die vierteljährlich eine Zeitung für alle ZWAR Gruppen im Land erstellt,
- die Gruppe „SPRINT“ (= SPRache und INTEgration), bestehend aus in Dortmund gebürtigen ZWARlerInnen und russischsprachigen MigrantInnen

Alltagssolidarität, die sich ausdrückt in Hilfen untereinander, wechselseitiger Unterstützung und Beistand in Krankheit und Lebenskrisen bis zum Tode sind in den ZWAR Gruppen selbstverständlich. Die Gruppen selbst verstehen sich oft als Freundeskreise. Kennzeichen der Gruppen sind Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Selbstorganisation für ihre

Interessen, für ihr Lebensumfeld und für die Gestaltung des gemeinsamen Alterns und Alters. Das selbst bestimmte Handeln der Menschen in den Gruppen geschieht nicht aus dem Wunsch nach monetärem Gewinn, sondern nach dem Wunsch des „Dazugehörens“ und Mitgestaltens, egal auf welcher Ebene und mit unterschiedlichsten persönlichen Ressourcen.

Die Ziel- und Entscheidungsfindung der Gruppen geschieht auf demokratischem Wege (Moderationsverfahren). Interessen und vereinbarte Aufgaben werden aufgeteilt.

Die Gruppen werden maximal zwei Jahre in den Basisgruppentreffen und in Zielfindungsseminaren professionell moderiert und in ihrem Gruppenprozess begleitet. Nach dieser Zeit sind ZWAR Gruppen in der Lage, ihr Gruppengeschehen und ihr Engagement eigenständig und selbstorganisiert weiterzuführen. Auch nach Beendigung der intensiven Phase der Gruppenbegleitungszeit steht z.B. für besondere Gruppensituationen die Gruppenbeglei-

tung auf Anfrage zur Verfügung.

Alle ZWAR Gruppen werden durch Qualifizierungs- und Vernetzungsmaßnahmen unterstützt. Beispielhaft seien hier genannt die Delegierten-Info-Treffen, die Gruppen- und themenorientierte Seminarangebote.

ZWARlerInnen beschreiben das, was in ihren Gruppen geschieht, oft wie folgt:

- Die Möglichkeit, im Leben lange zurückgestellte Wünsche und Vorhaben („Projekte“) gemeinsam mit Anderen zu realisieren,
- die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung und Hilfeleistung im Alltag, vor allem dann, wenn das Älter-Werden mit Einschränkungen verbunden ist,
- Gemeinschaft statt Alleinsein
- neue Bekanntschaften und Freundschaften,
- vielfältige Möglichkeiten der gemeinsamen Freizeitgestaltung
- und die Chance gesund älter zu werden.

Kontakt

Wolfgang Nötzold
 Telefon: 0231 - 96131723
 E-Mail: wo.noetzold@zwar.org

Kontakt

Ulla Große-Ruyken
 ZWAR Zentralstelle NRW
 Steinhammerstr. 3
 44379 Dortmund
 Telefon: 0231 - 961317-0
 E-Mail: ul.grosse-ruyken@zwar.org
 www.zwar.org

Amt für Statistik und Wahlen

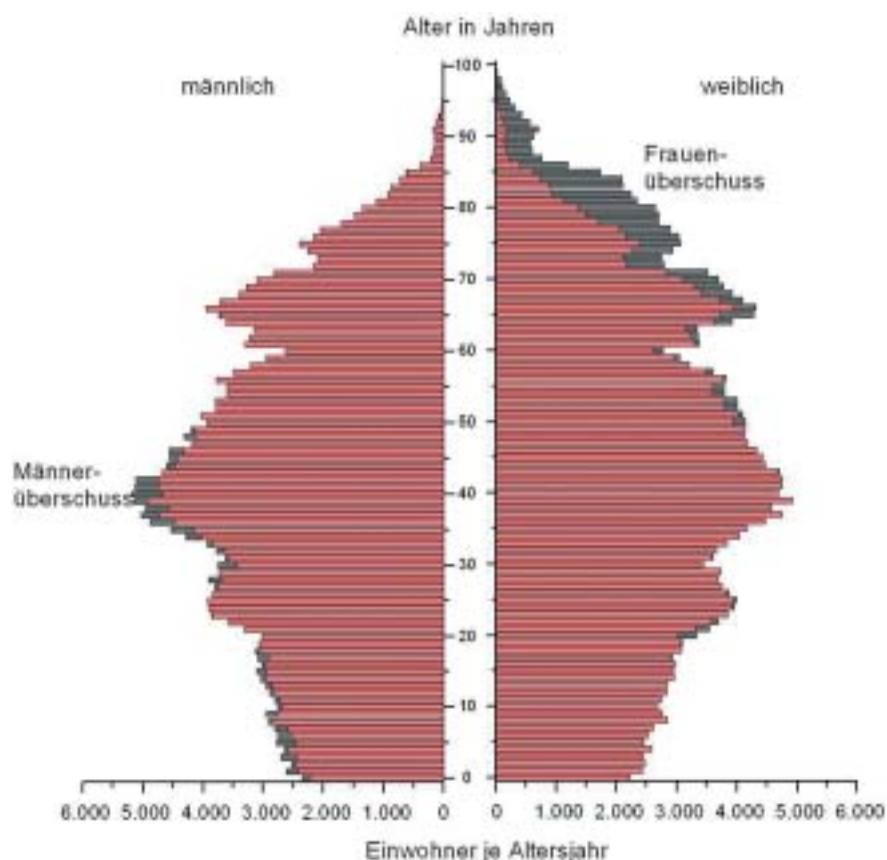
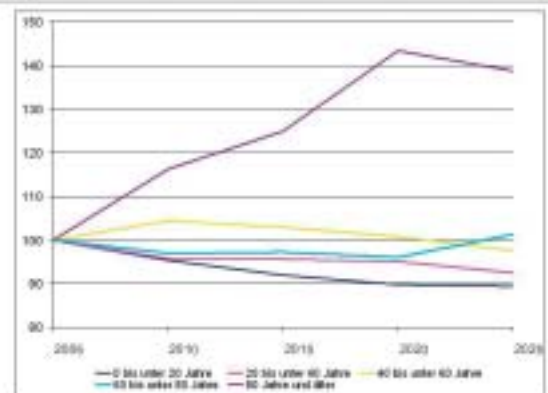
Das Amt für Statistik und Wahlen veröffentlicht aktuelle Daten und Analysen aus den Bereichen Bevölkerung, Bauen u. Wohnen sowie Wirtschaft und Soziales. Hierbei werden neben der kommunalen Statistik sowohl die amtliche Statistik als auch aktuelle Bürgerbefragungen ausgewertet, um Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit über gegenwärtige Entwicklungen in Dortmund zu informieren. Angaben zum demografischen Wandel und zur Bevölkerungsstruktur können beispielsweise der Kurzinfo „Bevölkerungsvorausschätzung Dortmund 2005 bis 2025“ (2006/03) bzw. dem aktuellen „Jahresbericht Bevölkerung“ (2006) entnommen werden.

Der demografische Wandel in Dortmund. Auswirkungen auf das freiwillige Engagement.

In der Bevölkerungsvorausschätzung bis 2025 erwartet das Amt für Dortmund einen Bevölkerungsrückgang von 2,7 %. Gleichzeitig wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung bis 2025 stark verändern.

Die Anzahl der unter 20-Jährigen wird bis 2025 zurückgehen und damit die Zahl der zukünftigen (potenziellen) Mütter und Väter. Gleichzeitig nehmen die mittleren Altersklassen, die 20-40-Jährigen sowie die 40-60-Jährigen deutlich ab. Die Zahl der Erwerbstätigen wird damit ein niedrigeres Niveau erreichen. Nur die Altersklassen der 60-80-Jährigen und der Personenkreis der über 80-Jährigen wird bis 2025 deutlich ansteigen.

Entwicklung nach Altersklassen (2005=100%)
Dortmund 2005 bis 2025



Durch die Zunahme der über 80-Jährigen wird zum einen der Pflege- und Betreuungsbedarf ansteigen. Nach einer Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS) steigt in Dortmund die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2020 um 36 %. Zum anderen wird es mittelfristig mehr Kinderlose und Alleinstehende im Alter geben. Die häusliche familiäre Versorgung Pflegebedürftiger wird damit zugunsten neuer Pflege- und Wohnformen abnehmen und die „Professionalisierung“, d.h. die Betreuung durch professionelles Pflegepersonal, insgesamt zunehmen.

Aufgrund dieser „Professionalisierung“ der Pflege kann freiwilliges Engagement weniger den akuten Pflegebedarf decken, sondern vor allem zum Aufbau zukunftsfähiger Pflegestrukturen beitragen. Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre in das Rentenalter, ist mit einem Anstieg des freiwilligen Engagements zu rechnen. Zum einen weil viele Personen ab 2020 das Rentenalter erreichen, zum anderen steigt aktuellen Umfragen nach die Bereitschaft älterer Menschen, sich freiwillig zu engagieren.

Nach 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre die Altersklasse der über 80-Jährigen erreichen, wird nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen stark ansteigen, sondern auch die Altersklasse der 65-80-Jährigen und damit die absolute Anzahl der freiwillig Engagierten abnehmen.



❖ Ergebnisse des Forums 3 „Die Chancen des Alter(n)s“

- Selbstverständnis / Stellenwert des Ehrenamtes in der Öffentlichkeit verbessern
- „Ehrenamt“ darf nicht Ersatz für das „Hauptamt“ sein
- „Anerkennungskultur“ schaffen
- Interessen der „Helfer“ berücksichtigen
- Identifikation statt Verpflichtung erreichen
- Partizipation ernst nehmen (Politik und Verwaltung muss Vorbild sein – keine Konkurrenz)
- Qualifizierung, Anerkennung schaffen
- Vernetzung und Kommunikation zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen
- Vorbilder in der Gesellschaft für Engagement
- Zugänge zum Ehrenamt durch Gemeinsamkeit/ Gemeinschaft erreichen (ZWAR-Konzept)
- Ehrenamt ist Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen

Kontakt

Stadt Dortmund
Amt für Statistik und Wahlen
Bernd Haermeyer
Königswall 25- 27
44137 Dortmund
Telefon: 049 - 231 - 5025491
Fax: 049 - 231 - 5024777
www.dortmund.de/statistik-wahlen

Forum 4 – Bürgergesellschaft lernen – Engagement für Kinder und Jugendliche

Forschungsprojekt:
Informelle Lernprozesse im Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements

**Der Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/
Universität Dortmund**

Schwerpunkte der Arbeit des an der Universität Dortmund angesiedelten Forschungsverbunds sind Forschungsprojekte und Fachveranstaltungen zur Kinder- und Jugendhilfe, zur Familien- Jugend- und Geschlechterforschung, zum Bereich der sozialen Dienste und Berufe sowie zu Tätigkeiten jenseits von Lohn- und Familienarbeit. Leiter des Forschungsverbundes ist Prof. Dr. Thomas Rauschenbach.

**Das Forschungsprojekt „Informelle Lernprozesse im
Jugendalter in Settings des freiwilligen Engagements“**

Im Mittelpunkt des aus Mitteln des Bundes und des Landes NRW geförderten Kooperationsprojekts mit dem Deutschen Jugendinstitut München (2003 - 2007) steht die Annahme, dass durch ein freiwilliges Engagement im Jugendalter spezifische Lernerfahrungen ermöglicht werden. Von besonderer konzeptioneller Bedeutung ist dabei der Aspekt der Verantwortungsübernahme. Im Anschluss an sowohl entwicklungspsychologische als auch sozialisationstheoretische Theorien zur Entstehung moralischen Bewusstseins wird hier davon ausgegangen, dass die Verantwortungsübernahme für sich selbst, für Personen und Dinge des näheren Umfelds, aber auch für Gemeinwesen und Gesellschaft und das entsprechende Handeln spezifische Kompetenzen und Lernerfahrungen voraussetzen aber auch spezifische Lern-, Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnen. Vor diesem Hintergrund soll der Frage nachgegan-

gen werden, welche Lern- und Bildungserfahrungen Jugendliche durch Verantwortungsübernahme in unterschiedlichen Settings des freiwilligen Engagements machen.

Methoden

Das Forschungsprojekt ist empirisch ausgerichtet und bedient sich zweier unterschiedlicher methodischer Zugänge:

Die qualitative Befragung von freiwillig engagierten Jugendlichen und Erwachsenen wurde in drei Bundesländern (NRW, Bayern, Sachsen) durchgeführt. Es wurden insgesamt 74 Jugendliche in 23 Organisationen interviewt, davon 45 in Jugendverbänden, 15 in Initiativen und 14 in Organisationen der politischen Interessenvertretung. Hinzu kommen 13 Interviews mit ehemals engagierten Erwachsenen aus verschiedenen Organisationen. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde angestrebt, möglichst unterschiedliche Settings in die Untersuchung einzubeziehen. Mittels leitfadengestützter Interviews wurde ein subjektorientierter Zugang zu den Befragten gesucht, bei dem die im Engagement neu erworbenen oder weiterentwickelten Kompetenzen und Beziehungen im Vordergrund standen. Gefragt wurde nach den im Engagement gemachten Erfahrungen, nach individuellen Lerninteressen, Lerninhalten und -prozessen sowie nach den Vorstellungen über den biografischen Stellenwert des im freiwilligen Engagement Gelernten.

In der quantitativen Befragung wurden ca. 1500 ehemals Engagierte im Alter von 25 bis 40 Jahren mittels einer telefonischen Repräsentativerhebung befragt. Erhoben wurden frühere und aktuelle freiwillige Tätigkeiten, Kompetenzen und Kenntnisse, die jeweiligen Orte des Kompetenzerwerbs sowie der Transfer des erworbenen Wissens und Könnens in andere Lebensbereiche. Als Vergleichsgruppe wurden weitere 552 Erwachsene der gleichen Altersgruppe in die Befragung einbezogen, die in ihrer Jugendzeit nicht engagiert waren.



Ergebnisse

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts stützen die These, dass im freiwilligen Engagement wichtige Lernerfahrungen gemacht werden. Hierzu können jetzt umfassende empirische Belege vorgelegt werden. Die folgende Auflistung gibt einen kleinen Einblick in die Forschungsergebnisse:

- Kompetenzen sind sowohl Voraussetzung, als auch Ergebnis freiwilligen Engagements. Sie werden aus Elternhaus und Schule in die freiwillige Tätigkeit eingebracht, dort erweitert und zum Teil auch neu erworben.
- Die Organisationen des freiwilligen Engagements mit ihren strukturellen Charakteristika Freiwilligkeit, Offenheit und Diskursivität sind als Lernorte besonders geeignet, weil sie Jugendlichen Gelegenheiten zum selbstverantwortlichen Lernen in unterschiedlichen Aufgaben und auf unterschiedlichen Hierarchieebenen bieten.
- Aufgrund der Diffusität, die sich aus diesen Strukturcharakteristika der Organisationen ergibt, entstehen Spielräume, die Jugendliche ausgestalten können, in denen sie Verantwortung übernehmen und biografisch bedeutsame Lernprozesse durchlaufen. Diffus erscheinen z.B. Einstiege und Prozesse der Verantwortungsübernahme oder auch Lern- und Handlungssituationen, in denen sich private, organisationsbezogene oder politische Themen mischen.
- Gleichzeitig bieten die Organisationen Stabilität in Form von (hauptberuflichen) Ansprechpartnern, Organisationszielen und -traditionen sowie regionalen und überregionalen Netzwerken.
- Aus der Mischung von Diffusität und Stabilität ergeben sich Lernchancen, die sich vom Lernen in anderen Sozialisationsfeldern, vor allem der Schule, unterscheiden. Die Organisationen des freiwilligen Engagements sind ein eigenständiges Lernfeld und erfüllen eine ergänzende Funktion im Bildungssystem.
- Im Engagement werden soziale und politische Kompetenzen, organisatorische Kompetenzen, Fachwissen und praktische Kompetenzen erworben, bzw. erweitert. Insbesondere bei organisationsspezifischen Fähigkeiten wie „Gremienarbeit“, „Veranstaltungen organisieren“, „eine Rede halten“, „Leitungsaufgaben übernehmen“ unterscheiden sich die Engagierten in ihrem Kompetenzniveau erheblich von den Nichtengagierten.
- Außerdem werden personale Eigenschaften gefördert. Genannt werden vor allem Belastbarkeit, Toleranz, Konfliktfähigkeit und Durchhaltevermögen.
- Die früher Engagierten transferieren ihr Wissen und Können in andere Lebensbereiche. Sie werden häufiger im Gesundheits- und Bildungswesen oder im sozialen Bereich berufstätig und zeigen mehr Interesse für Politik und öffentliches Leben. So engagieren sich 54% der in der Jugendzeit engagierten Personen auch noch im Erwachsenenalter, aber nur 15% der früher nicht engagierten. Auch in anderen Bereichen bürgerschaftlicher Beteiligung (z.B. Parteimitgliedschaft, Übernahme eines politischen Amtes, Teilnahme an Demonstrationen, Geldspenden) zeigen sich die in der Jugendzeit engagierten beteiligungsbereiter.



Kontakt:

Erich Sass
 Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut /
 Universität Dortmund
 Projekt: Informelle Lernprozesse im Jugendalter in
 Settings des freiwilligen Engagements

Vogelpothsweg 78
 44227 Dortmund
 Telefon: 0231 - 755-6554
 Fax: 0231 - 755-6553
 E-Mail: esass@fb12.uni-dortmund.de
www.dji.de

Service Learning: Durch Verantwortung lernen Gesellschaftliches Engagement von Schüler/Innen als Teil von Schule und Unterricht

Service Learning hat zum Ziel, gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen fest im Schulalltag zu verankern und es mit Unterricht zu verknüpfen. Schülerinnen und Schüler leisten einen Dienst (Service) am Gemeinwohl, ihre Erfahrung wird im Unterricht reflektiert und für die Bearbeitung und Veranschaulichung von Unterrichtsinhalten genutzt (Learning). Ein Beispiel: Schüler bieten im Altenheim ihres Stadtviertels PC-Kurse für Senioren an. Im Unterricht geht es parallel dazu um die Themen „Demografische Entwicklung“ und „Altwerden in unserer Gesellschaft“. Oder: Hauptschüler mit Migrationshintergrund übernehmen Patenschaften für Grundschüler mit Migrationshintergrund. Sie besuchen ihre „Patenkinder“ zu Hause, helfen ihnen bei den Hausaufgaben und nehmen Kontakt zu den Eltern auf. In der Schule wird ihre Erfahrung reflektiert. Im Fach Politik und Wirtschaft geht es um die im Lehrplan vorgesehenen Themen „Migration“ und „Menschenrechte“, in Ethik wird das Thema „Verantwortung und Gewissen“ behandelt und in Deutsch werden Besinnungsaufsätze zur Reflexion der Erfahrungen genutzt.

Durch Service Learning erfahren Jugendliche, dass es sich lohnt, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gemeinschaft einzusetzen. In realen Situationen und anhand von echten Problemen werden Kooperationsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Empathie und eigenständiges Handeln geübt. SchülerInnen trainieren also soziale und demokratische Kompetenzen. Und: Sie können ihr praktisch erworbenes Wissen und ihre Erfahrungen in den Unterricht einfließen lassen. Unterricht wird so praxisnah und handlungsorientiert. Service Learning hat das Potenzial zu einer demokratischeren Schulkultur und zu einer Öffnung von Schule beizutragen.

Übergreifendes Ziel ist, durch Service Learning die Zivilgesellschaft und damit die Demokratie zu stärken. Denn es ist erwiesen, dass Menschen, die sich in frühen Jahren für das Gemeinwohl einsetzen, dies auch später tun. Umgekehrt: wer sich in seiner Jugend nicht engagiert, sieht auch als Erwachsener oft keine Notwendigkeit dafür.

Wie und wo wird Service Learning umgesetzt? Ursprünglich kommt der Ansatz aus den USA. Dort gab es ab Mitte der 80er Jahre eine nationale Bewegung mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft durch Programme wie Service Learning zu stärken. Inzwischen ist Service Learning in den USA an jeder dritten Schule fester Bestandteil des Schulprogramms. In Deutschland wird Service Learning seit 2002 von der Freudenberg Stiftung, der Mercator Stiftung und der Caritas (Freiwilligen Agenturen) voran getrieben. 30 Schulen in 10 Bundesländern arbeiten inzwischen intensiv an der Umsetzung von Service Learning an ihrer Schule.



Kontakt

Anne Lehmeier
Freudenberg Stiftung GmbH
Freudenbergstraße 2
69469 Weinheim
Tel.: 06201 - 17498
Fax: 06201 - 13262
E-Mail: Anne.Lehmeier@freudenbergstiftung.de
www.freudenbergstiftung.de



Das Dortmunder Netzwerk stellt sich vor

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie von den Vereinten Nationen als UN-Dekadeprojekt bis zum Jahre 2014 ausgerufen wurde, leistet einen großen Beitrag dazu, die Gestaltungskompetenzen von Schülerinnen und Schülern aller Schulformen zu entwickeln, ihre Sachkompetenz gegenüber Problemstellungen der Zukunft zu schärfen und ihr Verantwortungsbewusstsein im Sozialen Umfeld ausprägen. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist die Grundlage für die nächste Generation, sich den Herausforderungen der Zukunft auf dem Gebiet der

- Ökologie,
- der Ökonomie und
- dem sozialen Gemeinwesen zu stellen, weil Menschen, die darin geschult sind, alle drei Aspekte eines Problems zu durchleuchten und abzuwägen, zu zukunftsfähigen intelligenten Lösungen kommen.

In diesem Sinne arbeitet das Dortmunder Netzwerk seit dem Jahre 2000 und hat sich von anfänglichen fünf Schulen auf den stabilen Rahmen von 32 Schulen ausgeweitet. Im Netzwerk arbeiten derzeit

- zehn Grundschulen
- sechs Förderschulen
- vier Hauptschulen
- drei Realschulen
- fünf Gesamtschulen
- drei Gymnasien und
- ein Berufskolleg zusammen.

Sie treffen sich vier- bis fünfmal im Jahr zum Erfahrungsaustausch, beteiligen sich an Aktionen der Lokalen Agenda und werden demnächst ihre schulische Profilierungen in thematischen Zirkeln weiter schärfen und entwickeln können. Das Dortmunder Netzwerk wird von zahlreichen Kommunalen Partner unterstützt und ist Teil der Lokalen Agenda. Die Natur- und Umweltschutzakademie (NUA) und das Landesinstitut für Schule in Soest stehen an seiner Seite und eröffnen dem Netzwerk damit auch die Möglichkeit, landesweit am Qualitätsentwicklungsprozess der Schulen partizipieren zu können. Es ist im Jahre 2005 aufgrund seiner Größe und Vielfalt als UN- Dekadeprojekt ausgezeichnet worden.



Ergebnisse des Forums 4 „Bürgergesellschaft lernen“

- Mehr reale Situationen schaffen
- Möglichst frühe Einbindung
- Strukturen stärken
- Handlungsräume schaffen
- Neue Konzepte von Jugendlichen zulassen
- Gesellschaftliches Engagement an Schulen bringen, wertschätzen und mit dem Unterricht verknüpfen
- Austausch zwischen Schulen und Jugendverbandsarbeit auf Augenhöhe
- Lebenssituation berücksichtigen / Freiwilligkeit

Kontakt:

Brigitte Bömer
StA 40/3-1 Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen
Kleppingstr. 21-23
44135 Dortmund
Tel. 0231 - 5024994 oder 0231 - 5026312
Fax: 0231 - 5027409
E-Mail: bboemer@stadtdo.de
www.agenda21schulen.dortmund.de

Teilnehmer am Infomarkt



AGARD Arbeitsgemeinschaft
Amphibien und Reptilienschutz
in Dortmund

AGARD-Naturschutzhaus im Westfalenpark

Das AGARD- Naturschutzhaus befindet sich im Dortmunder Westfalenpark. Zur Zeit der BUGA 1991 wurde dort 2,5% der Gesamtfläche des Parkes dem Naturschutz zur Verfügung gestellt. Diese Fläche ist eine Insel "des ehrenamtlichen Naturschutzes" inmitten einer Parkanlage. Angelegt wurden naturnah gestaltete Lebensräume wie:

- Laichgewässer
- Wildblumenwiese
- Waldsaum
- Streuobstwiese



Das Haus selbst wurde nach baubiologischen Grundsätzen errichtet mit Dach- und Fassadenbegrünung, Komposttoilette, Pflanzenkläranlage und zahlreichen Nistmöglichkeiten für Vögel und Insekten.

Stellvertretend für die unentgeltlich arbeitenden, engagierten Naturschützer betreut die AGARD diese Naturschutzinsel. Sie bietet hier ein reichhaltiges Programm für alle, die an der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt interessiert sind: Informationen, Beratung, praktische Anregung zur biologischen Bauweise, zum naturnahen Gärtnern, zum Arten- und Biotopschutz und – ganz allgemein – zum Umwelt- und Naturschutz. Ein aktuelles Programm informiert über die monatlichen Ausstellungen und Dia- Vorträge. Während der Woche findet die Betreuung von Schulklassen, Kindergärten und sonstigen Gruppen durch das Mitarbeiterteam im Hause statt. Eine zentrale Rolle der Arbeit im Naturschutzhaus nimmt die AGENDA – Beratung mit zahlreichen Materialien und praktischen Umsetzungstipps ein. Eine spezielle Pinwand informiert über aktuelle Adressen und Termine zu den Arbeitskreis – Veranstaltungen.

Das AGARD - Naturschutzhaus ist geöffnet von 10 - 18 Uhr (im Winter 9-17 Uhr) und am Wochenende von 12-18 Uhr.

Kontakt:

Georg Kaleck
AGARD-Naturschutzhaus
An der Buschmühle 3
44139 Dortmund
Tel.: (0231) 12 85 90
E-Mail: agard_naturschutzhaus@yahoo.de
www.agard.de

Dortmunder Agenda-Verein e.V.
Wir achten auf nachhaltige Stadtentwicklung!

Der Dortmunder Agenda-Verein

Der Dortmunder Agenda-Verein ist ein Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern aus Dortmunder Initiativen und Organisationen sowie Privatpersonen, die sich für einen Dortmunder Agenda-21-Prozess aktiv einsetzen. Der Verein ist im Februar 2000 gegründet worden. Hervorgegangen ist der Verein aus dem Koordinationskreis Dortmunder Agenda-Forum, der sich seit 1996 aktiv für den Agenda-21-Prozess und die Beteiligung der Dortmunder Bevölkerung an einer nachhaltigen Stadtentwicklung eingesetzt hat.

Der Verein und seine Ziele

Im Dortmunder Agenda-Verein e.V. haben sich VertreterInnen aus örtlichen Initiativen und Vereinen sowie engagierte Einzelpersonen zusammengefunden, die am Agenda-Prozess interessiert sind und sich

- dafür stark machen, dass nachhaltige Entwicklung in Dortmund eine faire Chance bekommt, sie in der Öffentlichkeit diskutiert und kommunalpolitisch aktiv gefördert wird,
- dafür einsetzen, dass das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in Dortmund Schritt für Schritt umgesetzt wird,
- daran beteiligen, dass ein verbindliches Handlungsprogramm, eine „Dortmunder Agenda 21“, unter Beteiligung der BürgerInnen aufgestellt und durch den Rat der Stadt beschlossen wird.

Projekte

Nachhaltig erfolgreich wirtschaften in Dortmund (www.NEWD0.de)

Der Begriff des Nachhaltigen Wirtschaftens stammt aus der Forstwirtschaft. Es liegt auf der Hand, dass die Bewirtschaftung eines Waldes langfristig den höchsten Ertrag einbringt, wenn nicht mehr Holz entnommen wird, als jeweils nachwächst. Die Übertragung auf ein Unternehmen in einem komplexen und dynamischen Umfeld, konfrontiert mit den Anforderungen sehr unterschiedlicher Anspruchsgruppen, ist dagegen nicht immer so trivial. Dennoch gibt es einige Erfolgsfaktoren und bewährte betriebliche Konzepte für nachhaltigen Unternehmenserfolg. NEWDO untergliedert diese in 15 Kompetenzbereiche und ca. 100 Instrumente. Im Rahmen eines halbtägigen betriebsinternen Work-



shops wird gemeinsam analysiert, in welchem dieser Bereiche das Unternehmen über „gute betriebliche Praxis“ verfügt und in welchen Bereichen es noch Entwicklungspotenzial gibt. In der Informations- und Kontaktplattform können nun betriebliche Ansprechpartner angegeben werden, die bereit sind, anderen NEWDO-Unternehmen Auskünfte zu den eigenen Erfahrungen mit spezifischen Instrumenten zu geben (z.B. der Einführung von Mitarbeitergesprächen oder eines bestimmten Qualitätsmanagementsystems). Auf der anderen Seite können die Informationen und Kontakte der Plattform, insbesondere der Erfahrungen von anderen Dortmunder Unternehmen, für die eigenen „Baustellen“ im Unternehmen genutzt werden (z.B. der Senkung von Krankenständen, der Öffentlichkeitsarbeit oder der Einsparung von Ressourcenkosten). Weitere Informationen unter www.NEWD0.de. Das Projekt wird gefördert durch die NRW Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Projektträger ist der Dortmunder Agenda-Verein. Die Projektleitung liegt beim Dortmunder Unternehmensberater Manfred Nedler (nedler@newdo.de).

Weitere Aktivitäten:

- Überarbeitung des Fairhandelsführers in Kooperation mit dem Informationszentrum Dritte Welt
- Überarbeitung und Konkretisierung der Dortmunder Nachhaltigkeitsindikatoren im Rahmen der Arbeit des Agenda-21 Konsultationskreises

Mitmachen!

Sie möchten die zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung der Stadt Dortmund mitgestalten? Sie haben Ideen? Sie haben Spaß daran, mit anderen engagierten EhrenamtlerInnen aktiv zu werden? Dann machen Sie mit beim Dortmunder Agenda-Verein!

Auf der Internetseite finden Sie ebenfalls die Satzung des Dortmunder Agenda-Vereins.

Noch Fragen zur Mitarbeit? Wir beantworten sie gerne. Nehmen Sie Kontakt zum Dortmunder Agenda-Verein auf!

Kontakt:

Dortmunder Agenda Verein e.V.
c/o Tobias Scholz
Viktoriastr. 19
44135 Dortmund
Telefon: 0231 - 1815836
E-Mail: info@dortmunder-agenda-verein.de
www.dortmunder-agenda-verein.de

Dortmunder Agenda-Verein e.V.
c/o Monika Gieles-Rist
Stallbaumstraße 56
44289 Dortmund
Telefon: 0231 - 40615
E-Mail info@dortmunder-agenda-verein.de

Wanderausstellung „Engagement hat Motive“ Ein Projekt der FreiwilligenAgentur Dortmund

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen sieben Persönlichkeiten, stellvertretend für rund ein Drittel der Dortmunder Bevölkerung, die sich in ihrer Freizeit freiwillig für andere Menschen engagieren. Zum Beispiel Werner – Er verteilt ohne großes Aufsehen Mahlzeiten an Bedürftige. Ihm und seinen Mitstreitern ist diese Ausstellung gewidmet.

Freiwilliges Engagement macht Spaß und ist der Motor einer lebendigen, bunten und solidarischen Gesellschaft. Die Ausstellung bietet die Gelegenheit, sich mit dieser Thematik näher auseinander zu setzen und mehr über die Motive der Menschen zu erfahren. Sie erhalten umfangreiche Antworten auf Fragen wie „Wer ist der Ritter der Tafelrunde?“ „Wen küsst die Muse“ oder „Wer schmeißt ‘ne Runde?“. So lauteten die „Slogans“ der erfolgreichen, extra für die Ausstellung konzipierten Postkartenaktion. Sie erfahren mehr über die Institutionen, in denen die Portraitierten tätig sind. Auf ihren Texttafeln stellen sie sich beispielhaft für ein breites Spektrum an Organisationsformen und Tätigkeitsfeldern vor. Nicht zuletzt erhalten Sie genaue Einblicke in die Arbeit der FreiwilligenAgentur Dortmund, einer Einrichtung des „Vereins zur Förderung der freiwilligen Tätigkeit in Dortmund e.V.“ Die Agentur berät interessierte Bürger im Ladenlokal in der Berswordthalle ausführlich zum Thema „freiwilliges Engagement“ und ist Anlaufstelle für Organisationen, die an einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit Freiwilligen interessiert sind. Die Ausstellung besteht aus 21 Tafeln im Format DIN A1. Es handelt sich um professionell gestaltete, farbige Fotodrucke, die auf stabile Tafeln aufgezogen sind. Je zwei Tafeln sind in einem thematischen Verbund konzipiert. Die Ausstellung ist selbsterklärend konzipiert: Die Texte sind informativ und leicht verständlich; die Portrattaafeln mit pfiffigen Slogans gewürzt.

Vorgestellte Organisationen sind:

PROKultur, AWO- Werkstätten, Kana-Suppenküche, Dortmunder Tafel, Jugendförderkreis Dortmund, Jugendfreizeitstätte Do-Derne, Klinikum Dortmund.



Kontakt

FreiwilligenAgentur Dortmund
Südwall 2 - 4
44122 Dortmund
Telefon: 0231 - 50-10600
E-Mail: freiwilligenagentur@dortmund.de
www.freiwilligenagenturdortmund.de



Informationszentrum 3. Welt Dortmund / Weltgruppen-Koordination

Das Informationszentrum Dritte Welt e. V. wurde im Jahre 1971 gegründet und ist damit eines der ältesten entwicklungspolitischen Zentren der Bundesrepublik. Aus der Zusammenarbeit mit Weltläden und Weltgruppen entstand der Wunsch nach einer gemeinsamen Plattform für Informationsaustausch und gebündelte Aktivitäten. So wurde daraus im Jahre 1995 die Dortmunder Weltladen-Koordination. Das Informationszentrum Dritte Welt e. V. und die Gruppenberaterin für den Fairen Handel luden Dortmunder Weltläden und Verkaufgruppen zu einem Treffen ein. VertreterInnen von 18 Gruppen kamen, die meisten von ihnen aus katholischen oder evangelischen Kirchengemeinden. Sie begrüßten das Angebot eines regelmäßigen Austausches im Informationszentrum und gründeten die Dortmunder Weltladenkoordination, die sich seither alle 6 Wochen im Informationszentrum trifft.

Die Weltläden beschäftigten sich aber nicht nur mit den Aspekten des fairen Handels: 1997 benannte sich die Weltladenkoordination in Weltgruppenkoordination um, weil sie auch Gruppen integrieren wollte, die ihre Aufgabe allein im Bereich der Bildungsarbeit sahen.

Dass sich die Eine-Welt-Arbeit im Verkauf nicht erschöpft, war eines der Grundprinzipien der Arbeit der Koordination: Die Gruppen beteiligten sich an Kampagnen des Fairen Handels, aber auch an anderen überregionalen Kampagnen wie der Kampagne zur Sauberen Kleidung oder der Entschuldungskampagne, sie kritisierten den Export von Altkleidern nach Afrika (wo sie die traditionelle Textilindustrie zerstören) und diskutierten mit der Stadt Dortmund über die Verteilung der Gelder für Eine-Welt-Arbeit aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Dennoch blieb der Faire Handel immer der eigentliche Schwerpunkt der Koordination. Zu diesem Thema werden regelmäßig Informationen ausgetauscht und interne Fortbildungen veranstaltet. Auch die Politik der Importorganisationen des Fairen Handels wird kritisch begleitet.

Im Jahre 2004 ging ein langjähriger Wunsch der Dortmunder Weltläden in Erfüllung: zum Europäischen Weltladentag wurde gemeinsam mit vielen Partnern des Aktionsbündnisses „Hauptstadt handelt fair“ in der Dortmunder Innenstadt ein

großer Markt der Möglichkeiten durchgeführt. Ministerin Bärbel Höhn nahm sich Zeit für einen Rundgang. Ein weiterer Höhepunkt war der Agenda-Kongreß im September 2004, in dessen inhaltliche Vorbereitung und Durchführung die Dortmunder Weltgruppen-Koordination von Anfang an mit einbezogen war.

Kontakt:

Günter Schulz
Dortmunder Weltgruppen-
Koordination/Informationszentrum Dritte Welt e. V.
Dortmund
Schürener Str. 85
44269 Dortmund
Tel. (0231) 28 66 20 - 63
Fax (0231) 28 66 20 - 70
E-Mail: info@iz3wdo.de
www.iz3wdo.de
www.hauptstadt-handelt.de

Nachhaltigkeit ist unser Thema!

Etwa 120 Kommunen, Organisationen, Vereine und Verbände haben sich in der LAG 21 zusammengeschlossen. Das breite Spektrum von Mitgliedern umfasst Kommunen und Kreise, Gewerkschaften und Kirchen bis hin zu zivilgesellschaftlich engagierten Ehrenamtlichen. Wir vertreten als Netzwerk die Basis der Agendaprozesse vor Ort. Dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wollen wir sozial, ökologisch und ökonomisch gerechte Prozesse einleiten. „Global denken – Lokal Handeln“ umschreibt unser Ziel, zukunftsfähige Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen zu hinterlassen. Die LAG 21 hat zum Ziel, die Koordination der lokalen Agenda 21 Kommunen in NRW organisatorisch und inhaltlich zu unterstützen. Auf Grund unserer Basisnähe zu den ehrenamtlichen Akteuren der Prozesse sind wir eine landesweite Aktionsplattform und Interessenvertretung der Lokalen Agenda 21-Arbeit. Wir fördern den Gedanken- und Erfahrungsaustausch unter den Agendastädten, Mitgliedern und Interessenten der Landesarbeitsgemeinschaft. Informieren Sie sich über die Arbeit der LAG 21 NRW auf der Homepage www.lag21.de. Wir wollen neue Impulse für eine wünschens- und lebenswerte Zukunft geben.



Kontakt

LAG 21 NRW e.V.
Berliner Platz 12
58638 Iserlohn
Tel: 02371-352153
Fax: 02371-352156
E-Mail: info@lag21.de
www.lag21.de

Halbseite.de – Die Schlaganfall-Selbsthilfegruppe im Dortmunder Süden

Hoffentlich trifft es mich nie!

Einen Schlaganfall zu erleiden bedeutet eine gravierende „schlagartige“ Veränderung des ganzen Lebens für Betroffene und Angehörige.

Wir als Teilnehmer der Selbsthilfegruppe erleben es als hilfreich, unsere Erfahrungen und Erlebnisse mit den in gleicher Weise betroffenen Menschen auszutauschen. Krankheit bedeutet immer Angst. Um aber eine Krankheit und ihre Folgen besser verstehen zu können, ist ein Austausch darüber notwendig. Erst das gesprochene Wort nimmt möglicherweise die Angst vor ihrer Bedrohlichkeit. Wir möchten Ihnen und uns gegenseitig Mut machen uns darin zu bestärken, Anzeichen wahrzunehmen und zu handeln. Denn nur durch AUFKLÄRUNG besteht die Chance auf Besserung.

Als Betroffene wissen wir durch Erfahrung, dass es immer weitergeht. Das haben auch unsere bewegenden Lebensgeschichten gezeigt.

Seit 2004 existiert die Dortmunder Schlaganfall-Selbsthilfegruppe Dortmund Hörde als zweite Gruppe in Dortmund.

Die Gründungsidee geht auf Herrn Dr. Hans-Otto Lincke von der Schlaganfall-Hilfe Dortmund e.V. sowie Herrn Hans-Jürgen Wille von der AOK Die Gesundheitskasse Regionaldirektion Bochum, Dortmund, Herne, zurück, die Interessierte zur ersten Sitzung am 21. Januar 2004 ins Hüttenhospital in Dortmund Hörde eingeladen haben.



Kontakt:

Brigitte Jülich
Kolmarer Str. 8
44137 Dortmund
Tel: 0231 / 12 55 76
E-Mail: brigitte.juelich@halbseite.de



Seniorenbeirat der Stadt Dortmund

Der Seniorenbeirat der Stadt Dortmund ist die demokratisch legitimierte Vertretung älterer Menschen in Dortmund. Seine Aufgabe ist es, an der seniorengerechten Gestaltung der Stadt mitzuwirken und die Interessen der älteren Generation wahrzunehmen und zu vertreten.

Er wurde gewählt von den über 60jährigen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Er besteht aus 27 Mitgliedern und verteilt sich auf die zwölf Stadtbezirke.

Der Seniorenbeirat

- vertritt die Belange der älteren Menschen in Dortmund und nimmt ihre Anregungen und Wünsche entgegen,
- ist Ansprechpartner für den Rat und die Verwaltung, die Bezirksvertretungen und die Wohlfahrtsverbände,
- wirkt in den Fachausschüssen des Rates und den Bezirksvertretungen aktiv mit, insbesondere bei Planungen und Maßnahmen, die ältere Bürgerinnen und Bürger betreffen,
- informiert und berät ältere Menschen.

Der Seniorenbeirat versteht Seniorenpolitik als eine Querschnittsaufgabe mit vielen Handlungsfeldern entsprechend der vielfältigen Interessen und Bedürfnisse der älteren Generation. Alle Aspekte der Altenhilfe gehören ebenso dazu wie Wohnungspolitik, Stadtentwicklung und Verkehr, Kultur und Bildungspolitik sowie Fragen der Sicherheit.

In vier Arbeitskreisen

- Pflege im Alter
- Wohnen und Leben im Alter
- Freizeit, Kultur, Sport im Alter und
- Öffentlichkeitsarbeit

wird dieses umfangreiche Arbeitsprogramm mit Leben erfüllt und bietet somit eine Grundlage für eine wirkungsvolle Vertretung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Kontakt

Seniorenbeirat Geschäftsstelle
Gerda Strohmann
Stadthaus, Zimmer A 401
Südwall 2-4
44135 Dortmund
seniorenbeirat@dortmund.de
www.dortmund.de/seniorenbeirat



Solarplus GmbH

Die solarplus GmbH bietet als Besonderheit unter den regionalen Anbietern Solaranlagen zum Kauf an, die auf großen, gepachteten Dächern betrieben werden. Großanlagen werden in kleinere Solaranlagen mit einer Nennleistung von 6kWp aufgeteilt und an InteressentInnen verkauft. Diese betreiben die Anlagen dann auf dem von der solarplus GmbH unterverpachteten Dach für mindestens 20 Jahre. Diese Vorgehensweise ermöglicht den Bau einer kleinen Anlage zum günstigen Systempreis einer großen Anlage. Gemeinsam mit der gesetzlich gesicherten Abnahme und Vergütung der produzierten Solarstrommenge sichert dies allen Menschen, die aktiv am Umbau der Energieerzeugung sogar auf regionaler Ebene teilnehmen möchten, eine wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeit.

Im Bau von großen Solaranlagen auf Flachdächern für InvestorInnengruppen hat die solarplus GmbH gute Erfahrung. Bereits 2005 errichtete die solarplus GmbH das erste Dortmunder Solarkraftwerk mit BürgerInnenbeteiligung auf dem Schulzentrum Dortmund Hörde. Die hierzu gegründete Kommanditgesellschaft besteht aus einer Gruppe von InvestorInnen, die unter der Geschäftsführung der solarplus GmbH gemeinsam diese Anlage mit ihrem Geld ermöglicht haben. Die als ethisch-ökologische Kapitalanlage verkauften Anteile sollen sich natürlich auch rechnen. Daher berechnet die solarplus GmbH die Solarerträge sehr konservativ, um auf der sicheren Seite zu sein.

Umso größer ist die Freude, wenn dieses Solarkraftwerk von 60 kWp Leistung, wie im ersten Betriebsjahr geschehen, alle Erwartungen übertrifft. Schon von 2005 auf 2006 lag der Ertrag um 12% über den Prognosewerten. Der Umwelt bleiben während der Laufzeit 600 Tonnen des Klimagases CO₂ erspart. Außerdem werden mit dieser Anlage mehr als 1 Mio. kWh Strom ohne Verbrauch wertvoller Ressourcen und völlig schadstofffrei erzeugt.

Die solarplus GmbH engagiert sich für eine nachhaltige Entwicklung in der Region Dortmund und projiziert erfolgreich Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Ziel ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien in der Region Dortmund deutlich zu erhöhen.

Die solarplus GmbH hat im Wesentlichen vier Geschäftsfelder. Zum einen ist sie geschäftsführende Komplementärin des oben erwähnten Solarkraftwerks. Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Planung, der Bau und der Betrieb von eigenen Solarkraftwerken. Der Verkauf von schlüsselfertigen Solaranlagen auf angemieteten Dächern ist drittes Geschäftsfeld. Als Viertes ist die Projektierung von Großanlagen im Auftrag von Investoren vorgesehen.

Die solarplus GmbH wurde im Jahr 2004 in Dortmund gegründet und hat drei Gesellschafter: Dipl.-Ing. Ulrich Adolphi, Ansgar Bek und Dipl.-Ing. Stefan Schlepütz. Zur Durchführung konkreter Projekte mit Bürgerbeteiligung gründet die solarplus GmbH Tochtergesellschaften wie z. B. die solarplus GmbH & Co. KG Schulzentrum Hörde.

Kontakt:

Solarplus GmbH
Zaunkönigweg 7
44225 Dortmund
Tel: 0231 / 72 54 83 90
Fax: 0231 / 72 54 83 91
E-Mail: info@solarplus-dortmund.de
www.sonnenfonds-dortmund.de

Sportjugend Dortmund – Ehrenamt im Sport

Die Sportjugend ist die eigenständige Jugendorganisation des StadtSportBundes Dortmund e.V. Mit schätzungsweise 45.000 Kinder und Jugendliche, bis einschließlich 21 Jahren, die das Sport- und Bewegungsangebot in den angeschlossenen Mitgliedsvereinen und –verbänden nutzen, sind wir der größte Jugendverband in Dortmund.

Wir sind die Interessenvertretung der sporttreibenden Kinder und Jugendlichen in Dortmund und setzen uns insbesondere für die Mitbestimmung, Mitverantwortung und Beteiligung der Kinder und Jugendlichen am Sportvereinsleben ein.

Ohne ehrenamtliche und freiwillige MitarbeiterInnen können Sportvereine und –verbände nicht existieren und ein so breitgefächertes und günstiges Freizeitangebot, wie es unsere Sportvereine bieten, wäre überhaupt nicht möglich.

Unsere Ausstellung „Ehrenamt im Sport“ soll einen Überblick über ehrenamtliches/freiwilliges Engagement insbesondere im Sport geben und die Vielfaltigkeit von ehrenamtlich/freiwilliger Tätigkeit aufzeigen. Dazu wurden zum einen Aussagen verschiedenster Personengruppen zum Thema Ehrenamt und Sport und zum anderen interessante Informationen zum Thema, die aus unseren Qualifizierungen stammen bzw. im Internet recherchiert wurden, zusammengestellt.

Für die Aussagen wurden Vertreter aus Sport, Politik, Verwaltung und großen Unternehmen und angeschrieben mit der Bitte sich kurz zu drei Bereichen zu äußern:

- Ehrenamt bedeutet für mich ...
- Mit einem Sportverein verbinde ich ...
- Ehrenamtlich tätige Personen sind für mich ...

Wir erhielten viele interessante Rückmeldungen, die alleine schon drei großen Bilderrahmen füllten.

Weitere Inhalte der Ausstellung sind

- Zahlen, Daten, Fakten zum Thema ehrenamtliches Engagement
 - für Deutschland (Auszüge aus dem Freiwilligensurvey 2004)
 - für Dortmund

- Anforderungen an einen Übungsleiter als Beispiel für einen Ehrenamtler
- Ehrenamtler in Action
- Ehrenamts-ABC

Bei der Recherche wurde uns schnell klar, dass dieses Thema äußert vielfältig ist und unsere Ausstellung nur einen kleinen Einblick gewähren kann. Wir überlegen daher, die Ausstellung im kommenden Jahr zu ergänzen.



Kontakt:

Regina Büchle
Sportjugend Dortmund
Tel: 0231 / 50 111 08
Fax: 0231 / 50 111 10
E-Mail: sportjugend@ssb-do.de

40 Jahre erfolgreiche Arbeit Kinderhilfswerk terre des hommes

Naturkatastrophen, Kriege oder kriegsartige Auseinandersetzungen hinterlassen noch Jahre später entsetzliche Spuren. Vor allem die Ärmsten der Armen und ihre Kinder sind davon betroffen. Neben der Wiederherstellung gesellschaftlicher Strukturen müssen Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser eingerichtet werden. Waisenkindern, Landminenopfern, Kindersoldaten, jungen Prostituierten oder Familien, die alles verloren haben, muss geholfen werden.

„Viel erreicht - Viel zu tun“ ist das Geburtstagsmotto zu 40 Jahre terre des hommes in 2007.

Allein oder mit anderen Organisationen hat terre des hommes erreicht, dass die Produktion tödlicher Landminen weltweit geächtet wurde, der Missbrauch von Kindern durch Deutsche im Ausland vor deutschen Gerichten verfolgt werden kann, das Phänomen des weltweiten Kinderhandels nicht länger unbeachtet bleibt und Verbraucher nach fair gehandelten Produkten fragen.



Die terre des hommes Arbeitsgruppe Dortmund, die im Jahre 2007 schon 35 Jahre ehrenamtlich in Dortmund tätig ist, unterstützt mit verschiedenen Aktionen und Gruppen die Arbeit von terre des hommes.

So sammelte z. B. der Turnverein Asseln anlässlich seines 20jährigen Bestehens eifrig Spenden für die Aids-waisen in Afrika. Beim Projekttag im Reinoldus- und Schiller – Gymnasium beschäftigten sich vier 6. Klassen mit dem Thema Kinderarbeit und Straßenkinder. Mit Begeisterung beteiligten sich die Schüler und Schülerinnen: Sie malten, erarbeiteten Wünsche, die die Kinder hier und in ärmeren Ländern haben,



erstellten einen Straßenkinderrap und führten ein Theaterstück auf. Das Theaterstück und der Straßenkinderrap wurden dann einem größeren Publikum vor der Reinoldikirche vorgestellt. Ende Mai besuchten Vertreter unserer Projektpartner aus Thailand, Kolumbien, Zimbabwe und Indien unsere Dortmunder Arbeitsgruppe. Alle drei Jahre findet in Deutschland eine terre des hommes Delegiertenkonferenz mit Projektpartnern statt. Die anwesenden Projektpartner haben dort ein Mitspracherecht z. B. über Schwerpunktthemen und Vergabe der Gelder. Sie nutzen dann die Zeit, um über ihre Arbeit und ihre Projekte, die terre des hommes finanziert, aus erster Hand zu berichten. Interessiert waren sie an unserer Motivation der Hilfe für Ihre Länder. Es war eine beeindruckende Begegnung.

Bei unserer jährlichen Benefizveranstaltung in der DASA tritt diesmal der Chor „Confido“ mit dem „Brahms Requiem“ auf. Solisten und der Chor verzichten auf ein Honorar. Der Erlös der Veranstaltung geht an die „Werkstattschulen in Kolumbien“, die wir im 3. Jahr unterstützen.

Nicht zuletzt veranstalten wir seit 1994 Jahr für Jahr die „Dortmunder Fahrradbörse“, bei der insgesamt schon mehrere Tausend Fahrräder die Besitzer gewechselt haben und deren Erlös tdh-Projekten zugute kommt.

Kontakt

terre des hommes Arbeitsgruppe Dortmund
Christel Pechtl
Tel.: 0231 - 731744
E-Mail: christel.pechtel@freenet.de
www.tdh-nrw.de

UNICEF-Arbeitsgruppe Dortmund

Die Arbeitsgruppe von UNICEF in Dortmund besteht bereits seit 1962. Wir versuchen den Dortmunderinnen und Dortmundern die Ziele von UNICEF und seine Hilfsprogramme bekannter zu machen und ihre Unterstützung für unsere Projekte zu gewinnen.

UNICEF wurde 1946 gegründet und steht für „United Nations International Children’s Emergency Fund“. UNICEF ist das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und versucht, überall dort auf der Welt, wo Kinder leiden, als politisch und konfessionell unabhängige internationale Organisation, Hilfe zu leisten. Heute liegt der Schwerpunkt der Arbeit darin, die Lebensbedingungen von Kindern in Entwicklungsländern und in Osteuropa zu verbessern. Aber UNICEF ist auch in der Nothilfe aktiv, d.h. UNICEF leistet bei Kriegen und Katastrophen Soforthilfe.

Nach wie vor liegt ein Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Grußkartenverkauf und dem Sammeln von Spenden. So war UNICEF-Dortmund auch in diesem Jahr mit einem Stand auf dem Dortmunder Herbst vertreten und sie finden uns auch wie jedes Jahr mit einem Stand auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt. Darüber hinaus ist es uns gelungen viele Verkaufsstellen (z. B. Apotheken, Buchhandlungen, etc.) zu gewinnen, in denen zeitweise oder auch ganzjährig UNICEF-Grußkarten gekauft werden können. Eine solche Zusammenarbeit freut uns sehr und macht deutlich, dass wir mit unserer Arbeit und unserem Engagement auf dem richtigen Weg sind. Denn mit dem Erlös aus dem Grußkartenverkauf kann vielen Kindern geholfen werden.

Aber UNICEF macht noch mehr. Einen besonderen Stellenwert hat für unser Team seit einigen Jahren der Welt-Kinder-Tag am 20. September, den feiern wir jedes Jahr mit Dortmunder Grundschulern. Dortmunder Schülerinnen und Schüler sind uns ein besonderes Anliegen. Denn Kinder haben oft großartigen Ideen, wie sie anderen Kindern helfen können. Wir versuchen dabei Kinder und Jugendliche über die Situation Gleichaltriger in der Dritten Welt zu informieren und ihnen bei der Umsetzung ihrer Ideen zu helfen. UNICEF veranstaltet mit den Schülerinnen und Schülern Sponsorenläufe und manche Schulen spenden Geld, das sie auf Schulfesten oder Elternsprechtagen gesammelt haben für UNICEF-Projekte. Wir haben die technischen Mittel und das Material Aufklärungsarbeit in Schulen zu leisten und so die Kinder früh für ihre Mitmenschen zu sensibilisieren. Leider fehlen uns noch viele ehrenamtliche

Helfer, die sich eine solche Tätigkeit zutrauen und auch die nötige Zeit mitbringen, um uns bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Stolz sind wir aber darauf, dass es uns gelungen ist, unsere Geschäftsstelle in der Märkischen Straße 158 Montags bis Freitags von 9 bis 12 Uhr und Donnerstags noch zusätzlich von 15 bis 18 Uhr zu besetzen. Außerdem freut sich die UNICEF-AG in Dortmund darüber, dass seit Mitte 2005 auch ein Jugend- und Hochschulgruppe zu ihrem Team gehört.



Kontakt

Märkische Straße 159
44141 Dortmund
Telefon: 0231 - 411412
Telefax: 0231 - 410022
E-Mail: info@dortmund.unicef.de
www.dortmund.unicef.de



Verein für internationale Freundschaften

Der Verein für internationale Freundschaften e.V. entstand 1987 in der Innenstadt-Nord, dem Stadtteil mit der höchsten Ausländerquote in Dortmund (44%). Er ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Sein Ziel ist es, solidarisches Zusammenleben im Stadtteil und wechselseitige Integration aller Wohnbürger/innen zu fördern, auftretende Probleme aufzugreifen, unterschiedliche Interessenvertreter an einen Tisch zu bekommen und zu gewaltloser Konfliktlösung beizutragen.

Arbeitsschwerpunkte zu Migrationsfragen:

- Aktivitäten gegen Diskriminierung und Rassismus
- Politische Bildung
- Kulturelle Aktivitäten
- Soziale Arbeit

Folgende Gruppen werden vor allem in die Arbeit einbezogen:

- Ältere Migrant/inn/en
- Migrant/inn/en mit Kindern und Enkelkindern
- Langzeitarbeitslose Migrant/inn/en

Grundlage der Arbeit sind: Praxisnähe, Internationalität und Stärkung der Selbsthilfekräfte. Vorstand und Adressaten der Arbeit kommen aus vielen unterschiedlichen Ländern. Seit 1993 betreibt der Verein in der Flurstraße eine Altenbegegnungsstätte, um Senior/inn/en unterschiedlicher Herkunft eine Kommunikationsmöglichkeit zu bieten. Die Tagesstätte lebt vom Engagement der Altengruppe selbst.

Mit der Internationalen Altenbegegnungsstätte wurde eine Einrichtung der Altenhilfe geschaffen, die den Erwartungen und Wünschen von älteren Migrant/inn/en entspricht. Unter dem Motto „Praxisnah, international, Selbsthilfekräfte stärkend“ bietet der Verein dieser Personengruppe die erste und bis heute einzige Chance, Deutsch nicht zu verlieren, den Kontakt zur „deutschen“ Außenwelt nicht zu verlieren, Informationen zu bekommen und auszutauschen, Kontakte zu knüpfen sowie sich mit eigenen Ideen und anderen Kulturwerten bei Einrichtungen der Altenhilfe einzubringen.



Ziele des Projektes:

- Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Senior/inn/en sowie in Familie und Nachbarschaft
- Förderung der Selbstständigkeit und selbstbestimmten Lebens im Alter
- Unterstützung der Teilhabe am öffentlichen Leben im Alter durch Vermittlung von Informationen und Sprachförderung

Die Förderung der Robert-Bosch-Stiftung hat von Januar 2004 bis August 2006 eine Vortragsreihe „Gesundheit für ältere Migrant/inn/en und Deutsche“ ermöglicht. Diese war Grundlage für die Erarbeitung von Informationsmaterialien in fünf Sprachen (Deutsch, Italienisch, Russisch, Spanisch, Türkisch) zu folgenden Themen: Gesundheitsreform von A bis Z, Gesunde Ernährung im Alter, Soziale Sicherung im Alter, Dortmunder Ärztinnen und Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen, Grundsicherung, Ambulante Pflege, Pflegeversicherung, Zahnersatz, Altenhilfe, Hospiz. Die Texte und der Abschlussbericht können auf der Webseite www.vif-do.de im pdf-Format heruntergeladen werden. Außerdem sind die Texte jeweils in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Kontakt

Verein für internationale Freundschaften
Westhoffstr. 8-12
44145 Dortmund
Tel.: 0231 - 95989754
E-Mail: vif-do@web.de
www.vif-do.de

GENO - Weltgruppe Aplerbeck – Millenniums-Partnerschaft

Seit 1995 besteht die Partnerschaft zwischen der Weltgruppe der Ev. Kirchengemeinde Aplerbeck und der GENO-Gruppe in Bondo, Kenya. Der Name GENO bedeutet auf LUO, der Sprache der Menschen an der Küste des Victoriasees, Hoffnung.

GENO hat mit unserer Unterstützung in Bondo, einer Kreisstadt in dieser Region, ein Begegnungs- und Bildungszentrum errichtet. Dort finden regelmäßig Workshops zur Aidsprophylaxe statt. Die AIDS-Epidemie verursacht in Ostafrika nicht nur viel menschliches Leid, sondern inzwischen auch großen volkswirtschaftlichen Schaden, weil hauptsächlich der arbeitsfähige Teil der Bevölkerung betroffen ist. Im District Bondo liegt die HIV-Infektionsrate aktuell bei 28%. Zielgruppen dieser Workshops sind vor allem Schüler/innen und Lehrer/innen, aber auch Witwen, Geistliche, sowie Vertreter anderer gesellschaftlich relevanter Gruppen.

Weiterer Schwerpunkt der Arbeit von GENO ist die Bekämpfung der Armut.

Von Anfang an stehen wir als Weltgruppe mit GENO in partnerschaftlichem Dialog und es findet ein reger Informationsaustausch statt. Gemeinsam mit GENO möchten wir einen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Ziele, insbesondere der Teilziele 1 und 6 (Armutsbekämpfung und AIDS-Prophylaxe) leisten.

Unseren Anteil an dieser Arbeit sehen wir dabei vor allem in der Information der Menschen hier, sowie in der finanziellen Unterstützung der Partner in Bondo. Dies geschieht durch den Verkauf in unserem Weltladen und durch unsere Art des Fundraisings: das „Bistro Karibu“.

Hierbei können ca. 45 Gäste exotische Gerichte in gemütlicher Atmosphäre bei Kerzenschein und Weltmusik genießen. Das Kochen und die Bedienung übernehmen Mitglieder der Weltgruppe.

Selbstverständlich werden für die Zubereitung der Speisen und Getränke soweit es geht fair gehandelte Produkte aus dem Weltladen verwendet. Mit Blick auf die „Agenda 21“ nehmen wir von Anfang an ausschließlich Neuland-Fleisch (aus artgerechter Tierhaltung).

Mit unserem Stand auf dem Agenda-Kongreß 2006 wollten wir über die Arbeit von GENO informieren. Darüber hinaus sind wir natürlich auf der Suche nach weiteren Kooperationspartnern.



Kontakt

Allmut Vierling
Weltladenladen Aplerbeck
Schweizer Allee 3
44287 Dortmund
Tel.: (0231) 44 34 96
Fax: (0231) 44 32 75
allmut.vierling@weltladen-aplerbeck.de

Teilnehmerliste
4. Dortmunder Agenda-Kongress
„Zivilgesellschaft – Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“
am 23. September 2006, Rathaus Dortmund, Friedensplatz 1

Name	Vorname	Institution	Stadt
Adolphi	Ulrich	Solarplus	Dortmund
Adomeit	Christiane	CDU	Dortmund
Baumann	Andreas	Agentur für Bürgerengagement Dortmund	Dortmund
Betz	Karsten	Moderation	Dortmund
Böcker	Friedhelm	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Bömer	Brigitte	Agenda 21-Netzwerk Dortmund	Dortmund
Böttner	Waltraut	eh. Sozialhelferin	Dortmund
Dietl	Michael	Attac	Dortmund
Doering	Ingo		Dortmund
Dwors	Vera	Fair Play Fair Life	Herne
Ferber	Cornelia	FABIDO	Dortmund
Fischer	Hannes	Rat der Stadt Dortmund	Dortmund
Fischer	Martin		Dortmund
Fischer	Klara	Verein für internationale Freundschaft	Dortmund
Freudenau	Henrik	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung	Dortmund
Gasser	Sarah	LAG 21	Dortmund
Geng	Marianne	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Gerd	Ruppert	AGARD-Naturschutzhaus	Dortmund
Gernhardt	Oliver	Jugendamt - Fachbereich Kinder- und Jugendförderung	Dortmund
Dr. Gierden-Jülich	Marion	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	Düsseldorf
Glöckner-Rohm	Günter	Gesamtschule Scharnhorst	Dortmund
Göbel-Wiemers	Roswitha	REL	Dortmund
Goerke	Ute	Journalistin	Dortmund
Gräf	Michael	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	Bonn
Greger	Annette	Kontaktstelle ev. Jugend	Lünen
Hackenfort	Rosemarie	Stadtische Seniorenbegegnung	Dortmund
Hautkappe	Gisela	AWO WW Finanzen	Dortmund
Dr. Hennies	Kerstin	Agenda-Verein Dortmund	Dortmund
Höher	Hildegard	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Hunschock	Regina	Inuitgroup Agentur für Fundraising u. Organisationsentwicklung	Recklinghausen
Ince	Hüseyin Ümit	Dipl. Ing. Architekt	Dortmund
Jänsch	Helga	Agenda-Büro Dortmund	Dortmund
Jordan	Mariemma		Dortmund
Jost	Heidi		Dortmund
Jülich	Brigitte	Schlaganfall Selbsthilfegruppe Dortmund-Hörde	Dortmund
Kaleck	Georg	AGARD-Naturschutzhaus	Dortmund
Kaleck	Ilse	AGARD-Naturschutzhaus	Dortmund
Kamisli	Hadi	Verein für internationale Freundschaft	Dortmund
Kamisli	Fatma	Verein für internationale Freundschaft	Dortmund
Klausmann	Wilfried	LAG 21	Neuss
Klein	Ansgar	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	Berlin
Klepke	Christian	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10a)	Dortmund
Kliese	Hilke	Deutscher Hausfrauen-Bund	Dortmund
Klingner	Philipp	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10a)	Dortmund
Knorr	Lukas	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10a)	Dortmund
Dr. Knust-Potter	Evemarie	Fachhochschule Dortmund	Dortmund
Kontas	Alisha	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10c)	Dortmund

Köstens	Nicola	Agenda-Büro Dortmund	Dortmund
Krebs	Christian	FreiwilligenAgentur Dortmund	Dortmund
Küpper	Ulrich	Förderverein Begegnungszentrum Deusen	Dortmund
Lehmeier	Anne	Stiftung Freudenberg	Weinheim
Leve	Verena	Forschungsgesellschaft Gerontologie e.V.	Dortmund
Löchle	Christoph	Agenda-Büro Dortmund	Dortmund
Maute	Vanessa	UNICEF-Dortmund	Dortmund
May	Dirk	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
May	Dirk	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Mellwig	Reinhard	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Mellwig	N.N.	Begleitung von Herrn Melwig	Dortmund
Musiolik	Jörg	Amt für Statistik und Wahlen Dortmund	Dortmund
Neumann	Jutta	Sportjugend Dortmund	Dortmund
Neumann	Jürgen	Bauabteilung, StA 37 / 3-4	Dortmund
Nötzold	Wolfgang	Zwischen Arbeit und Ruhestand (ZWAR)	Dortmund
Obst	Ilka		Dortmund
Ohlenholz	Udo	Sozialamt, StA 50/5	Dortmund
Olbermann	Elke	Forschungsgesellschaft Gerontologie e.V.	Dortmund
Oshevska	Sofia	Verein für internationale Freundschaft	Dortmund
Otten	Sebastian	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10a)	Dortmund
Dr. Otterbein	Hans-Dieter	AGARD-Naturschutzhaus	Dortmund
Paust	Andreas	SPD-Ratsfraktion	Dortmund
Pechtl	Christel	terre des hommes	Dortmund
Peppel	Andreas	Stiftung des Einzelhandels	Dortmund
Pieper	Eva-Maria	Hauptschule Husen	Dortmund
Pier	Julian	Robert-Koch-Realschule (Klasse 10a)	Dortmund
Dr. Reinert	Adrian	Vorstandsmitglied der BAGFA	Berlin
Rohde	Michael	Moderation	Dortmund
Roters	Andreas	Städte-Netzwerk NRW	Unna
Rüter	Anke	Universität Dortmund	Dortmund
Rüttgers	Martin	Politikberatung und Forschung	Köln
Salehinia	Djafar		Dortmund
Sander	Maria	Übersetzerin	Dortmund
Sass	Erich	Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/ Universität Dortmund	Dortmund
Schellbach	Frau	Robert-Koch-Realschule	Dortmund
Scholz	Tobias	Agenda-Verein Dortmund	Dortmund
Schröder	Theo	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Schultz	Günter	Informationszentrum 3. Welt	Dortmund
Schwarze	Ernst-Wilhelm	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Seidel	Werner		Dortmund
Sierau	Ullrich	Stadtdirektor der Stadt Dortmund	Dortmund
Sinn	Ingolf	Moderation	Dortmund
Sorge	Peter	Förderverein Begegnungszentrum Deusen	Dortmund
Stankewitz	Manfred	Dezernatsbüro Pogadl Stadt Dortmund	Dortmund
Stratmann	Jutta	Projektmanagement Seniorenpolitik NRW	Dortmund
Strohmam	Gerda	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Dortmund
Thesing	Hans	Kontaktbörse für Ehrenamtliche, Kreis Borken	Borken
Tran	TuTai	Agenda-Büro Dortmund	Dortmund
Vierling	Jens	Weltladen Aplerbeck	Dortmund
Vogel	Beate	Agenda-Verein Dortmund	Dortmund

Weber	Beate	Oberbürgermeisterin Heidelberg	Heidelberg
Weise	Christian	ZWAR e.V.	Dortmund
Wells	Sarah	Fair Trade City Leeds	Leeds (UK)
Wilfahrt	Elisabeth	Stadt Lüdenscheid Gleichstellungsbeauftragte	Lüdenscheid
Willeke	Gernot	Moderation	Dortmund

Dortmund lernt von Heidelberg

Bürger-Engagement war Thema auf Kongress



Beate Weber und Ullrich Sierau.
Foto: WAZ, Jörg Schimmel

Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement muss umworben, gefördert und belohnt werden. Das war eines der Ergebnisse des vierten Agenda-Kongresses, der am Samstag im Rathaus stattfand. Planungsdezernent Ullrich Sierau leitete den Kongress, an dem Dortmunder Projekten wie die Freiwilligenagentur teilnahmen. Fachvorträge hielten die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber, der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Adrian Reinert, und Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Familienministerium.

„Es hat sich gelohnt“, sagt Ullrich Sierau am frühen Nachmittag nach den Vorträgen, an die sich Workshops

„Frauen kennen sich im Stadtteil häufig besser aus“

anschlössen. Sierau: „Wir haben Hintergründe erfahren und zusätzliche Impulse bekommen.“ Zum Beispiel von Weber, die schilderte, wie Heidelberg mit Menschen umgeht, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen. Hinter dem Begriff verbergen sich unter anderem verschiedene Arten der Freiwilligenarbeit oder der Mitarbeit in städtischen Planungsgremien: „Wir müssen gezielter auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugehen“, lernte Sierau von Weber. Etwa auf Frauen, die sich in ihrem Stadtteil häufig besser auskennen als Männer, die tagsüber pendeln. Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement bringe zwar auch „Entlastungen im Haushalt“, dürften aber nicht nur aus diesem Grund gefördert werden. **tlm**

WAZ, 25. September 2006

„Kein Lückenbüßer“

Agenda-Kongress diskutierte über die Zukunft ehrenamtlicher Arbeit

Mit der „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ hatte der vierte Dortmunder Agenda-Kongress am Samstag ein vielseitiges Thema.

Experten, Aktive und Interessierte kamen auf Einladung des Agenda-Büros im Rathaus zusammen, um über Zustand und Möglichkeiten von Ehrenamt und Bürgerbeteiligung zu diskutieren.

Den Vormittag gestalteten Experten mit Referaten. Zum Auftakt präsentierte Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, die bestehenden Engagementförderungen durch das Land. In der anschließenden Diskussion mit den Zuhörern wurden vor allem kritische Töne zu gekürzten Landesmitteln laut.

Der Vortrag von Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg, stellte die aktive Bürgerbeteiligung an Planungen der Stadtverwaltung in den Mittelpunkt. Weber schilderte dazu beispielhafte Entwicklungen in Hei-



Christian Krebs (l.) und Ralf Herbrich präsentierten den Stand der Freiwilligen Agentur Dortmund am Samstag beim Agenda-Kongress im Rathaus.
RM Foto Fotynewicz

delberg. Auch sie schnitt das Thema der knappen öffentlichen Finanzen indirekt an. „Wichtig ist, dass bürgerschaftliches Engagement kein Lückenbüßer sein darf für nicht mehr mögliche staatliche Leistungen“, betonte sie im anschließenden Gespräch. Diese Ansicht vertrat auch der Vorstandsvorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft

der Freiwilligenagenturen, Dr. Adrian Reinert. Aus Zeitgründen hielt er seinen Vortrag nicht, teilte aber ein Thesepapier aus. Darin sprach er einen Wandel im freiwilligen Engagement an. „Das klassische Ehrenamt überlebt sich“, merkte er an. „Die Jüngeren wollen nicht mehr auf Lebenszeit Schriftführer in einem Verein werden, sondern

sich projektbezogen einbringen“, so Reinert.

Am Nachmittag diskutierten die Kongressteilnehmer in vier verschiedenen Arbeitsforen zum Beispiel über die Heranführung Jugendlicher an das Thema Ehrenamt. Als wichtigstes Ziel dieser Diskussionsforen nannte Beate Weber die „gegenseitige Befruchtung mit Ideen“. • SEN

Kongress zum freiwilligen Engagement ^{WAZ}

Über den Ist-Zustand und die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements diskutieren Experten und Interessierte beim 4. Dortmunder Agenda-Kongress am kommenden Samstag, 23. September, im Rathaus.

Besucher können sich über die Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements sowie über Potenziale und Hemmnisse informieren. Der Kongress stellt zudem konkrete Beispiele vor und soll dabei helfen, mittel- und langfristige Handlungsstrategien zu entwickeln.

Zu den Referenten gehören Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg und Mitglied im Vorstand von International Council für Local Environmental Initiatives (Toronto), sowie Dr. Adrian Reinert, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen“.

WAZ, 22. September 2006

Experten und Bürger beim 4. Dortmunder Agenda Kongress

Ehrenamt nicht als billigen Jakob sehen

Von Sven Schneider

Beim „4. Dortmunder Agenda Kongress“ diskutierten am Samstag Bürger und mehrere Experten im Rathaus über die Zukunft ehrenamtlichen Engagements in Dortmund. Dabei wurde klar: in puncto bürgerschaftlicher Beteiligung habe man zwar bisher einiges erreicht, aber trotzdem noch jede Menge Arbeit vor der Brust.

Mit Beate Weber, Oberbürgermeisterin von Heidelberg sowie Adrian Reinert, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen hatte Planungsdezernent Ullrich Sierau sachkundige Prominenz aufgeboden, um den Blick über den lokalen Tellerrand zu werfen.

Besonders Weber brachte den einen oder anderen Erfahrungswert ein. Sie habe in den vergangenen 16 Jahren als oberste Verwaltungschefin Heidelbergs neue Konzepte für ehrenamtliches Handeln entworfen. Ganz oben auf ihrer Agenda: aktive Mitbestimmung bei den diversen Projekten und konsequente Weiterbildung der Akteure.

Grund hierfür sei ein Wandel des bürgerschaftlichen Engagements. „Früher wur-

den freiwillige Helfer für bestehende Projekte gesucht, heutzutage wollen sie bei der Planung einbezogen werden.“ Dies führe vielfach auch zu besseren Resultaten.

Beispielsweise wurden in Heidelberg ein Verkehrsentwicklungsplan und ein Tourismusentwicklungsplan aus der Taufe gehoben, bei dessen Planung besonders Frauen mitarbeiteten. „Sie sind die wahren Lebensexperten und kennen die Schwachpunkte jeder Stadt am besten“, so Weber.

Medaillen sorgen für nachhaltigen Effekt des Engagements

Desweiteren sorgen eine ständige Fortbildung und Belohnung der Arbeit durch Medaillen für einen nachhaltigen Effekt des Engagements. Trotz solch positiver Ansätze sei man noch lange nicht am Ziel, so Adrian Reinert.

Besonders Jugendliche und Migranten würden sich gerne mehr einbringen, aber zu ihren eigenen Bedingungen. „Das lebenslange Engagement früherer Prägung ist heute nicht mehr so gefragt. Vielfach wünschen sich die Beteiligten eine temporäre

und projektbezogene Mitarbeit.“

In einem Punkt waren sich alle Diskutanten einig. Das bürgerschaftliche Engagement der Zukunft müsse mit weniger Staat und kommunalem Einfluss, dafür aber mit mehr Eigenverantwortung der Bürger arbeiten. „Wer keine Rechte hat, übernimmt auch nicht gerne Pflichten“, so Weber.

Dass die Kommunen durch die ehrenamtliche Arbeit finanziell entlastet werden, sei zwar prinzipiell korrekt, greife nach Meinung Reinerts aber zu kurz. „Das Ehrenamt ist nicht der billige Jakob des Wohlfahrtsstaates. „Vielmehr erhöhe eine starke ehrenamtliche und aktive Mitarbeit der Bürger die Qualität der Planung und Ausführung um ein Vielfaches.“

Für Planungsdezernent Sierau war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Dortmund habe zwar mit seinem Stadtteilmaking eine nationale Duftmarke gesetzt, und auch die Initiative des „fairen Handels“ sei bundesweit bekannt. Es bleibe aber trotzdem noch viel Arbeit übrig. „Wir werden zukünftig noch stärker auf die Bürger und ihre Wünsche eingehen“, sagte Sierau. „Wenn sich die Menschen nicht wahrgenommen fühlen, geht ein Stück Bindung verloren.“

WR, 25. September 2006

Werben fürs Ehrenamt

4. Dortmunder Agenda-Kongress im Rathaus

Mit der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in der Zivilgesellschaft befasst sich der 4. Dortmunder Agenda-Kongress am 23. September im Rathaus am Friedenplatz. Interessierte Bürger sind eingeladen.

Der Kongress will konkrete Beispiele für ehrenamtliches Engagement präsentieren, um zum Mitmachen oder Nachahmen anzuregen – auch auf lange Sicht.

Es geht um Fragen wie diese: Wie lässt sich bürgerschaftliches Engagement fördern? Welche Rollen müssen

Stadt und Gesellschaft künftig erfüllen? Wie lassen sich Kinder und Jugendliche an ein freiwilliges Engagement heranführen? Welche Chancen bietet die zunehmende Zahl alter Menschen?

Die Bedeutung des Themas werden nicht zuletzt die prominenten Expertinnen und Experten in ihren Vorträgen am Vormittag unterstreichen, darunter die Staatssekretärin im NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Dr. Marion Gierden-Jülich, die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate

Weber und der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen Arbeit, Dr. Adrian Reinert.

Am Nachmittag haben die Teilnehmer Gelegenheit, in vier Foren eines der folgenden Themen zu vertiefen:

• „Weltweite Lebensbedingungen und Millennium-Entwicklungsziele“

• „Weniger Staat + mehr Verantwortung = Bürgergesellschaft?“

• „Die Chance des Alter(n)s – das freiwillige Engagement und der demografische Wandel“

• „Bürgergesellschaft lernen – Engagementförderung für Kinder und Jugendliche“.

Begleitend zum Kongress gibt es zahlreiche Informationsstände.

Weitere Informationen zum 4. Dortmunder Agenda-Kongress gibt es im Internet unter www.agenda.dortmund.de, per E-Mail unter agenda@dortmund.de oder telefonisch im Agenda-Büro der Stadt Dortmund unter 50-22067 oder 50-22169. Über diese Kontaktdaten kann man sich auch als Teilnehmer oder Aussteller anmelden.

WAZ, 13. September 2006

Herausgeber:
Stadt Dortmund, 6/Agenda-Büro
Helga Jänsch (verantwortlich)
Layout:
Dortmund-Agentur in Zusammenarbeit mit Michael Wiczorek Kommunikationsdesign
Druck
Lenters & Co. Druckerei

